



+ EINSICHTEN PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



**„Dann bin ich geblieben“ –
Neue Perspektiven auf die Münchner
Migrationsgeschichte ab den 1950er Jahren**

Autor*innen dieses Heftes

Markus Baar ist Gymnasiallehrer für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde und derzeit an der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Referat „Publikationen – Zeitgeschichte“ tätig.

Dr. Andreas Heusler hat zahlreiche Ausstellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, zur Exilforschung und zur Münchner Stadtgeschichte erarbeitet und Publikationen zu diesen Schwerpunkten verfasst. Von 1994 bis 2021 leitete er das Sachgebiet Zeitgeschichte/Jüdische Geschichte am Stadtarchiv München, seit Januar 2022 ist er kommissarischer Leiter des Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur im Kulturreferat der Landeshauptstadt München.

Dr. Walter Graßmann ist Seminarlehrer für das Gebiet Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung am Albert-Einstein-Gymnasium in München. Er promovierte mit einer Arbeit über die evangelisch-lutherischen Russlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland.

Dr. Vivienne Marquart war bis 2021 am Stadtarchiv München innerhalb der Migrationsgeschichte für den Bereich Oral History verantwortlich. Derzeit ist sie am Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur im Kulturreferat der Landeshauptstadt München sowie am Salzburger Landesinstitut für Volkskunde tätig.

Karolina Novinšćak Kölker ist Migrationsforscherin mit einem Schwerpunkt auf Migrationsbewegungen aus dem ehemaligen Jugoslawien und den Nachfolgestaaten nach Deutschland. Sie war von 2009 bis 2019 als Lehrbeauftragte im Fachbereich Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg und der LMU München tätig und arbeitet als Kuratorin im Münchner Stadtmuseum.

Dr. Grazia Prontera arbeitet als Historikerin an der Universität Salzburg. Für ihre Habilitation forscht sie über die politische Teilhabe von Migrant*innen, in ihrer Promotion befasste sie sich mit den Migrationserfahrungen italienischer Arbeiter*innen in der Bundesrepublik Deutschland Mitte des 20. Jahrhunderts.

Dr. Michael Stephan leitete von 2008 bis 2021 das Stadtarchiv München. Seit 2021 ist er Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine und seit Mai 2022 Mitglied des Medienrates bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien für den Bayerischen Heimattag.

Dr. Philip Zölls arbeitete von 2015 bis 2020 am Stadtarchiv München. Seit Januar 2022 ist er am Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur im Kulturreferat der Landeshauptstadt München tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Migration, (Post-) Kolonialismus und Münchner Stadtgeschichte.

Inhalt



Grußworte 4
von Rupert Gröbl, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, und Manfred Peter Heimers, Leiter des Stadtarchivs München

Zur Zielsetzung und zu den Inhalten dieses Themenheftes 6

München wird Einwanderungsstadt 8
von Philip Zölls



Migration in München von den 1950er bis in die 1970er Jahre anhand didaktisch aufbereiteter Quellen 19
eine Unterrichtssequenz von Markus Baar, Vivienne Marquart, Philip Zölls

Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte – am Beispiel Münchens (bis 1945) 60
von Michael Stephan



Migrationsstadt München? Die bayerische Haupt- und Residenzstadt um 1900 69
von Andreas Heusler

Migration und Migrationspolitik in Bayern von den 1950er bis zu den 1970er Jahren 76
von Walter Graßmann



Das europäische System der Arbeitsmigration und das erste Arbeitsabkommen der Bundesrepublik Deutschland 91
von Grazia Prontera

Weltstadt in Bewegung: Migrationserfahrungen zwischen München und dem ehemaligen Jugoslawien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts 102
von Karolina Novinšćak Kölker

Grüßwort des Direktors der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Der Schriftsteller Max Frisch formulierte 1965 den mittlerweile ikonischen Satz: „[M]an hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Er bezog sich damit auf die Anwerbung von sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern in der Schweiz und brachte die Problematik eines kurzfristigen politischen Kalküls auf den Punkt, die ebenso bei der arbeitsbedingten Migration in die Bundesrepublik Deutschland von den 1950er bis in die 1970er Jahre zu konstatieren ist. Im Rahmen von neun Anwerbeabkommen kamen ca. 14 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in die Bundesrepublik Deutschland, wobei man sich seitens der Entsendeländer eine Entlastung des Arbeitsmarktes und Transferzahlungen, seitens des Anwerbelandes Vorteile für die Ökonomie durch vorübergehend einsetzbare Arbeitskräfte in Bereichen, in denen großer Bedarf bestand, erhoffte. Bereits die Bezeichnung „Gastarbeiter“ brachte zum Ausdruck, was man von den Ankommenden erwartete: Sie sollten sich nur kurzfristig in Deutschland aufhalten. Dabei reduzierte der Begriff die Migrantinnen und Migranten auf ihre Arbeitskraft.

Es kamen jedoch Menschen in die Bundesrepublik, die nicht nur hart arbeiteten und einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg leisteten, sondern auch hier lebten. Menschen, die Wünsche und Träume für die Zukunft hatten. Diese Zukunft sahen immer mehr Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland, in Bayern und in erster Linie in Großstädten wie Augsburg, Nürnberg und München. Vor diesem Hintergrund kam es unter anderem in München 1972 zu heftigen Diskussionen, ob am Rotationsprinzip, wonach die Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach einer gewissen Zeit in ihr Heimatland zurückkehren sollten und bei Bedarf andere Arbeitskräfte angeworben werden, festgehalten oder eine auf Langfristigkeit ausgelegte Integration forciert werden sollte. Nur ein Jahr später trat diese Debatte aufgrund des Anwerbestopps wieder in den Hintergrund.

Die Bundesrepublik hielt letztlich bis Ende der 1990er Jahre an dem Prinzip fest, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Integrationsmaßnahmen für Personen, die bereits seit langem in Deutschland lebten, blieben demzufolge ebenso aus wie eine angemessene Würdigung sowohl der kulturellen Bereicherung infolge der Migration als auch der Leistung der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter für den ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik.

Dieses Themenheft will das Leben von Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Rahmen von Zeitzeugeninterviews in den Blick nehmen und so den persönlichen Geschichten der Menschen, die nach Deutschland gekommen und geblieben sind, Raum geben. Aufgrund der Relevanz der Themenkomplexe Migration und Integration in den bayerischen Lehrplänen werden über die lebensgeschichtlichen Interviews hinaus aussagekräftige Quellen in didaktisch aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt, die nicht nur für Lehrkräfte, sondern für alle Leserinnen und Leser interessant sind. Damit wird eine historische Diskussion über Zuwanderung und Integration als Hintergrundfolie für heutige Debatten abgebildet. Wissenschaftliche Beiträge liefern fokussiert Informationen zur Arbeitsmigration von den 1950er bis zu den 1970er Jahren. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf der bayerischen Landeshauptstadt, die in dieser Zeit bundesweit einen der höchsten Ausländeranteile aufwies. Durch die Betrachtung von Migrationsbewegungen vor und nach der sogenannten Gastarbeiterphase soll außerdem der dauerhafte Charakter von Migration deutlich werden. Mit Blick auf vergangene Migrationsbewegungen und in dem Bewusstsein darum, dass aktuellen Wanderungsbewegungen künftige Migrationen folgen werden, ist es unerlässlich, die konstitutive Bedeutung von Migration für die Gesellschaft zu betonen – zuziehende Menschen, ihre Kinder und Enkelkinder haben die Gesellschaft maßgeblich geprägt, prägen diese aktuell und werden dies auch in Zukunft tun.

Rupert Grübl
Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Grüßwort des Leiters des Stadtarchivs München

München ist ohne Migration nicht denkbar! Aus einer bescheidenen Klostersiedlung wäre ohne Zuzug von außen nie die heutige Millionenstadt mit weltweiter Ausstrahlung geworden. Bereits die erste namentliche Nennung Münchner Bürger von 1168 führt einen Wernherus aus Mamming bei Dingolfing auf. Es waren nicht nur Adlige, Kaufleute oder Künstlerpersönlichkeiten, die vom Hofleben in der wittelsbachischen Residenzstadt angezogen wurden, es waren von Anfang an auch ländliche Unterschichten, Kleinhandwerker oder Tagelöhner, nicht nur aus der näheren Umgebung, die sich in München ein besseres Einkommen erhofften, sei es als Dienstboten, sei es durch handwerkliche Tätigkeit, sei es durch Gelegenheitsarbeit. Dazu zählten auch Zuwanderer aus nicht deutschsprachigen Gebieten. Am bekanntesten sind dabei die italienischen Bauhütten des 17. und 18. Jahrhunderts, türkische Kriegsgefangene des späten 17. Jahrhunderts und die ebenfalls aus Italien stammenden Wanderarbeiter in der Lehmziegelproduktion des 19. Jahrhunderts. Das 20. Jahrhundert hat dann mit den Zuwanderungswellen als Folge zweier Weltkriege und mit der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland seit den 1950er Jahren ebenso völlig neue Kapitel in der Migrationsgeschichte der Stadt geschrieben wie das 21. Jahrhundert mit der Migration infolge der Kriege in Syrien und jetzt auch in der Ukraine.

Die Münchner Zuzugsgeschichte schlug sich von Anfang an auch in der archivischen Überlieferung nieder. Wo immer es Regelungsbedarf mit zugewanderten Personen gab, fand er seinen Niederschlag in städtischen Urkunden, Amtsbüchern und Akten. Migrantisches Leben bildet sich jedoch nicht nur in Akten ab, zumal amtliche Unterlagen naturgemäß nur die Sichtweise der Behörden und der Obrigkeit widerspiegeln und kaum die Migrant*innen selbst zu Wort kommen lassen. Als kommunales Archiv hat das Stadtarchiv München aber die Aufgabe, die Pluralität lokaler Lebenswelten über die administrativen Prozesse hinaus abzubilden. Es hat sich dieser Aufgabe schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, mit der Sammlung ergänzender Dokumente und Hinterlassenschaften von Privatpersonen, Vereinen und Verbänden gestellt. Es blieb jedoch immer schwierig, Kontakte zu migrantischen Kreisen zu knüpfen. Der Beschluss des Münchner Stadtrats von 2013, sich konzeptionell und inhaltlich konzentriert mit dem Thema Migration auseinanderzusetzen, wurde daher im Stadtarchiv München ausdrücklich begrüßt. Im Rahmen des auf vier Jahre begrenzten Projektes „Migration bewegt die Stadt“, das gemeinsam mit dem Münchner Stadtmuseum umgesetzt wurde, wurde im Stadtarchiv

eine eigene Stelle mit der Aufgabe geschaffen, die Kommunikation mit Migrant*innen zu verbessern, systematisch nichtamtliche Bestände zur Migrationsgeschichte anzuwerben und Geschichte und Gegenwart der Migration nach außen hin zu vermitteln. Die Projektarbeit war so erfolgreich, dass das Projekt 2019 in die Linienaufgabe „Migrationsgeschichte“ überführt werden konnte.

Die Bestände des Stadtarchivs München wurden aber nicht nur im herkömmlichen Sammlungsbereich erweitert, das Stadtarchiv beschritt mit der stärkeren Verankerung der Migrationsgeschichte auch neue Wege. Von Anfang an gehörte es zu dem Projekt „Migration bewegt die Stadt“ und schließlich zur Linienaufgabe „Migrationsgeschichte“, dass Akteur*innen der Migration in Interviews über ihre individuellen Migrationserfahrungen systematisch befragt werden. Diese Interviews werden professionell aufgezeichnet und nach wissenschaftlichen Standards moderner Oral History erschlossen. Erstmals bringen sie einen völlig neuen Aspekt in die archivische Überlieferung zur Migrationsgeschichte, die persönlichen Erfahrungen und die Erinnerungen Einzelner, um auf diese Weise die Vielfalt migrantischer Lebenswelten dauerhaft zu dokumentieren. Ein wesentlicher Gesichtspunkt bei diesen Interviews lag und liegt auf der Berücksichtigung genderspezifischer Fragestellungen. Hier finden erstmals gezielt die Migrationserfahrungen gerade von Frauen ihre Berücksichtigung und ihren Niederschlag.

Archivische Überlieferungsbildung stellt jedoch keinen Selbstzweck dar. Archivgut muss einer möglichst breiten Öffentlichkeit im Interesse historischer Bildungsarbeit zugänglich gemacht werden. Historische Bildungsarbeit, die Vermittlung von Geschichtswissen, beginnt in der Schule. Das Stadtarchiv München veranstaltet daher schon seit vielen Jahren Lehrerfortbildungen, Führungen für Schulklassen und Schulseminare, um auf interessante Bestände aufmerksam zu machen, Anregungen für Unterrichtsthemen zu geben und die Schüler*innen mit dem Umgang mit historischem Quellenmaterial vertraut zu machen. Aufgrund der Bedeutung der Migration für München bilden die Migrationsgeschichte und ihre archivische Überlieferung in der letzten Zeit einen der Schwerpunkte unserer archivpädagogischen Aktivitäten. Ich kann es daher nur begrüßen, dass die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit der Münchner Migrationsgeschichte ein Themenheft gewidmet hat, das historisches Wissen vermitteln und Unterstützung bei der Unterrichtsgestaltung bieten soll. Ich wünsche diesem Heft eine möglichst weite Verbreitung.

Dr. Manfred Peter Heimers
Leiter des Stadtarchivs München

Zur Zielsetzung und zu den Inhalten dieses Themenheftes

„Ich fühle mich hier jetzt zu Hause“, sagte Eleni Tsakmaki im Rahmen eines Interviews im Februar 2018. Mit „hier“ war München gemeint. Sie war Anfang der 1960er Jahre aus Zagliveri in Griechenland nach München gekommen, wo sie im Schwabinger Krankenhaus arbeitete – als sogenannte Gastarbeiterin. Von den späten 1950er Jahren bis zum Anwerbestopp 1973 kamen ca. 14 Millionen Migrant*innen im Rahmen von insgesamt neun Anwerbeabkommen in die Bundesrepublik Deutschland, um hier zu arbeiten. 1972 machten in Bayern ausländische Arbeiter*innen 10,5 Prozent der Beschäftigten aus, wobei der Bedarf vor allem in den Städten Augsburg, Nürnberg und München sehr groß war. Die meisten von ihnen trafen zunächst am Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs ein und gewannen dort ihre ersten Eindrücke von Deutschland.

Trotz der zwischen den 1950er und den 1970er Jahren zunehmenden Migrationsbewegungen nach München, Bayern und in die Bundesrepublik bestand keineswegs Einigkeit darüber, ob die Einwanderung tatsächlich als dauerhaftes Phänomen zu betrachten sei und welche politische Haltung dazu zu entwickeln sei. Eine Studie des Stadtentwicklungsreferats mit dem Titel „kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ kam 1972 nicht zuletzt aufgrund der immer längeren Bleibedauer der Arbeitsmigrant*innen zu dem Ergebnis, dass München eine „Einwanderungsstadt“ sei, womit man aber im Widerspruch zu der Einschätzung sowohl der Landes- als auch der Bundesregierung stand. Auch in der Münchner Stadtpolitik entstand eine hochpolitisierte Debatte um die Frage, ob man, wie es die Münchner SPD forderte, Integration forcieren oder, wie es die Position der CSU im Münchner Stadtrat war, am seit Beginn der Anwerbung praktizierten Rotationsmodell festhalten solle, wonach die Migrant*innen nur für eine begrenzte Zeit nach Deutschland kommen sollten.

Eben diese Erwartungshaltung des vorübergehenden Aufenthalts in Deutschland zum Zwecke der Arbeit bringt der Begriff der „Gastarbeiter*innen“ zum Ausdruck. Diese Semantik lässt jedoch außer Acht, dass die Migrant*innen hier nicht nur arbeiteten, sondern auch lebten. Sie nahmen am gesellschaftlichen Leben teil und beeinflussten die Kultur des Ankunftslandes. Und viele hatten das Bedürfnis, ihre Familien zu sich nach Deutschland zu holen und sich langfristig einzurichten – sich hier zu Hause zu fühlen, wie Eleni Tsakmaki es ausdrückte. Von den 14 Millionen Arbeitsmigrant*innen blieben letztlich drei Millionen dauerhaft in Deutschland.

Dieses Themenheft nimmt 50 Jahre, nachdem der Münchner Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel die Landeshauptstadt als „Einwanderungsstadt“ bezeichnet hat, die Migration in München von den 1950er bis in die 1970er Jahre fokussiert in den Blick. Die Beschäftigung mit der Arbeitsmigration in diesem Zeitraum und der damit einhergehenden Diskussion um Integration soll Hintergrundinformationen für aktuelle Debatten liefern. Den Herausgeber*innen war es besonders wichtig, dass Migrant*innen selbst zu Wort kommen und ihre Biografien erzählen, denn nur in dieser Form kann deren Perspektive umfassend wiedergegeben werden.

Um den lebensgeschichtlichen Interviews einen möglichst großen Raum zu geben, wurde ein zweiteiliger Aufbau des Hefts gewählt. Zum einen werden – mit orangefarbenem Rand gekennzeichnet – zahlreiche Quellen zum genannten Zeitraum präsentiert, darunter neben den Interviews mit Eleni Tsakmaki, Makbule Kurnaz und Theodoros Gavras in Auszügen die Studie des Münchner Stadtentwicklungsreferats und das Protokoll einer Sitzung des Münchner Stadtrats aus dem Jahr 1972. Da es sich bei den Themen Migration und Integration um einen zentralen Bildungsinhalt im bayerischen Schulsystem handelt, werden diese Materialien für Lehrkräfte oder Multiplikator*innen in didaktisch aufbereiteter Form zur

Verfügung gestellt. Nichtsdestotrotz sind diese Zeugnisse aus der Zeit der Arbeitsmigration von den 1950er bis in die 1970er Jahre auch für alle Leser*innen interessant, die die Quellen nicht im Rahmen der Bildungsarbeit verwenden.

Der zweite Teil besteht aus wissenschaftlich fundierten Beiträgen zur Arbeitsmigration im Rahmen der Anwerbeabkommen und darüber hinausreichenden Perspektiven auf Migrationsgeschichte. Dabei wird in einem einführenden Beitrag fokussiert München betrachtet und somit eine Kontextualisierung der Quellen aus dem Materialteil vorgenommen. Weitere Aufsätze richten den Blick über München hinaus und analysieren, unter Einbezug unterschiedlicher Personengruppen, Migration und Migrationspolitik in Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den 1950er und den 1970er Jahren.

Ein Ziel dieses Themenhefts ist es, die konstitutive Bedeutung von Migration für die Gesellschaft am Beispiel Münchens aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund war es der Redaktion wichtig, zwar schwerpunktmäßig, aber nicht ausschließlich die Zeit der sogenannten Gastarbeiterphase in den Blick zu nehmen, sondern deutlich zu machen, dass es auch davor und danach Migrationsbewegungen in München gab und somit von einem dauerhaften Faktum auszugehen ist. Dies geschieht – neben entsprechenden Fragestellungen im Quellenteil – anhand von zwei Beiträgen, die Migrationsbewegungen nach München ab dem 16. Jahrhundert bzw. Migration in München um 1900 beleuchten. Ein weiterer Aufsatz,

der seinen Fokus auf jugoslawische Einwanderer, die im Jahr 1973 größte Gruppe ausländischer Einwohner*innen Münchens, legt, thematisiert unter anderem Migration in Form von Fluchtbewegungen in den 1990er Jahren.

Das Themenheft hat nicht den Anspruch, die Münchner Migrationsgeschichte ab den 1950er Jahren abschließend zu behandeln, vielmehr sollen die hier präsentierten Perspektiven Interesse wecken, sich weiterführend mit diesem Thema zu befassen.

Diese Publikation ist in enger Kooperation zwischen der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Stadtarchiv München entstanden. Bei der Aufbereitung der Quellen wurde die Expertise von Lehrkräften aus unterschiedlichen Schularten eingeholt. Allen Kolleg*innen, die im Rahmen des Workshops Anfang 2021 Anregungen für eine Optimierung der Arbeitsblattentwürfe gegeben haben, sei hier ebenso gedankt wie Herrn Philipp Rabl, der das Projekt mit auf den Weg gebracht und erste Anregungen für die Umsetzung der Thematik im Unterricht gegeben hat.

Ein besonderer Dank gilt den Migrant*innen, die uns an ihren ganz persönlichen Lebensgeschichten teilhaben lassen und so den Leser*innen einen unvermittelten Zugang zur Migrationsgeschichte und damit zur Geschichte Münchens, Bayern und der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen. 🍌

Die Redaktion

München wird Einwanderungsstadt

von Philip Zölls



Ein Arbeitnehmer bei seiner Ankunft am Münchner Hauptbahnhof, 1968
Foto: Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie, Archiv Soulas/ Fotograf: Dimitri Soulas

„München ist eine weltoffene, tolerante und bunte Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause. Humanität, Solidarität und Demokratie sind die Grundwerte, die unser kommunales Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein. Wir setzen uns entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein.“¹

In ihrer Resolution betonen die demokratischen Parteien des Stadtrats im Oktober 2014 die konstitutive Bedeutung der Migration für die Stadtentwicklung, wie sie der Migrationsforscher Erol Yildiz in dem kurzen, aber präzisen Satz „Stadt ist Migration“ zusammengefasst hat. Doch die Bekenntnisse zu München als Einwanderungsstadt sagen noch wenig über die wechselhafte Geschichte, die hitzig geführten Diskussionen über das Selbstverständnis der Stadt oder die unterschiedlichen Vorstellungen über verschiedene Formen von Integration aus.

Dieser Aufsatz möchte daher die unterschiedlichen Diskurse zu Migration und Integration seit den 1950er Jahren in den Blick nehmen und Hintergrundinformationen für die Quellenarbeiten im folgenden Kapitel geben.

MIGRATION NACH KRIEGSENDE – KONTINUITÄTEN

Zu jeder Geschichte gibt es eine Vorgeschichte. So auch in der Migrationsgeschichte Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon während des Krieges arbeiteten viele italienische Arbeiter*innen in der Münchner Wirtschaft. Bis 1943 waren sie gegenüber Arbeiter*innen aus anderen Ländern in einer privilegierten Position, die sich mit dem Waffenstillstand zwischen der italienischen Regierung um Pietro Badoglio und den Alliierten verschlechterte. Die meisten von ihnen gingen nach Kriegsende zurück nach Italien, einige kamen zehn Jahre später nach Abschluss des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens wieder nach München zurück.

Aber auch unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs war München eine Stadt in Bewegung. Viele



Das frühere Haus von Thomas Mann in der Poschingerstraße in München wird in der Nachkriegszeit als Unterkunft für Displaced Persons genutzt. Eine ukrainische Familie bewohnt das notdürftig sanierte Haus, 1947. Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ Fotoarchiv Otfried Schmidt

Münchner*innen, die während des Krieges aufs Land geflohen waren oder evakuiert wurden, kehrten wieder in die Stadt zurück. Sie hofften, in ihre bisherigen Wohnungen einziehen oder andere intakte Unterkünfte mieten zu können. Um den knappen Wohnraum konkurrierten sie mit Kriegsflüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aber auch mit der US-Armee, die Kasernen und intakte Wohngebäude für sich beanspruchte.

Neben den schon erwähnten Personengruppen kamen viele sogenannte *Displaced Persons* (DPs) nach München.

.....
¹ Wortprotokoll über die 7. Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 1. Oktober 2014, Resolution der Demokratinnen und Demokraten im Münchner Stadtrat „Solidarität mit den Muslimen in unserer Stadt“, S. 18, <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/3494236> [Stand: 04.05.2022].

Als DPs galten alle „Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staats befinden, die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, diese aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen.“² Die Alliierten und insbesondere die USA sahen sich in besonderer Verantwortung gegenüber den DPs und entwickelten noch während des Krieges Konzepte zur Repatriierung der zwischen 6,5 und sieben Millionen Männer und Frauen, die ins Deutsche Reich verschleppt worden waren.³ Dieses Ziel erreichten sie für einige Gruppen relativ schnell. So waren im Herbst 1945 fast 93 Prozent der sowjetischen DPs repatriert. Schwieriger gestaltete sich hingegen die Rückkehr der DPs aus anderen osteuropäischen Ländern. Als die Repatriierung im Jahr 1946 stagnierte, wurden viele DPs selber aktiv und verließen die provisorischen Unterkünfte und zogen in die Städte. 1947 waren in München circa 22.000 DPs untergebracht.⁴ Die gescheiterte Repatriierung hatte weitreichende Folgen. Zum einen verschärfte sich die angespannte Wohnungs- und Lebensmittellage. Zugleich schwand die anfängliche Unterstützung der Alliierten gegenüber den DPs. Die britische Regierung forderte eine Gleichbehandlung von Deutschen und DPs, auch um die Repatriierung weiter voranzutreiben. Die US-Militärregierung war 1946 der Ansicht: „*Displaced Persons are becoming a nuisance more and more in Stadt- und Landkreis Munich. They don't desire to work and are living from profiteering businesses on black market etc.*“⁵

Große Teile der Münchner Bevölkerung begrüßten die restriktivere Haltung der US-Militärregierung. Sie zeigten wenig Verständnis für die schwierige Lebenssituation der DPs und erhofften sich eine zügige Repatriierung. Die Wahrnehmung der Münchner*innen von DPs als sozial und rechtlich bessergestellt und von der Militärregierung bevorzugt ermöglichte ihnen aber auch eine Neubewertung ihrer eigenen Rolle. Andreas Heusler hat in seiner Arbeit auf die Doppelstilisierung hingewiesen: Zuerst seien sie Opfer der Hitler Diktatur Nationalsozialistischen Diktatur gewesen und nach dem Krieg würden sie unter der Militärregierung und den DPs leiden, die zahlreiche

Privilegien genossen, während sie selber unter Zwangs- und Sparmaßnahmen zu leiden hätten.⁶

Auch im Münchner Stadtrat spiegelte sich diese Haltung wider und langlebige Feindbilder aus der Zeit des Nationalsozialismus traten meist unreflektiert und häufig offen zu Tage. In zahlreichen Debatten wurden DPs als kriminell und „asozial“ dargestellt.⁷ Von SPD-Stadtrat Fischer kam sogar die Forderung nach einer Verschärfung der Ausländerpolizeiverordnung, da er in dem Zuzug und der Anwesenheit der DPs in München eine Gefährdung der städtischen Sicherheit sah. Andere Stadträte führten Maßnahmen aus der NS-Zeit als positives Beispiel für den Umgang mit DPs an. SPD-Stadtrat Lettenbauer war in einer Stadtratsdiskussion 1947 der Meinung, dass Personen, die sich aktiv am Schwarzmarkt beteiligten und ihre Freizeit am Hauptbahnhof verbrachten, wieder in Arbeitslager nach Dachau gebracht werden könnten: „Der Herr Polizeipräsident erklärte vorhin, dass vielleicht auch die Möglichkeit bestünde, einen Teil des Lagers Dachau für die Unterbringung derartiger Elemente frei zu bekommen. Wir könnten die dort untergebrachten Leute dann auch zu planmäßiger Arbeit in München einsetzen. [...] [D]ie Einweisung in Arbeitslager wird für Elemente der genannten Art eine gute Belehrung sein. Dass man davon sprechen wird, die Einrichtung solcher Lager sei undemokratisch oder wir würden dadurch neue KZ's schaffen, darf uns in keiner Weise von diesen Maßnahmen abhalten.“⁸

Doch diese Ansichten blieben nicht ohne Widerspruch. Als letzter Redner einer sehr langen Debatten führte der damalige zweite Bürgermeister Thomas Wimmer die historischen Gründe für die Anwesenheit von DPs in München an und verwies auf die eigene historische Schuld und die Verstrickungen der Münchner Bevölkerung in das NS-Regime: „Wir haben 28 Monate nach Ende des Krieges eben die Auswirkungen der Maßnahmen über uns ergehen zu lassen, dass Hitler im Jahre 1943 36 Jahrgänge deutscher Menschen unter die Waffen gerufen habe, dass 28 Millionen Menschen unter Waffen standen und dass, um die Kriegswirtschaft nicht zum Erliegen zu bringen 12 Millionen Menschen aus 17 Nationen Europas nach Deutschland gebracht wurde. [...] Es liegt uns vollkommen fern,

2 Wolfgang Jacobmayer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland. 1945-1951, Göttingen 1985, S. 16.

3 Angelika Königseder/Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (displaced persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1995, zit. nach: Wolfgang Benz: Auftrag Demokratie, Berlin 2009, S. 98.

4 Vgl. hierzu unveröffentlichtes Manuskript der Doktorarbeit von Andreas Heusler: Arbeitswelt und Lagerleben – Zur Alltagswirklichkeit des Ausländereinsatzes in München, München 1994, S. 528.

5 OMBY 3rd US Army Area, Historical Reports, Report September 1946, IFZ-Archiv Fg 3/5.

6 Vgl. Andreas Heusler: Arbeitswelt und Lagerleben – Zur Alltagswirklichkeit des Ausländereinsatzes in München, München 1994, S. 520.

7 Vgl. hierzu Karen Schönwälder: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 221.

8 Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle 720/2, S. 1961 f.

die wurzel- und heimatlos gewordenen Menschen, die wir aufgreifen, in Lager unterzubringen, die nur entfernt mit KZ's verglichen werden können. Unser Hauptgedanke ist der, diesen Leuten zu helfen, um wieder in ein ordentliches Leben zu kommen.“⁹ Auch wenn der SPD-Bürgermeister Thomas Wimmer in dieser Stadtratsdiskussion ein Machtwort gesprochen hatte, beendet waren die Debatten dadurch nicht. Bis 1955 lassen sich immer wieder Diskussionen in den Stadtratsprotokollen finden, bei denen es im Kern um die Verfügungsgewalt des Staates gegenüber den DP's und den Wunsch nach einer größtmöglichen Kontrolle der Migrationsbewegungen ging.¹⁰ Im Jahr 1950 entbrannte eine Debatte über die mögliche Ausweisung und Umverteilung von DP's. Hintergrund war die Aufforderung der US-Militärregierung, die ehemaligen Wehrmatskasernen zu räumen, um dort US-Soldaten unterbringen zu können. Stadtrat Schmid von der CSU argumentierte daraufhin: [...] Bedenken Sie doch Folgendes: Jetzt haben Sie die in diesen Kasernen untergebrachten Ausländer noch beisammen und die Räumung kann geschlossen erfolgen. Sind diese Ausländer nach erfolgter Räumung anderweitig in München untergebracht, dann müssen Sie sie dauernd hier haben. Die jetzt angeordnete Räumung der Kasernen gibt die einmalige Möglichkeit, die Insassen dieser Gebäude auf ein weiteres Gebiet zu verteilen, und zwar nicht nur auf Bayern, sondern auch auf das übrige Bundesgebiet. Wir bitten den Herrn Oberbürgermeister dringend, er möge bei den zuständigen Behörden vorstellig werden zu dem Zwecke, dass die in München befindlichen Ausländer aus Anlass der Räumung von Kasernen auf das Bundesgebiet verteilt werden.“¹¹ Der Antrag von Herrn Schmid stieß parteiübergreifend auf Zustimmung, hatte aber keine konkreten Auswirkungen, da sich die Zuständigkeit für eine mögliche Verteilung bei Bund und Land befand.

Die Diskussionen über den Zuzug von DP's in München verschwinden ab Mitte der 1950er Jahre. Dies mag an der geringer werdenden Zahl liegen, die noch in München und der Umgebung lebte oder an der größer werdenden Zahl von Arbeiter*innen aus Südeuropa, die ab spätestens Anfang der 1960er Jahre die Debatten in der Öffentlichkeit und den Medien prägten. Die Diskussionen über den Zuzug und die Anwesenheit von DP's stellten

9 Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle 720/2, S. 1976 f.

10 Vgl. hierzu etwa die Rede von Kreisverwaltungsreferenten Ernst Dölker 1955 in seiner Grundsatzrede über die „Ausländerprobleme in München und Grundsätze für Einbürgerung“, in: Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle, 728/16, S. 1046 ff.

11 Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle 723/5, S. 3869.

aber aus meiner Sicht eine sogenannte Wahrnehmungsbrücke für die späteren Migrationsbewegungen dar, denn erst aus diesen Erfahrungen, Berichten und Diskussionen entwickelten sich die Diskussionen und Debatten in der Presse und der Münchner Bevölkerung über sogenannte Gastarbeiter*innen aus Süd- und Südosteuropa ab 1956. Auf diese Kontinuität werde ich in meinem Aufsatz verweisen. Zudem gibt es hierzu auch weitere Informationen in Modul 4 des Quellenteils.

MÜNCHEN UND DAS DEUTSCH-ITALIENISCHE ANWERBEABKOMMEN

Auch wenn es, wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, vielfältige Debatten über die Migrationsbewegungen in die Stadt gab, hatte das deutsch-italienische Anwerbeabkommen vom 20. Dezember 1955 in den ersten Jahren wenig Auswirkungen auf die Stadtpolitik und Verwaltung. Die Stadt sah Arbeitgeber, Sozialverbände und später auch die Gewerkschaft in der Pflicht, sich um Wohnraum, die soziale und rechtliche Beratung sowie die Freizeitbetreuung der Migrant*innen zu kümmern.¹² Des Weiteren waren die Zahlen der italienischen Arbeiter*innen in den ersten Jahren sehr gering. Im gesamten Bezirk des Landesamtes Südbayern waren 1956 lediglich 9.451 ausländische Beschäftigte gemeldet und auch von den 29.899 gemeldeten ausländischen Arbeiter*innen aus dem Jahr 1960 waren 11.397 Personen aus Österreich und nur 11.110 aus Italien eingereist. Doch immerhin hatte sich der Anteil der ausländischen Beschäftigten in den vier Jahren mehr als verdreifacht. Die verstärkte Anwerbung ist dabei auf viele verschiedene Faktoren zurückzuführen: Die expandierende Wirtschaft, die Einführung der Wehrpflicht für junge Männer, die von der Gewerkschaft erreichten Arbeitszeitverkürzung und nicht zuletzt der Stopp des Zuzugs aus der DDR infolge des Baus der Berliner Mauer führten zu einem wachsenden Arbeitskräftebedarf.

Die Stadt oder vielmehr der Hauptbahnhof als Ankunftsort stellten aber schon ab den 1960er Jahren einen wichtigen erinnerungspolitischen Ort für die Geschichte der Migration dar. Denn alle Migrant*innen, die über die offiziellen Anwerbeabkommen mit Italien, Griechenland, Jugoslawien und anfangs auch aus der Türkei in die BRD einreisten, kamen am Hauptbahnhof auf Gleis elf an. Hier wurden ihnen Informationen zu ihrer

12 Vgl. hierzu Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: Für 50 Mark einen Italiener. Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000, S. 53 f.



Eingang zum „Auswandererlager“ in der Funkkaserne, in dem *Displaced Persons* untergebracht waren, um 1948
 Foto: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-NK-STL-0016

Weiterreise mitgeteilt und sie erhielten Essenspakete von der Caritas. „Gastarbeiter*innen“, die in München arbeiteten, wurden direkt von Firmenmitarbeiter*innen empfangen. Doch schon bald suchte man nach einer neuen Lösung für die Situation auf Gleis elf, denn im Winter war es kalt und wenn mehrere Züge nacheinander ankamen, war die Situation unübersichtlich und notwendige Informationen konnten schlecht weitergegeben werden. Nachdem sich auch das italienische Konsulat über die Zustände auf dem Gleis beschwert hatte, suchte man nach einem geeigneteren Ort und baute den ehemaligen Luftschutzbunker unter dem Hauptbahnhof zur sogenannten Weiterleitungsstelle aus. Einer der Gründe, der für die Nutzung des Bunkers sprach, war, dass Analogien zu dem Einsatz von Zwangsarbeiter*innen während der NS-Zeit verhindert werden sollten, denn der Münchner Bevölkerung waren noch Bilder von Zwangsarbeiter*innen präsent, die unter anderem für die Schuttbeseitigung in der Stadt eingesetzt worden waren. Die Bundesanstalt für Arbeit argumentierte für die Nutzung des Bunkers: „Jede andere Lösung würde einen An- und Abmarsch in großen Gruppen mit viel Gepäck über belebte Straßen erfordern, der nicht nur unpraktisch ist, sondern psychologisch auch

ein wenig günstiges Bild [...] vermitteln könnte.“ Als die Bundesregierung den Bunker angesichts der Bedrohungen im Kalten Krieg zu einem Atombunker ausbauen wollte, verhinderte dies die Bundesanstalt mit einem ähnlichen Argument. So war sie der Ansicht: „[...] dass es unmöglich sei, Transporte über die Straße zu leiten, weil dadurch der Eindruck eines Kriegszustands geschaffen würde. [...] Wir können es nicht wagen, objektiv ein Bild in Erscheinung treten zu lassen, wonach Transporte mit Arbeitern in heruntergekommenen Zustand über die Straßen ziehen. [...] Die Leute müssen möglichst schnell vom Bahnsteig verschwinden, um nicht den Eindruck des ‚Sklavenhandels‘ zu schaffen.“¹³

Auch die Stadtpolitik begann sich mit der zunehmenden Arbeitsmigration stärker für Migrant*innen zu interessieren. So wollte Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel sich einen Überblick über die bestehenden Betreuungsangebote für Migrant*innen bei der Stadt verschaffen und stellte eine entsprechende Anfrage an die Stadtverwaltung. Der damalige Schulreferent Anton Fingerle nahm die

.....

13 Beide Zitate aus: ebd., S. 92 f.



Ankunft türkischer Arbeiter im Bunker des Münchner Hauptbahnhofs, 1964
Foto: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv



Migranten im Gespräch am Münchner Hauptbahnhof, Mai 1969
Foto: Stadtarchiv München, FS-NL-RD-0667C21/Fotograf: Rudi Dix

Anfrage zum Anlass, um alle Personen, Vereine, Konsulate und städtischen Referate, die bisher an der Betreuung der Migrant*innen beteiligt waren, zu einem Vernetzungstreffen einzuladen. Eigentliches Ziel des Treffens war eine bessere Koordination und Absprache der Betreuungsarbeit aller Beteiligten. Am Ende der Besprechung wurde aber auch die Forderung an die Stadt gestellt, ein Grundstück für ein noch zu bauendes „Haus des Ausländers“ zur Verfügung zu stellen. In diesem Begegnungszentrum sollte die Betreuungsarbeit besser konzentriert und koordiniert werden. Insbesondere die regierende sozialdemokratische Fraktion im Münchner Stadtrat sprach sich für ein stärkeres Betreuungsangebot für Migrant*innen durch städtische Institutionen aus und forderte ein größeres Engagement. Anton Fingerle zog hinsichtlich der Notwendigkeit eines größeren städtischen Engagements folgendes Resümee: „Zusammengefasst ist zu sagen, dass die Betreuung der Gastarbeiter nicht nur eine menschliche und sozial-pädagogische, sondern auch eine kommunale Aufgabe darstellt.“¹⁴

Doch diese Einsicht war nicht nur auf humanitäre oder wirtschaftliche Aspekte zurückzuführen. Ein weiterer wichtiger Grund für die Bündelung der Freizeitgestaltung von Migrant*innen war deren zunehmende Sichtbarkeit und Präsenz am Münchner Hauptbahnhof. Gründe, sich

.....
14 Stadtarchiv München, Schulamt 4884.

am Bahnhof zu treffen, gab es viele: Der Ort lag zentral und war den meisten bekannt. Man konnte Freunde und Bekannte treffen, ohne konsumieren zu müssen, und man konnte über die politische und soziale Situation im Herkunftsland diskutieren, denn nur im Bahnhof gab es internationale Presse zu kaufen.

Gegen die Anwesenheit von Migrant*innen am Hauptbahnhof regte sich schnell Kritik von Seiten der Münchner Bevölkerung, die von der lokalen Presse aufgegriffen wurde. Die Zeitungen schrieben von einer „Balkanisierung“ des Bahnhofs und der Münchner Stadtanzeiger titelte am 3. Oktober 1969: „Die Gastarbeiter im Münchner Hauptbahnhof. Sind sie tatsächlich so gefährlich oder sehen sie nur so aus?“¹⁵

Durch verstärkte Kontrollen und Platzverweise wollte die Bahnhofspolizei Migrant*innen vertreiben, die den Hauptbahnhof als Freizeitort nutzten. Der Leiter der

.....
15 Münchner Stadtanzeiger v. 03.10.1969, S. 4. Vgl. hierzu auch Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: Gastarbeiter-„Wir waren da und von Gott verlassen“, in: Angela Koch (Hg.): Xenopolis: von der Faszination und Ausgrenzung des Fremden in München, München 2005, S. 335-350, hier S. 341.

Bahnhofspolizei führte in einem Interview mit dem Münchner Merkur Folgendes aus: „Der Ärger, den wir ständig mit den Ausländern haben, steht uns bis oben hin, aber schließlich sind sie keine Untermenschen und wir können doch nicht SS-Methoden anwenden, um das Problem zu lösen.“ Auch wenn es aus dem schriftlichen Zitat nicht gänzlich erklärbar wird, wie der Satz von Oberinspektor Willy Trey gemeint war, so legt die Wortwahl die Interpretation nahe, dass die Bahnpolizei SS-Methoden anzuwenden gewollt hätte, wenn sie gedurft hätte. Doch erfolgreich war die Polizei nicht, sowohl aufgrund von Personalmangel, wie sie selber eingestand, als auch aufgrund der Menge von Migrant*innen, die den Ort weiter für ihre Freizeitausgestaltung nutzen wollten. So führte oben erwähnter Willy Trey in dem Artikel vom im Münchner Merkur weiter aus: „Wir bemühen uns nach Kräften, den Hauptbahnhof ‚rein‘ zu halten, aber für einen Ausländer oder unliebsamen Gastarbeiter, den wir endlich nach langer Beobachtung loswerden, kommen zehn andere.“¹⁶ Hier wird die Kontinuität nationalsozialistischen Gedankenguts bis in die 1960er Jahre deutlich.

PLANUNG ALS NEUE REGIERUNGSKONZEPTION **– MÜNCHEN WIRD MODERN**

Die oben dargestellten Debatten über die Betreuung waren der Beginn einer intensiveren Auseinandersetzung von Stadtpolitik und Verwaltung über die diversen Migrationsbewegungen in die Stadt. Entscheidenden Einfluss auf die Wende hin zu einer aktiven Migrationspolitik hatte der damalige Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der seit 1960 im Amt war. Hans-Jochen Vogel verfolgte einen planungspolitischen Regierungsansatz, wie ihn Willy Brandt auf Bundesebene vertrat. Anders als in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ging es nun darum, möglichst viel Wissen über die Stadt und die Stadtgesellschaft zu erlangen, um politische Lösungen für anstehende Probleme zu finden. Vogel war der Ansicht, dass man bisher noch zu wenig Wissen generiert habe, um die Stadt regieren zu können. In seinem Vortrag auf dem Deutschen Städtetag im Jahr 1971 präziserte er seine Vorstellung und Definition von Stadt: „Der Stadtbegriff dynamisiert sich mehr und mehr. Stadt ist nicht länger mehr ein Zustand, sondern ein Prozess [...] Heute verändern sich unsere Städte unaufhörlich. Alles ist mobil geworden. Millionen wechseln alljährlich ihre

.....
16 Münchner Merkur v. 06.07.1966, S. 11.



Der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel bei der Grundsteinlegung des Olympiastadions, 14. Juli 1969
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

Wohnorte.“¹⁷ Dieser „Prozess“ musste nach Ansicht von Vogel aktiv gestaltet werden, nicht zuletzt durch umfangreiche Forschungen. Hierzu führte er in seinem Vortrag weiter aus: „Die Stadtforschung nenne ich an erster Stelle, weil wir einfach noch zu wenig über die Stadt und auch die Menschen wissen, die in ihr leben, ja unsere Vorkehrungen reichen oft genug noch nicht einmal dazu aus, in Erfahrung zu bringen, ob und wie anderswo ein uns gerade interessierendes Problem bereits gelöst worden ist.“¹⁸

Die Umsetzung seiner planungspolitischen Ideen erhielt mit der erfolgreichen Bewerbung für die Olympischen Spiele von 1972 neuen Schwung. Kurz nachdem München 1966 den Zuschlag erhalten hatte, wurde das spätere Stadtentwicklungsreferat gegründet. Es vereinte Personen aus ganz unterschiedlichen Disziplinen, was zu dieser Zeit ein Novum darstellte: Neben Statistiker*innen waren Stadtplaner*innen und Soziolog*innen in dem neuen Referat vertreten.

.....
17 Stadtarchiv München, Schulamt 7481.

18 Ebd.

Das Referat arbeitete sehr engagiert. Innerhalb der ersten Jahre wurden eine Vielzahl an Studien zu unterschiedlichen Themen herausgegeben. Für die Migrationsgeschichte ist die Problemstudie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ aus dem Jahr 1972 von besonderer Relevanz.¹⁹ Sie hatte weitreichende Diskussionen im Münchner Stadtrat zur Folge, wurde vom Innenminister Hans-Dietrich Genscher gelobt und als Vorbild für weitere Studien in anderen deutschen Städten gesehen. Die Fragestellungen und Zielvorgaben für die Studien wurden in verschiedenen Stadtratsanträgen und Diskussionen festgelegt: die zahlenmäßige Entwicklung des Ausländeranteils in der Stadt, die Eingliederung der Ausländer im Wohnbereich, die Integration der Ausländer im Arbeitsbereich, die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen durch die Ausländer, die Befriedigung ihrer sozialen Bedürfnisse sowie die Auswirkungen des Ausländeranteils auf ihre Umgebung.²⁰

Doch die Ergebnisse der Studie gingen weit über die formulierten Anforderungen hinaus. Neben einem historischen Abriss der Wanderungsbewegungen und der Beschreibung aktueller Migrationsbewegungen in die Stadt standen die „sozialen Folgen der zunehmenden Ausländerbeschäftigung“ im Mittelpunkt der Analyse der Studie. Konkret handelte es sich hierbei um Probleme in der Arbeitswelt, bei der Wohnungssuche, in der Schule, in der Freizeit und – da von Rassismus in der deutschen Diskussion nicht gesprochen wurde – von Vorurteilen.²¹ In den umfangreichen letzten drei Kapiteln wurden Lösungsmodelle, Zielvorstellungen und Verbesserungsvorschläge dargestellt. Hier werden der Ansatz und die Perspektive der Autor*innen deutlich, die Migration als Normalfall für die Stadtentwicklung betrachteten und diese nicht als Besonderheit behandelten: „Die ausländischen Arbeitnehmer werden häufig als Randgruppe bezeichnet. Das ist unzutreffend. Diese Auffassung unterstellt, dass die Gesellschaft als Ganzes intakt ist und spezielle Hilfsmaßnahmen aus-

19 LH München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München, München 1972.

20 Vgl. ebd., S.13. Vgl. hierzu auch Philip Zölls: Wissen im Wandel. Münchner Migrationspolitik der 1970er Jahre – von der Einwanderungsstadt zum Ghetto (voraussichtlich 2022).

21 Vgl. LH München (wie Anm. 19), S. 101. Dies entsprach den Themen, die im öffentlichen Diskurs und in den Zeitungen präsent waren. Vgl. hierzu auch Eva Bahl u.a.: Tulbeck 12. Das Münchner Migrationsregime: eine unendliche Geschichte von Autonomie und Kontrolle, in: Natalie Bayer u.a.: *Crossing munich*. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, München 2009, S. 60-65.

reichen, um die Problemgruppen an ihre Umwelt anzupassen. [...] Ein zutreffendes Verständnis kann nur dann erreicht werden, wenn man davon ausgeht, dass die Probleme der Ausländer auf Mangelsituationen hinweisen, die bereits vor ihrem Auftreten vorhanden waren und durch sie nur verstärkt in Erscheinung treten. Ihre mangelhafte Versorgung weist auf strukturelle Probleme hin, die die Gesellschaft bisher nicht lösen konnte.“²²

Zudem verstanden sie die Migrationsbewegungen in die Stadt als dauerhaftes Phänomen. Als einen wichtigen Grund nannten sie die fortschreitende europäische Integration: „Die eingangs getroffenen Feststellungen über das Zusammenwachsen der Länder des europäischen Kontinents, über die damit verknüpften Bevölkerungsbewegungen und die auf absehbare Zeit bestehende Notwendigkeit, ausländische Zuwanderer in der BRD aufzunehmen, um den Lebensstandard der Gesellschaft zu erhalten, beweisen das. Angesichts dieser Situation sollte vielmehr davon ausgegangen werden, dass eine konstante Gruppe relativ gut in die deutschen Verhältnisse eingelebter Ausländer für die soziale und politische Entwicklung der deutschen Gesellschaft zweckmäßiger ist, als eine ständige rotierende Gruppe von Ausländern mit Anpassungsproblemen“. Später schreiben sie: „Die Ausländerbeschäftigung ist ein Dauerzustand geworden, der unabhängig ist von konjunkturellen Wechsellagen.“²³ Als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen sprach man sich für die Integration der in München lebenden Migrant*innen aus. In einem ersten Schritt definierte man Integration und grenzte sich von Assimilation und Einwanderung ab. Eine Assimilation wurde dabei abgelehnt, da es sich hierbei um eine einseitige Anpassung von Migrant*innen an die deutsche Bevölkerung handelte. Positiver bewertete man den Begriff der Eingliederung, der aber nur von einer kurzfristigen Beschäftigung der Migrant*innen in der Stadt ausging. Favorisiert wurde der Begriff von Integration. Darunter verstanden die Autor*innen einen „Vorgang, bei dem sich die Ausländer nicht einseitig [...] an deutsche Verhältnisse anpassen. Vielmehr nähern beide Gruppen ihr Verhalten und ihre Einstellung wechselseitig aneinander. Das bedeutet praktisch, dass die ausländischen Zuwanderer in Stand gesetzt werden, gleichberechtigt in der BRD zu leben und alle Rechte wahrzunehmen.“²⁴

22 LH München (wie Anm. 19), S. 177.

23 Ebd., S. 195 und S. 198.

24 Ebd., S. 181.

Mit diesen integrationspolitischen Forderungen lösten die Autor*innen zahlreiche Diskussionen im Münchner Stadtrat aus. Vor allem die CSU lehnte die Integrationsvorstellungen kategorisch ab, denn ihrer Ansicht nach kostete deren Umsetzung zu viel. So wird Werner Eckert in einem Protokoll des Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschusses mit folgenden Worten zitiert: „Er glaube jedoch, dass der Versuch, die Ausländer nicht nur in München, sondern auch in der übrigen Bundesrepublik zu integrieren, die Grenzen des Möglichen – vor allem in finanzieller Hinsicht – überschreite.“²⁵ Zudem beharrte die CSU darauf, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sei und somit München keine Einwanderungsstadt. Daher müsse auch keine Integration forciert werden. Vielmehr solle, so die Vorstellungen der CSU weiter, das Rotationsmodell konsequent umgesetzt werden. Vor allem in den ersten Jahren der offiziellen Anwerbung war das Rotationsmodell als Alternative zur Einwanderung angedacht. Es sah vor, dass Migrant*innen auf ein Jahr befristet in der Bundesrepublik arbeiten und anschließend durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden sollten. Dieses Modell war durch die Vergabe von einjährigen Arbeitsverträgen und die daran gekoppelten Aufenthaltserlaubnisse bei der staatlichen Anwerbung implementiert. Doch die Befristung lag weder im Interesse der Migrant*innen noch der Wirtschaft, die sich wegen der hohen Einarbeitungskosten, die durch die jährlich anzulernenden Arbeiter*innen entstanden, wiederholt gegen das Rotationsmodell aussprach. De facto fand das Modell daher keine Anwendung, vielmehr erhöhte sich die Aufenthaltsdauer vieler Migrant*innen in München seit Ende der 1960er Jahre kontinuierlich, wie der Münchner Stadtanzeiger in einer Umfrage feststellte.²⁶

In den Augen der CSU aber stellte das Rotationsmodell einen Gewinn für alle Beteiligten dar, das heißt sowohl für Migrant*innen als auch für die deutsche Bevölkerung, da sich die Lebensqualität für alle steigern ließe und die Kosten für einen weiteren Wohnungsbau und Betreuungsaufgaben entfallen würden. Entscheidend war aus Sicht der CSU aber, dass durch eine stärkere Integration die Bereitschaft vieler Migrant*innen zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer geschwächt werde. Stadtrat Eckert etwa vertrat die Ansicht: „Man sollte nicht einen Prozess vom

Prinzip her fördern, der für Hunderttausende – vielleicht sogar für Millionen – in der Entwurzelung ende und die Rückgliederung und Rückkehrbereitschaft in das eigene Land mindere. Es sei vielmehr notwendig, die Rückkehrbereitschaft aktiv zu unterstützen, und zwar nicht nur aus sozialen, sondern auch aus politischen Gründen.“²⁷

In ihren politischen Forderungen wurde die Münchner CSU von der bayerischen Staatsregierung unterstützt. In einem ausführlichen Bericht hatte sie Stellung gegen die Münchner Studie bezogen und versuchte deren Ergebnissen und Prämissen zu widerlegen. Insbesondere die Feststellung, dass Migration nicht zu stoppen sei, wurde kritisiert, denn dadurch würde die Einwanderung „in das Belieben der ausländischen Arbeitnehmer“ gestellt und der Staat würde sich selber unnötig einschränken. Eigentliche Aufgabe in der Migrationspolitik wäre es, die Handlungsmöglichkeiten des Staates auszubauen und die Kontrollen zu verschärfen. Man kam in der Stellungnahme daher zu dem Schluss: „Ein Staat, der die Einwanderung nicht steuert und kontrolliert, gefährdet seine politische Existenz, abgesehen von nachteiligen gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitischen, ethnologischen und kulturellen Auswirkungen.“ Als vorrangiges Ziel für die nächsten Jahre wurde dabei festgehalten, dass die Migration stärker eingeschränkt werden müsse, auch um den erreichten Lebensstandard zu halten.²⁸ Stärkere Zustimmung erhielt die Münchner Studie vom damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher. Schon 1972 hatte er eine umfassendere Migrationspolitik der Bundesregierung gefordert, die nicht allein auf arbeitsmarktpolitische Aspekte Rücksicht nahm. Als Vorbild auch zur Umgestaltung seines eigenen Ministeriums nahm er das Münchner Stadtentwicklungsreferat und die Münchner Problemstudie. In einem Schreiben an den Arbeitsminister schrieb Genscher: „Für die Weiterentwicklung einer Gesamtkonzeption der Ausländerpolitik wäre ein weiteres Arbeitspotential erforderlich, zu dem Volkswirte, Soziologen und Statistiker entscheidende Beiträge zu liefern hätten. Vorbildlich ist m.E. hierfür das Stadtentwicklungsreferat der Stadt München, das in einer Stärke von 12 Personen eine Problemstudie ‚Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München‘ erarbeitet hat, die einem Bundesministerium gut anstünde.“²⁹

25 Stadtarchiv München, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschuss 745/9.

26 1972 betrug sie im Schnitt 7,7 Jahre. Ein Viertel der befragten Migrant*innen wollte mindestens zehn Jahre bzw. dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben. Vgl. Münchner Stadtanzeiger v. 11.07.1972, S. 11.

27 Stadtarchiv München, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschuss 745/9.

28 Archiv der sozialen Demokratie, DGB-Bundesvorstand 5/DGAZ 487.

29 Bundesarchiv Koblenz, 106/69844.



Aufnahme einer Unterkunft für italienische „Gastarbeiter“ (Ort unbekannt)
 Foto: StadtMü – Abgabe Rinascita

Doch trotz dieser namhaften Unterstützung kamen auch in der Münchner SPD Zweifel an der Richtigkeit der Integrationsvorstellungen auf. Zwar hielt man an dem Konzept fest, sah aber dessen Umsetzung nur durch eine strengere Begrenzung der Migrationsbewegung in die Stadt möglich. Dementsprechend beschloss der Stadtrat am 23. November 1972, dass „die Grenze der Aufnahmefähigkeit ausländischer Arbeitnehmer im Stadtgebiet München jetzt und in absehbarer Zeit erreicht, wenn nicht sogar überschritten ist.“³⁰ Die Diskussion über die Frage nach der Grenze der Aufnahmefähigkeit wurde in vielen Kommunen in der Bundesrepublik geführt. Die Belastungen zeigten sich bei der sozialen Infrastruktur, der Bildung und in München vor allem im Wohnungsbereich.

Der Wohnraum war in München seit Ende des Zweiten Weltkrieges knapp, doch für Migrant*innen gestaltete es sich noch schwieriger, an entsprechende Wohnungen zu

gelangen. Häufig fanden sie welche in der Innenstadt oder den Innenstadtrandgebieten. Viele Wohnungen waren in schlechtem Zustand, hatten Gemeinschaftsbäder und Toiletten auf dem Gang, zudem wurden Zimmer einzeln zu überhöhten Preisen vermietet. Ab Ende der 1960er Jahre lassen sich hierzu zahlreiche Artikel in der Presse finden, die auf die schlechte Unterbringung und die überhöhten Mieten aufmerksam machen.³¹ Doch ab 1972 änderte sich die Berichterstattung und immer häufiger wurde von einer „Gefahr der Gettobildung“ gesprochen. Der Münchner Merkur schrieb in Anlehnung an den Olympia-Slogan der Stadt „Weltstadt mit Herz“: „München – bald Weltstadt mit Gettos?“³² Auch im Münchner Stadtrat wurde über die angeblich drohende Gefahr einer Gettobildung diskutiert und Maßnahmen dagegen gefordert. Nach längeren

.....
 31 Vgl. etwa Süddeutsche Zeitung v. 03.03.1970 „Gegen Mietwucher bei Gastarbeitern“.

32 Münchner Merkur v. 20./21.11.1971.

.....
 30 Stadtarchiv München, Ratssitzungsprotokolle 746/37.

Diskussionen verhängte die Stadt zum 1. April 1975 sogenannte Zuzugssperren über bestimmte Stadtviertel. Diese sahen vor, dass Nicht-Deutsche der Umzug in Stadtviertel verwehrt werden konnte, in denen der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 12 Prozent überstieg. Doch wer genau zu der Kategorie Ausländer gehörte, war umstritten. Rechtlich gesehen waren EG-Angehörige davon ausgenommen, das heißt italienische Staatsbürger*innen konnte der Zuzug nicht verwehrt werden. Da aber andererseits US-Amerikaner*innen, Migrant*innen aus Österreich, der Schweiz und Liechtenstein unter dieses Verbot fielen, erließ man – aufgrund eines befürchteten Imageschadens – für diese Staaten eine Ausnahmeregelung. Den Nutzen der Zuzugssperren konnte die Stadt allerdings nie nachweisen, vielmehr konnte eine Studie der Technischen Universität feststellen, dass die Gefahr einer Ghettobildung in München nie gegeben war. Weitere Diskussionen erübrigten sich auch, da die Regelungen über Zuzugssperren gegen EG-Regelungen verstießen und daher auch nicht weiterverfolgt wurden. Der öffentliche Schaden hingegen war groß, denn durch ihre Form der repressiven Stadtpolitik hatten die Stadträte Migrant*innen für soziale Engpässe und Vernachlässigungen im Wohnungsbau verantwortlich gemacht, ohne dass man die öffentlichen Folgen für das Miteinander in der Stadtgesellschaft bedacht hatte. Letztlich können die Diskussionen über die Grenzen der Auf-

nahmefähigkeit als Zäsur innerhalb der Migrationspolitik gesehen werden. Denn mit ihr verschwanden die ersten Ansätze einer Integrationspolitik und die Debatten über die soziale und rechtliche Teilhabe von Migrant*innen innerhalb der Stadtgesellschaft. Auch wenn in den folgenden Jahren noch über ein Ausländerprogramm diskutiert wurde, so dominierte – nicht zuletzt durch den Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 – die Frage nach einer Reduzierung und stärkeren Kontrolle der Migration nach München. Zudem begannen ab Ende der 1970er Jahre erste Debatten zum Recht auf Asyl, die bis weit in die 1990er Jahre wirkten.

In diesem Aufsatz wurde der Schwerpunkt auf die Diskussionen aus der Zeit der 1970er Jahre gelegt. Denn hier wurde das erste Mal ausführlich über Migration und Integration diskutiert, die nicht einfach in unsere heutige Zeit zu übertragen sind. Dennoch zeigen sich hier erste Ideen und Konzepte, die eine stärkere Berücksichtigung in den heutigen Debatten verdient hätten, denn viele Argumente die damals zum ersten Mal vorgebracht wurden, finden sich heute in einer weiter entwickelten Form wieder. So können die dargestellten Themen und Diskussionen der 1970er Jahre sowohl als Dokument ihrer eigenen historischen Epoche gelesen und behandelt werden als auch als Bezugs- und Anfangspunkt einiger Diskussionen aus unserer heutigen Zeit dienen. ▲



LESESTOFF



Regieren der Migration

Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken

Das Buch ist bestellbar unter: www.allitera-verlag.de

Dr. Philip Zölls untersucht in diesem Band aus der Reihe „Münchener Beiträge zur Migrationsgeschichte“ verschiedene Formen der Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von den 1950er bis in die 1970er Jahre. Dabei nimmt er nicht nur staatliche Maßnahmen in den Blick, sondern beleuchtet ebenso den Einfluss der Migrant*innen auf die Migrationspolitik.

Migration in München von den 1950er bis in die 1970er Jahre anhand didaktisch aufbereiteter Quellen

von Markus Baar, Vivienne Marquart, Philip Zölls

Die Themen Migration und Integration stellen fächerübergreifend einen zentralen Bildungsinhalt an bayerischen Schulen dar. Der LehrplanPLUS sieht beispielsweise für die Realschule und das Gymnasium im Fach Geschichte jeweils einen Längsschnitt zur Migration vor, wobei im gymnasialen Fachlehrplan der 11. Jahrgangsstufe ein Fokus auf Bayern liegt. Neben der Beschäftigung mit Motiven und Folgen von Migrationsbewegungen, die von den Lernenden als „konstitutives Merkmal der Menschheitsgeschichte“ zu begreifen sind, sowie Bedingungen einer gelingenden Integration sind hier biografische Beispiele in den Blick zu nehmen – unter anderem aus der sogenannten Gastarbeiterphase in Bayern.

Die in diesem Themenheft vorliegenden Quellen mit einem Fokus auf München eignen sich besonders für eine intensive Beschäftigung mit den genannten Inhalten. Zeitungsquellen, Bildmaterial, Protokollauszüge aus einer Münchner Stadtratssitzung und – in Auszügen – eine vom Münchner Stadtrat in Auftrag gegebene Studie mit „[k]ommunalpolitischen Aspekte[n] des wachsenden ausländischen Bevölkerungsteils“ aus den 1960er und 1970er Jahren werden in einer um Arbeitsaufträge und Gesprächsimpulse ergänzten, kopierfertigen und im Sinne einer Unterrichtssequenz logisch angeordneten Form präsentiert. Das Kernstück dieser didaktischen Sequenz sind lebensgeschichtliche Interviews mit Arbeitsmigrant*innen, welche die individuelle Relevanz von Migrationsbewegungen verdeutlichen und alternativ zur transkribierten Form – ebenso wie ein Interview mit dem früheren Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel – auch in audiovi-

sueller Form verwendet werden können:

@ www.blz.bayern.de/Migration_in_Muenchen

Die Anordnung der Materialien zielt darauf ab, dass den Schüler*innen nach einem Zugang, der eine zeitliche Verordnungsung des Sequenzthemas und eine Klärung der zentralen Begrifflichkeiten liefert, (1) zunächst deutlich wird, dass in München in den 1960er und Anfang der 1970er Jahren Einwanderung in großer Zahl stattfand (2), um sich daraufhin mit den damit einhergehenden individuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen (3, 4) und in einem nächsten Schritt mit entsprechenden Lösungsansätzen (5) und den dabei auftretenden politischen Diskussionen (6) zu befassen. Schließlich werden Materialien und Anregungen vorgestellt, die am Beispiel der Gastronomie den Einfluss der Migrant*innen auf das kulturelle Leben in München in den Blick nehmen (7).

Den Quellen sind neben Arbeitsaufträgen bzw. Gesprächsimpulsen methodisch-didaktische Hinweise beigelegt, die u.a. Zusammenhänge zwischen den Arbeitsaufträgen (z.B. Progression) verdeutlichen, die jeweilige pädagogische Zielsetzung aufzeigen, Lösungen bzw. Lösungsansätze präsentieren und detaillierte Informationen zu den historischen Sachverhalten liefern. Darüber hinaus werden methodische Anregungen für die Umsetzung im Unterricht gegeben. Stellenweise finden sich ergänzend zu den Quellen Infoboxen, im Rahmen derer die Lehrkräfte – oder außerschulischen Multiplikator*innen – zentrale Informationen zu einer Begrifflichkeit oder einem Themenkomplex in pointierter Form einsehen können.

Die Unterrichtssequenz ist als Angebot zu verstehen, das je nach Bedarf vollständig oder in Teilen genutzt werden kann. Grundsätzlich wurde die didaktische Aufbereitung der Quellen mit Blick auf die gymnasiale Oberstufe konzipiert, die Materialien können aber durchaus auch in anderen Schularten Anwendung finden. Nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Komplexität und des Umfangs der Quellentexte divergieren die Schwierigkeitsgrade zwischen den einzelnen Unterrichtseinheiten, sodass die Lehrkraft entsprechend der jeweiligen Schulart und Klasse selbst eine Beurteilung vornehmen kann, inwieweit bestimmte Einheiten der Sequenz für die entsprechende Zielgruppe eingesetzt werden können. Es bietet sich auch an, die Arbeitsaufträge als Anregungen für eigene Fragestellungen zu nutzen.

Die regionale Fokussierung auf München ist insofern

naheliegender, als zum einen die Landeshauptstadt mit 23 Prozent einen der höchsten Ausländeranteile in der Bundesrepublik Deutschland erreichte und demzufolge umfangreiches Quellenmaterial vorliegt. Zum anderen spielt München in den Berichten der befragten Zeitzeug*innen eine wichtige Rolle, da alle Migrant*innen, die über den offiziellen Weg der Anwerbung aus Italien, Jugoslawien, Griechenland und anfangs der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland kamen, auf Gleis 11 am Hauptbahnhof München eintrafen. Der Münchner Hauptbahnhof stellt demzufolge einen zentralen Ort der Erinnerungskultur dar.

Die didaktischen Materialien wollen nicht zuletzt hilfreiche Impulse für schulische Forschungs- bzw. Zeitzeugenprojekte zu Migration und Integration in anderen Regionen geben.

Seite	Baustein	Materialien
S. 21	1 Arbeitsmigration in München	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: <ul style="list-style-type: none"> • Bild vom Münchner Hauptbahnhof • Zeitzeugeninterview mit Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel
S. 26	2 München als Einwanderungsstadt?	Arbeitsblatt mit Auszügen aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 31	3 Aus dem Leben der „Gastarbeiter*innen“	Arbeitsblätter zu lebensgeschichtlichen Interviews: <ul style="list-style-type: none"> • Makbule Kurnaz • Theodoros Gavras • Eleni Tsakmaki
S. 40	4 Migrant*innen und der Münchner Hauptbahnhof	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: <ul style="list-style-type: none"> • Artikel aus dem Münchner Merkur, 1966 • Bilder vom Münchner Hauptbahnhof • Auszug aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 44	5 Assimilation, Eingliederung, Integration	Arbeitsblatt mit Auszügen aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“
S. 48	6 Integration oder Rotation – ein politisches Streitgespräch	Arbeitsblatt mit Auszügen aus dem Protokoll der Stadtratssitzung vom 23.11.1972
S. 54	7 (Post-)Migrantische Gastronomie in München	Arbeitsblatt mit verschiedenen Quellen: <ul style="list-style-type: none"> • Artikel aus der Münchner Abendzeitung, 1976 • Plakat eines italienischen Restaurants, um 1965 • Bild vom türkischen Restaurant „Ali Baba Börekçisi“ • Bild vom türkischen Imbiss „Türkitch – köfte & kebab“

1 ARBEITSMIGRATION IN MÜNCHEN

M1:



Foto: Stadtarchiv München, StAM RD-0668-A-36/Fotograf: Rudi Dix

Arbeitsaufträge:

1. Beschreiben Sie das Bild in seinen einzelnen Elementen.
2. Klären Sie die Situation des Bildes.
3. Stellen Sie Vermutungen an, wie sich die Personen auf dem Bild fühlen.

M2:



Hans-Jochen Vogel, 2016
 Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts
 „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

Hans-Jochen Vogel war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister der Stadt München. In diesem Interview aus dem Jahr 2016 erinnert er sich an Einzelheiten seiner Amtszeit:

Also zunächst galt ja für diesen Bereich eher das Stichwort „Gastarbeiter“ – War, glaube ich, das erste Abkommen mit Italien Mitte der 50er Jahre und es war ein Bedarf an Arbeitskräften gerade auch in München, wenn ich an BMW, Siemens und andere denke. Und der berühmte Bahnsteig 11 war damals schon ein Begriff. [...] Also, das war noch nicht der Gedanke der Einwanderung, der Migration, es war der Gedanke des „Gastarbeiters“ und es war eigentlich die allgemeine Vorstellung, dass die nach einiger Zeit wieder nach Hause gehen und dass dann vielleicht andere „Gastarbeiter“ kommen. 5
 Andere Vorgänge spielten – vielleicht jedenfalls im Hinterkopf – eine Rolle: Das waren die Vertriebenen und Flüchtlinge in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg. 10

Also München war es schon gewohnt, dass Menschen kamen, die hier nicht geboren waren, sondern eben zuwanderten. 15
 Die Sudetendeutschen beispielsweise, die für München eine gute Rolle gespielt haben.

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Der ehemalige Oberbürgermeister Münchens Hans-Jochen Vogel spricht von sogenannten Gastarbeiter*innen. Definieren Sie den Begriff ausgehend von Vogels Ausführungen. Nennen Sie weitere Begriffe, die in diesen Kontext passen, und problematisieren Sie diese.
2. Vogel erwähnt das erste „Gastarbeiter-Abkommen“ Mitte der 1950er Jahre. Neben dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen gab es acht weitere. Zählen Sie Ihnen bekannte Abkommen auf.
- + Zusatzaufgabe:** Vogel erwähnt das erste „Gastarbeiter-Abkommen“ Mitte der 1950er Jahre. Recherchieren Sie, worum es bei dem Abkommen ging und warum es abgeschlossen wurde.
3. Welche andere Einwanderungsgruppe spricht Vogel an? Erklären Sie den historischen Hintergrund der entsprechenden Migrationsbewegung.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Die vorgeschlagenen Arbeitsaufträge können als Impulse für ein Unterrichtsgespräch zum projizierten Bild und zum audiovisuell dargebotenen Zeitzeugeninterview genutzt werden, es ist aber ebenso möglich, die Quellen inklusive der Arbeitsaufträge als Arbeitsblätter an die Schüler*innen auszugeben.

Der Zugang mittels eines Bildes ermöglicht einen sehr offenen Gesprächszugang, der kein Vorwissen bei den Schüler*innen voraussetzt. In einem ersten Arbeitsschritt beschreiben die Lernenden die einzelnen Elemente des historischen Bildes, wobei vordergründig auf die Methodik der Bildanalyse abgezielt wird. In einem nächsten Schritt werden diese Informationen nutzbar gemacht, um von den einzelnen Bildelementen auf die entsprechende Situation zu schließen. Der*die Betrachter*in kann erkennen, dass es sich um einen Bahnhof handeln muss, da ein Bahnsteig und ein Zug zu erkennen sind. Die Ankommenden sind bereits erwartet worden und erhalten nun Informationen von dem Mann mit dem Megaphon. Tatsächlich wurden die Migrant*innen bereits am Ankunftsgleis empfangen und Vertreter*innen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie Dolmetscher informierten sie gegebenenfalls über die Weiterfahrt in andere Städte. Das Motiv der Arbeitsaufnahme kann von den Schüler*innen erschlossen werden, es mag aber sicherlich schon einigen Lernenden bekannt sein, sodass möglicherweise im Unterrichtsgespräch auch eine zeitliche Einordnung vorgenommen werden kann. Abschließend stellen die Betrachter*innen Vermutungen über die Gefühlslage der Ankommenden an und können so im Sinne der narrativen Kompetenzschulung etwaige Hoffnungen, aber auch Ängste artikulieren. Auch Vorfreude oder Müdigkeit sind denkbare Antworten. Hier wird ein Fokus auf die Perspektivenübernahme und Empathiefähigkeit gelegt. Eine denkbare Methode wäre hier außerdem, dass die Schüler*innen Gedanken- oder Sprechblasen in dem Bild ergänzen.

Die anschließende Beschäftigung mit den Aussagen Hans-Jochen Vogels dient dazu, die geäußerten Vermutungen zum Eingangsbild zu überprüfen, indem historische Fakten – vermittelt durch einen Zeitzeugen – zur Situation auf dem Bild und zum entsprechenden Kontext geliefert werden. Die Schüler*innen erfahren, dass es sich bei den Personen auf dem Bild um sogenannte Gastarbeiter*innen handelt, die ab Mitte der 1950er Jahre auf der Basis wirtschaftlicher Abkommen – unter anderem aus Italien – nach Deutschland kommen. Hier sollten in einem Unterrichtsgespräch weitere Begriffe aus diesem Kontext gesammelt und problematisiert werden, um inhaltliche Differenzierungen nachzuvollziehen, im Sinne der Orientierungskompetenz die Entwicklung (Beispiel: „Ausländer*in“) und gleichzeitig die andauernde Aktualität der Diskussion um eine angemessene Begrifflichkeit zu erkennen und nach eigenen Wertmaßstäben zu urteilen. Die Schüler*innen sollen nach weiteren bekannten Abkommen gefragt werden, sodass sie möglicherweise ihre eigene Familienbiografie einfließen lassen und so den Bezug historischer Gegebenheiten zur Gegenwart erkennen können. Als Alternative kann den Lernenden die Möglichkeit gegeben werden, ausführlich – zum Beispiel im Rahmen einer Hausaufgabe – zum deutsch-italienischen Anwerbeabkommen zu recherchieren. Dieses Abkommen kam aus verschiedenen Gründen zustande: Neben den zahlreichen Initiativen der italienischen Regierung ist hierbei der Wunsch des deutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard nach einem wirtschaftlich geeinten Europa und nach einer intensiveren europäischen Integration ebenso zu nennen wie dessen Absicht, Arbeitskräfte für bestimmte Bereiche der deutschen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Denkbar ist auch, dass die Schüler*innen Recherchen zu einem anderen Anwerbeabkommen durchführen. Der dritte Arbeitsauftrag zielt auf die Wiederholung von bereits im Geschichtsunterricht erlangtem Wissen ab. Die Schüler*innen ordnen die Migration der Sudetendeutschen – und gegebenenfalls weiterer Einwanderungsgruppen – kontextuell ein und stellen möglicherweise einen Vergleich mit der Zuwanderung der „Gastarbeiter*innen“ an. Als Unterschied wäre hierbei beispielsweise anzuführen, dass im Falle der Sudetendeutschen Deutsche im Sinne des Grundgesetzes mit deutscher Sprache zuzogen, während mit den Arbeitsmigrant*innen der sogenannten Gastarbeiterphase Personen anderer Nationalitäten nach Deutschland kamen, bei denen zunächst in der Regel kaum Deutschkenntnisse vorhanden waren.



INFOBOX MIT BEGRIFFSDEFINITIONEN

Gastarbeiter*in:

Der Begriff war von den 1950er bis in die 1970er Jahre sowohl in der Umgangssprache als auch in der Öffentlichkeit zur Bezeichnung angeworbener Arbeitnehmer*innen aus dem Ausland in Gebrauch. Er impliziert die Vorstellung, dass die Arbeitnehmer*innen aus dem Ausland für eine begrenzte Zeit zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland kommen und anschließend wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Neben der Pauschalität dieser Annahme war der Begriff auch wegen des Wortes „Gast“ umstritten, schließlich leisteten die Personen harte Arbeit unter oftmals schweren Bedingungen, was von einem Gast in der Regel nicht erwartet wird.

Ausländer*in:

Der Begriff löste ab den 1970er Jahren nach und nach die „Gastarbeiter“-Bezeichnung ab, da dieser in Anbetracht der Tatsache, dass immer mehr Arbeitnehmer*innen dauerhaft in Deutschland bleiben wollten und auch viele Firmen Kontinuität bei ihren Arbeitskräften bevorzugten, überholt war. Es entstanden Komposita wie „Ausländergesetz“ oder „Ausländerbeauftragte“. Dadurch, dass der Begriff Personen beschreibt, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, klammerte er sowohl bereits eingebürgerte Personen aus dem Ausland als auch die (Spät-)Aussiedler aus. Die Bezeichnung weckt negative Konnotationen im Sinne einer Ausgrenzung und Diskriminierung.

Migrant*in, Menschen mit Migrationshintergrund:

Mit „Migrant*in“ werden in der Regel Personen bezeichnet, die ihr Herkunftsland verlassen, um in einem anderen Land zu leben. Spätestens seit 2005, als die offiziellen Statistiken tatsächlich von einer „Ausländerstatistik“ zu einer „Migrationsstatistik“ wurden, hat sich der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ etabliert. Laut dem Statistischen Bundesamt hat eine Person Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Der Begriff umfasst neben zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländern*innen und zugewanderten und nicht zugewanderten Eingebürgerten auch (Spät-)Aussiedler*innen sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen. Die Geflüchteten und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs zählen nicht zu dieser Definition.

Flüchtling, Geflüchtete*r:

Während „Migrant*innen“ ihr Land laut Völkerrecht auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen verlassen, werden „Flüchtlinge“ aufgrund bestimmter Einflüsse zur Flucht gezwungen. Der Genfer Flüchtlingskonvention zufolge handelt es sich bei einem „Flüchtling“ um eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“ Da sich im deutschen Wortschatz viele negativ konnotierte Begriffe mit dem Suffix „-ing“ finden, wird anstelle von „Flüchtling“ oftmals der positiv unterstützende Begriff der „Geflüchteten“ verwendet.

Asylsuchende*r, Asylantragstellende*r, Schutz-/Bleibeberechtigte*r:

„Asylsuchende“ ist die Bezeichnung für geflüchtete Personen, die beabsichtigen, einen Antrag auf Asyl, das heißt auf Aufnahme zum Schutz vor Bedrohungen in anderen Teilen der Welt, zu stellen. Wenn sie diesen Antrag eingereicht haben und sich dann im Asylverfahren befinden, werden sie als „Asylsuchende“ oder „Asylbewerber*innen“ bezeichnet. Personen, die eine Asylberechtigung, einen Flüchtlingschutz oder subsidiären Schutz erhalten haben oder die aufgrund eines Abschiebungsverbotes in Deutschland bleiben dürfen, gelten als „Schutz- bzw. Bleibeberechtigte“.



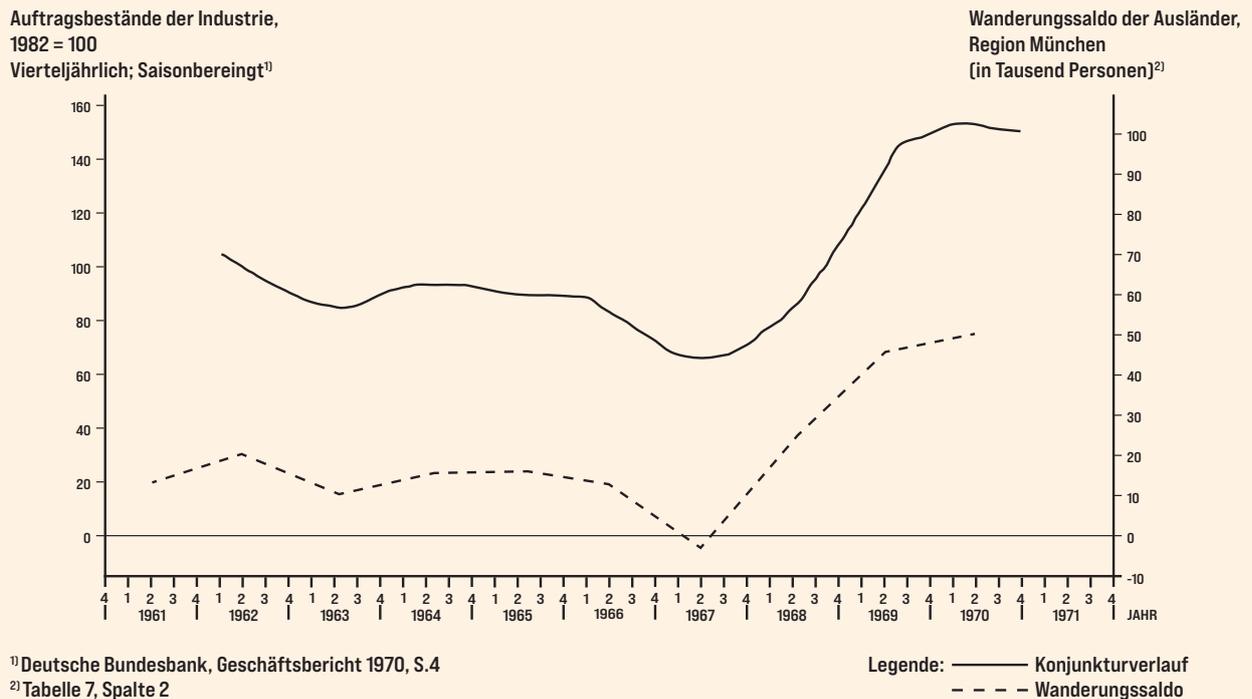
LITERATUR

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asyl und Flüchtlingsschutz, <https://www.bamf.de/DE/Themen/Asyl-Fluechtlingsschutz/asylfluechtlingsschutz-node.html> [Stand: 17.02.2022].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Schutzformen, <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Schutzformen/schutzformen-node.html> [Stand: 17.02.2022].
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Grundlagen und Begriffe, <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/flucht/fachbegriffe#lexicon=21868> [Stand: 17.02.2022].
- Walter Graßmanns Beitrag in diesem Heft.
- Philip Zölls: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken, München 2019, S. 28-36.
- Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2014, S. 267 f.
- Friedel Taube/Ralf Bosen: Glossar: Flucht, Asyl, Einwanderung, 21.08.2018, <https://www.dw.com/de/glossar-flucht-asyl-einwanderung/a-39187168> [Stand: 17.02.2022].
- Statistisches Bundesamt: Migrationshintergrund, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html> [Stand: 17.02.2022].

2 MÜNCHEN ALS EINWANDERUNGSSTADT?

M1: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

KONJUNKTURVERLAUF IN DER BRD UND AUSLÄNDER-WANDERUNGSSALDO IN DER REGION MÜNCHEN 1961 – 1971



Begriffsklärung: Unter einem Wanderungssaldo versteht man die Differenz zwischen Zuziehenden und Fortziehenden.

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): *Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München* (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 59; schematisch nachgebildet von: Agentur Mumbeck

M2: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

[...] Mindestens ein beachtlicher Teil der ausländischen Arbeitskräfte ist in Funktionen beschäftigt, die jederzeit abgebaut werden können, wenn es die konjunkturelle Lage vom Standpunkt der Unternehmer aus erfordert. Ebenso schnell können diese Funktionen bei einem wirtschaftlichen Aufschwung wieder besetzt werden. Damit existiert auf dem „Markt ungelernete Arbeitskraft“ eine geradezu klassische „industrielle Reservearmee“.

Für die Zukunft ist jedoch zu erwarten, dass die Ausländerbeschäftigung in der BRD nicht mehr nur rein ergänzende Funktion hat. Durch eine allmählich zunehmende berufliche Qualifikation werden immer mehr Ausländer in das Stammpersonal deutscher Betriebe aufrücken, das auch in vorübergehenden Rezessionszeiten gehalten wird. Die allmählich steigende Qualifikation ergibt sich aus

- der im Durchschnitt immer längeren Aufenthaltsdauer der damit verbundenen Verbesserung der Sprachkenntnisse,
- dem Berufstraining,
- der zunehmenden Auswahl fachlich ausgebildeter oder erfahrener Arbeitskräfte bei der Anwerbung im Ausland;

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): *Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München* (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 63 f.

M3: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

Die [in dieser Studie vorgenommene, Anm. d. Red.] Darstellung der Probleme, die die Ausländer in einzelnen Lebensbereichen haben, hat eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Gleichstellung von Ausländern und Deutschen im Arbeits- und Sozialrecht und ihrer materiellen Ungleichheit erkennen lassen. Das vordringliche Ziel einer kommunalen Ausländerpolitik müsste darin liegen, diese Diskrepanzen abzubauen. [...]

- 5 [...] Hoffnungen, der Zustand vor Beginn der jetzigen Zuwanderung könnte wiederhergestellt werden, scheinen [...] unhaltbar. Die [...] getroffenen Feststellungen über das Zusammenwachsen der Länder des europäischen Kontinents, über die damit verknüpften Bevölkerungsbewegungen und die auf absehbare Zeit bestehende Notwendigkeit, ausländische Zuwanderer in der BRD aufzunehmen, um den Lebensstandard der Gesellschaft zu erhalten, beweisen das. Angesichts dieser Situation sollte vielmehr davon ausgegangen werden, dass eine konstante Gruppe relativ gut in die deutschen Verhältnisse eingelebter Ausländer für die soziale und politische Entwicklung der deutschen Gesellschaft zweckmäßiger ist, als eine ständige rotierende Gruppe von Ausländern mit Anpassungsproblemen. [...]
- 10

Angesichts der bestehenden Probleme liegt der Gedanke nahe, den Zustrom von Ausländern zu stoppen oder auf ein bestimmtes Maß zu drosseln. Rigorose Maßnahmen dieser Art [...] stünden [...] vor allem im Widerspruch zu zwei gesellschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen:

- 15 • Liberalisierung der Einreisebedingungen
Gegenüber EWG-Angehörigen bestehen ohnehin keine Möglichkeiten, die Arbeitsaufnahme in der BRD zu verwehren. Daneben existiert eine große Gruppe von Illegalen bzw. von ausländischen Arbeitnehmern, die zunächst illegal eingewandert sind und dann „legalisiert“ wurden. Das zeigt, dass es schwierig ist, den Zustrom von Arbeitssuchenden an der Staatsgrenze zu kontrollieren.
- 20 • Entscheidungsfreiheit der Unternehmen
Als zweite Kontrollstelle der Ausländerzuwanderung könnte der Betrieb herangezogen werden. Diese Kontrolle muss aber versagen, wenn der Unternehmer stark an der Beschäftigung von Ausländern interessiert ist.

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 194 f.

Arbeitsaufträge:

1. Im Fokus dieser Unterrichtseinheit steht der Begriff der „Einwanderungsstadt“. Diskutieren Sie in der Klasse darüber, was Sie unter der Bezeichnung verstehen.
2. Werten Sie das Diagramm M1 aus, indem Sie zunächst herausarbeiten, wovon der Zuzug nach München abhängt, und anschließend die Entwicklung der Zahlen der Arbeitsmigrant*innen in der Region München erläutern.
3. Erläutern Sie anhand des Auszugs aus der Studie in M2 die Auswirkungen der Entwicklungen im Jahre 1967 auf bereits beschäftigte ausländische Arbeitskräfte.
4. Im Jahr 1972 stellte Hans-Jochen Vogel, der damalige Oberbürgermeister Münchens, fest: „München ist eine Einwanderungsstadt. Das mag manche erschrecken, aber es ist die Wahrheit.“ Überprüfen Sie Vogels Behauptung auf der Basis der bisherigen Ergebnisse und von M3.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Die Arbeitsaufträge beginnen mit einer Diskussion des Begriffs „Einwanderungsstadt“, um so die zentrale Frage der Unterrichtseinheit, inwieweit es sich bei München in den 1960er und 1970er Jahren um eine „Einwanderungsstadt“ handelt, vorzubereiten. Die Schüler*innen werden hier etwa die Aspekte des Bevölkerungszuwachses aufgrund eines signifikanten Zuzugs aus anderen Ländern sowie des dauerhaften Bleibens anführen. Auch eine aktive Förderung der Migration bzw. der dauerhaften Ansiedlung durch die Stadt könnte als Definitionskriterium genannt werden. Die Lehrkraft kann in diesem Zusammenhang Informationen zur Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland als „Einwanderungsland“ geben.

Im Rahmen von Arbeitsauftrag 2 analysieren die Schüler*innen ein Diagramm, das den Zusammenhang zwischen den Aufträgen der deutschen Industrie und der Zuwanderung von Migrant*innen zeigt. Da das Arbeiten mit Diagrammen und Schaubildern im Sinne der Methodenkompetenzschulung schulart- und schulfächerübergreifend in Bayern einen großen Raum einnimmt, bietet es sich an, „den dominierenden Einfluss rein wirtschaftlicher Wanderungsmotive“, wie es die Studie formuliert, anhand der beiden Entwicklungskurven mit einem nahezu deckungsgleichen Verlauf erarbeiten zu lassen. Neben dem Zusammenhang von Konjunktur und Migration stellen die Lernenden außerdem ein deutlich positives Wanderungssaldo in den Jahren 1962 und 1969 fest, was auf jeweils große Zuzüge hindeutet. Da die Studie keine absoluten Einwohnerzahlen nennt, können diese von der Lehrkraft ergänzt werden: 1961 wohnten in München ca. 80.000 Ausländer*innen, im Jahr darauf waren es bereits über 100.000, 1971 zählte München fast 220.000 ausländische Einwohner*innen. Im Jahresdurchschnitt wuchs die Zahl um 9 %, wovon neben den Jahren 1962 und 1969 auch das Rezessionsjahr 1967 auszunehmen ist. Hier fällt das Wanderungssaldo ab, wobei die Schüler*innen wiederum die Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Auftragsbeständen erkennen können.

Die Schüler*innen erarbeiten im folgenden Arbeitsauftrag, dass von der geringen Investitionsnachfrage des Jahres 1967 vor allem die sogenannten Gastarbeiter*innen betroffen waren, da diese laut M2 leicht abbaubare Stellen innehaben. Sie decken den Bedarf an „ungelernten Arbeitskräften“. In einem vertiefenden Unterrichtsgespräch könnte die von der vorliegenden Studie vorgenommene Prognose zu den künftigen Beschäftigungsfeldern der Migrant*innen analysiert werden. Denkbar wäre auch, in einem längeren Exkurs den grundsätzlichen Konjunkturverlauf zu erläutern.

Bei der Beurteilung der Frage, ob es sich bei München um eine Einwanderungsstadt handle, wird ein Fokus auf die Argumentationsstruktur der Schüler*innen gelegt, da sie ihre (möglicherweise partielle) Zustimmung oder Ablehnung auf der Basis der in Arbeitsauftrag 1 entworfenen Definition des Begriffs begründen müssen. Die Lernenden können sich beispielsweise auf die Argumentation des Stadtentwicklungsreferats in M3 stützen, wonach verschiedene Gründe wie die Interessen der Firmen für einen dauerhaften Zuzug nach München sorgen würden. Für das denkbare Definitionskriterium des Begriffs Einwanderungsstadt, wonach eine aktive Förderung des langfristigen Verbleibs stattzufinden habe, findet sich mit dem Aspekt der bestehenden Diskrepanzen, deren Abbau laut Studie ein vorrangiges kommunales Ziel sein müsste – woraus zu schließen ist, dass dies momentan eben noch nicht der Fall ist – ebenso ein Beleg in M3. Da sich auch in den anderen Materialien Ansatzpunkte für die Diskussion finden, wie die in M1 erkennbaren Zuzüge oder die „immer längere[...] Aufenthaltsdauer“ in M2, leistet die abschließende Urteilsbildung auch eine Vertiefung der bereits erarbeiteten Inhalte, schließlich werden die Schüler*innen diese noch einmal in eigenen Worten wiedergeben. Es ist auch möglich, dass die Lernenden das von Vogel thematisierte „Erschrecken“ angesichts der Einwanderung besprechen wollen.



INFOBOX ZU DER STUDIE

„KOMMUNALPOLITISCHE ASPEKTE DES WACHSENDEN AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNGSANTEILS IN MÜNCHEN“

Hans Jochen Vogel war der Meinung, dass sich die Städte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so rasant verändert hätten, dass man eine durchdachte Planung brauche, um eine Stadt tatsächlich regieren zu können. Man müsse seines Erachtens mehr über die Stadt und die Menschen, die in ihr leben, wissen. Im Zuge dessen gelte es, auch die Migrationsbewegungen in die Stadt zu untersuchen. Einen zentralen Bestandteil dieser Analyse stellte die vom Münchner Stadtrat in Auftrag gegebene und 1972 veröffentlichte Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ dar. Darin sollte das Stadtentwicklungsreferat die bisherige Entwicklung des Ausländeranteils in München analysieren und eine Prognose für die künftigen Einwanderungsbewegungen entwerfen. Außerdem sollte erforscht werden, inwieweit Migranten*innen im Arbeitsbericht integriert sind und in welchem Maße sie öffentliche Einrichtungen in Anspruch nehmen. Auch eine Analyse der Auswirkungen der Einwanderungsbewegungen auf die Umgebung Münchens war angedacht. Diese städtischen Vorgaben wurden größtenteils erfüllt, darüber hinaus wurden auch Vorschläge für Optimierung der Migrationspolitik präsentiert.



INFOBOX ZUR BEZEICHNUNG DEUTSCHLANDS ALS EINWANDERUNGSLAND

Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, wurde in Politik und Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg kontrovers diskutiert. Bis zum Antritt der rot-grünen Bundesregierung 1998 wurde auf Bundesebene daran festgehalten, Deutschland nicht als Einwanderungsland zu begreifen und bezeichnen. Bereits in der Verwaltungsvorschrift zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 fand sich diese Feststellung. Auch im 1965 von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Ausländergesetz wurde dieser Grundsatz fixiert, demzufolge „eine Zuwanderung von Ausländern zu längerer Aufenthaltsnahmen [...] nicht unbeschränkt zugelassen werden“ könne. Demgegenüber stand eine aktive Anwerbepolitik, die einen Zuzug von ca. 14 Millionen Arbeitsmigrant*innen bis zum Anwerbestopp 1973 und damit auch eine Diskussion um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, nach sich zog. Der Anwerbestopp sollte die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Migrant*innen verringern, bewirkte jedoch das Gegenteil, da nun viele ausländische Arbeitskräfte ihre Familien nachholten. Dennoch hatte – unter anderem – der Wechsel der Anwerbepolitik zur Folge, dass die Diskussionen um die Frage nach dem Einwanderungsland, zu der nicht zuletzt die Münchner „Problemstudie“ von 1972 beigetragen hatte, in den 1970er Jahren wieder in den Hintergrund trat, bis der Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Heinz Kühn, 1978 sein Memorandum vorlegte. Darin stellte er hinsichtlich der Migrationsprozesse eine Entwicklung fest, die sich nicht mehr umkehren lasse, weshalb eine „vorbehaltlose und dauerhafte Integration“ anzustreben sei. Kühn stellte sich damit gegen das Credo des Nicht-Einwanderungslandes, allerdings wurden seine Überlegungen von den zuständigen Ministerien nicht aufgegriffen. Im Koalitionsvertrag der Union und der FDP 1982 wurde der politische Grundsatz, dass es sich bei der Bundesrepublik nicht um ein Einwanderungsland handle, erneut festgeschrieben.

Der Begriff des Einwanderungslandes wurde in den vergangenen Jahren im politischen Diskurs mehrfach mit unterschiedlichen semantischen Nuancen versehen, wonach unter anderem eine Trennung des „Zuwanderungslands“ (betone den temporären Aufenthalt) vom „Einwanderungsland“ (betone den dauerhaften Aufenthalt) stattfand oder der Begriff des „klassischen Einwanderungslandes“ in die Diskussion eingeführt wurde. Letztlich ist

daher von keiner verbindlichen Definition dieses Terminus auszugehen. Grundsätzlich kann der Begriff zunächst so gedeutet werden, dass ein über einen längeren Zeitraum zu konstatierendes positives Wanderungssaldo als Definitionskriterium ausreicht. Eine weitere Lesart besteht darin, über den bloßen Zuzug hinaus die Dauerhaftigkeit des Aufenthalts als zentralen Aspekt anzusehen. Die aktive Förderung des Zuzugs von Migrant*innen, wie sie in der sogenannten Gastarbeiterphase praktiziert wurde, kann schließlich ebenso als Definitionskriterium gesehen werden wie die staatliche Förderungen eines dauerhaften Verbleibs mit entsprechenden Integrationsmaßnahmen.



LITERATUR

Grundsätze der Ausländerpolitik, 03./04.06.1965, in: Bundesarchiv Koblenz B 106/69872.

Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972 (v.a. S. 34).

Karl-Heinz Meier-Braun: Einleitung: Deutschland Einwanderungsland, in: ders./Reinhold Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013, S. 15-27, hier S. 17.

Jochen Oltmer: Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland, in: Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen, Stuttgart 2013, S. 225 f.

Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn, September 1979, in: Bundesarchiv Koblenz B 149/83780, S. 2, 12.

Philip Zölls: Der vergessene Integrationsdiskurs. München als Einwanderungsstadt in den 1960er und 1970er Jahren, in: Hans-Joachim Hecker/Andreas Heusler/Michael Stephan (Hg.): Stadt, Region, Migration – Zum Wandel urbaner und regionaler Räume (Stadt in der Geschichte 42), Ostfildern 2017, S. 251-271.

Ders.: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken, München 2019, S. 114, 191-198.

3 AUS DEM LEBEN DER „GASTARBEITER*INNEN“

Makbule Kurnaz

Die Zeitzeugin Makbule Kurnaz aus Tokat in der Türkei berichtet:



Makbule Kurnaz, 2018

Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

- Das erste Mal [bin ich] mit [dem] Flugzeug gekommen, da habe ich gesehen: Es war Juni, schön, München war wie [im] Paradies, grün, Blumen, alles schön. Dann sind wir, über 20 Leute, zum Hauptbahnhof zum Bunker gefahren, mit [dem] Bus, mit Dolmetscher. Dort hat [man] uns verteilt, wer zu welcher Firma geht. Ich bin mit noch ein paar Leuten zum Siemens-Heim gefahren, mit Dolmetscher. Aber der Bunker war für mich schrecklich. Wie ich gekommen bin, keine Luft, keine Fenster, über
- 5 200 Leute [aus] verschiedenen Ländern. [Wir wurden] mit Nummern aufgerufen und mit Dolmetschern. Damals hat es ein Brot gegeben, Semmel, drin war Toastkäse, gelb. Das habe ich das erste Mal gesehen. „Was ist los? Ich kenne das nicht, ob [es] Salami oder Schwein oder was [ist].“ Aber der Dolmetscher hat uns gesagt: Das ist ein deutscher oder holländischer Käse. Das haben wir gegessen, später sind wir zum Siemens-Wohnheim gefahren, mit [dem] Dolmetscher wieder. [Er] hat uns [den] Schlüssel gegeben, Mietvertrag
- 15 gemacht und vier Mädchen in ein Zimmer verteilt. Wir [kannten] uns gar nicht. Eine war aus Istanbul, ich bin aus [der] Nordtürkei, die andere war vom Land. Und da haben wir Schlüssel bekommen und sind die ersten zwei Nächte zusammen gewesen. Am Montag [hat] gleich [bei] Siemens [die] Arbeit angefangen. Wie ich [das große Gebäude] gesehen habe: „Mein Gott, was mache ich da? Wie kann ich [hier] arbeiten [mit] keinem Wort Deutsch?“ Dann hat [der] Dolmetscher uns alles gezeigt natürlich. Am ersten Tag arbeitet dort eine Frau, blond, blaue Augen, genau wie deutsche
- 20 Leute. Da hat [der] Dolmetscher gesagt: „Sie müssen da arbeiten. Die Frau hilft dir.“ Da habe ich gesagt: „Was soll ich mit dieser Wurst-Frau, ich verstehe kein Wort Deutsch.“ Da sagt sie: „Ich bin Türkin, komm, ich bin aus dieser Stadt.“ Und so haben wir uns kennengelernt. Ich habe immer noch Kontakt, seit 46 Jahren. So habe ich die Arbeit angefangen. Die ersten paar Tage waren schlecht. [Ich habe] einen Topf, Teller, Gabel, Löffel mitgebracht, da haben wir etwas bekommen vom Heimleiter, gekocht, gegessen, aber es war wie träumen. [Die] Arbeit war schwer, aber [er] hat uns
- 25 gesagt, [wie es geht] mit Farben, Knöpfen, irgendwie mit Buchstaben und Zahlen und so habe ich es gelernt. Ein paar Monate später habe ich gedacht: „Ich kann hier nicht bleiben, besser weggehen.“ Wenn ich weggehe, muss ich heiraten. Wenn ich nicht weggehe, [ist der] Anfang schwer in Deutschland. Aber [ich] habe mir Mühe gegeben, [ich] habe erst einmal drei Monate [gleich einen] [Sprach-]Kurs gemacht [...], dann bin ich arbeiten gegangen. [Nach einem] Jahr habe ich entschieden: doch, ich bleibe da. Dann bin ich geblieben.
- 30 Eine Sporttasche, was zum Anziehen, Unterwäsche und noch ein paar [Sachen]. [Man] hat gesagt: „Es wird kalt!“ Aber [ich] bin im Juni gekommen, habe nicht viel mitgebracht. Einen Topf, einen Teller, Gabel, Löffel [habe ich] mitgebracht. Mehr nicht.
- Wir [mussten] jedes Jahr den Pass verlängern beim türkischen Konsulat und auch gleich [zur] Kreisverwaltung gehen, um einen Stempel zu bekommen. Die Aufenthaltserlaubnis war am Anfang immer ein Jahr, zwei Jahre, [dann wurden]
- 35 fünf Jahre gegeben. Später hatte ich [eine] unbefristete [Aufenthaltserlaubnis] bekommen von der Kreisverwaltung. Dann gab es kein Problem mehr, auch die Arbeitserlaubnis war unbefristet und die Aufenthaltserlaubnis war auch unbefristet. Jetzt habe ich eine Aufenthaltsberechtigung.
- Damals [gab] es nicht viel Aktivität mit den Behörden, [das] kann ich ehrlich sagen, jetzt merke ich das. Jetzt [...], Gott sei Dank, spreche ich ein bisschen – ob genug oder nicht –, aber ich helfe vielen Leuten, die die deutsche Sprache nicht

können. Damals [hat die] Behörde, wenn man nicht [Deutsch] sprechen [konnte], schon Schwierigkeiten gemacht. Ich merke das erst jetzt. Sie sagen: „Was ist? Warum? Wieso?“ Sie wissen warum, wir sind für [den] Aufenthalt da, da ist der Pass, da ist das Datum abgelaufen oder noch zwei Tage [gültig]. Da hat eine – nicht eine, mehrere – gesagt: „Sie müssen aber Deutsch lernen, wenn Sie hier bleiben wollen, wenn Sie die Verlängerung haben [wollen].“ Aber wir geben [uns doch] Mühe, aber können nicht das Kursgeld bezahlen [...] oder die Familie [hat] keine Zeit. Das habe ich schon mal gehört, aber ich bin immer ohne Dolmetscher gegangen [und habe] so etwas immer alleine geschafft, auch für meinen Mann, meine Kinder, von der Schule, was da sein musste. Später – daran bin ich wahrscheinlich gewöhnt – habe ich vielen Leuten geholfen, ich helfe immer noch. Immer noch [gibt es] so Leute, sie sind 50 Jahre da und sprechen nicht einmal 50 Wörter Deutsch. Ich helfe gerne, ehrenamtlich. 40 45

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Schildern Sie den ersten Eindruck, den Makbule Kurnaz von München hatte, und legen Sie dar, wie sie den weiteren Aufnahmeprozess erlebte.
2. Erschließen Sie, warum Makbule Kurnaz der Anlernprozess bei Siemens so schwerfiel. Erarbeiten Sie Faktoren, die in dieser Situation hilfreich für Makbule Kurnaz waren.
3. Erarbeiten Sie Gründe, warum Migrant*innen laut Makbule Kurnaz zum Teil nicht an Sprachkursen teilnahmen. Überlegen Sie sich weitere Erklärungen.
4. Beschreiben Sie den Umgang der Behörden mit Makbule Kurnaz.
5. Bewerten Sie vor dem Hintergrund der geschilderten anfänglichen Probleme von zuziehenden Arbeiter*innen die Bedeutung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, wie Makbule Kurnaz sie ausführt.

Theodoros Gavras

Der Zeitzeuge Theodoros Gavras aus Platamon in Griechenland berichtet:



Theodoros Gavras, 2018

Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

- Die Idee, nach Deutschland auszuwandern, ist dadurch entstanden, dass wir immer wieder Urlauber – also griechische „Gastarbeiter“, die früher in Deutschland waren – in Griechenland getroffen haben. Die haben uns [...]
- 5** erzählt, wie wunderbar hier alles ist. Ja, also dass man hier, also, nur Knöpfe drücken muss und dass hier, also, Gerechtigkeit herrscht und gleiche Chancen. [Wer] etwas kann, der kann auch hoffen, dass er vorwärtskommt. Und das hat uns auch irgendwie imponiert. Also wenn dem so
- 10** ist, dass [man] nur mit Knöpfe drücken Geld verdienen kann, dann möchte ich auch nach Deutschland. Das war auch die Idee, hierher zu kommen. Aber, wie gesagt, mein Pech [war], [dass] ich zwar Knöpfe drücken [musste], aber die waren nicht so geruchlos und auch nicht irgendwie in so einer klimatisierten Anlage, sondern eben in [einer] Hitze von über 80°C und der Gestank war unerträglich. Das war eben der Grund, weshalb ich hierhergekommen bin. Aber
- 15** politisch, wie gesagt, waren wir hier weiterhin aktiv für die Partei [sozialistische bzw. sozialdemokratische Partei, Anm. d. Red.] und man hat doch im Betrieb sehr schnell herausgefunden, wer die gleiche Idee [hatte] oder gleichgesinnt war, und mit denen haben wir dann eine lose Gruppe gebildet. Und über die Gewerkschaftsarbeit haben wir immer wieder [auf] unsere Landsleute eingewirkt, in die Gewerkschaft einzutreten, Gewerkschaftsmitglied zu werden, weil nur dadurch ist es möglich, dass, also, die gesamte Arbeitnehmerschaft [sich] bessere Chancen erhoffen kann; dass man
- 20** Lohnerhöhungen durchboxen kann, bessere Arbeitsbedingungen und alles, was mit der Arbeitswelt zusammenhängt. Unterstützung, wie gesagt, und immer wieder Helfer hatten wir in unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen gefunden. Die hatten sehr viel Geduld mit uns. Weil es ist nicht ganz einfach, wenn man mit Leuten spricht und mit Leuten zusammenarbeitet, die der Sprache nicht mächtig sind und die nicht das verstehen, was, also, einer meint. Die waren sehr, sehr geduldig mit uns und die haben uns über all diese schwierigen Phasen hinweggeholfen. Und dafür sind wir
- 25** dankbar und ich bin ewig dankbar [für] all diese Mitarbeiter, mit denen ich damals zusammengearbeitet habe. Die Wohnheime habe ich sehr schnell verlassen bei Metzeler. Das war also eine kurze Zeit für mich, [denn es] wohnten doch sechs Personen in einem Raum von ungefähr 12 m². Das ginge noch, das Problem war, dass all diese Menschen in unterschiedlichen Schichten gearbeitet haben. Ja, so gab es überhaupt keine Möglichkeit [sich] auszuruhen. Gut, es gab Gemeinschaftsräume, zum Beispiel eine Küche und ein Bad und WC usw. Aber [die Schlafräume] waren für sechs
- 30** Personen, so Etagenbetten. Das habe ich doch nicht lange ausgehalten. Und, wie gesagt, [ich] habe im Betrieb jemanden kennengelernt, [der] sagte: „Ich wüsste jemanden in Olching draußen, das ist mein Spezi, der spielt Fußball.“ Ich war auch begeisterter Fußballspieler. Dann haben wir uns kennengelernt, [sind] zu den Eltern hingegangen. „Papa“, sagt der Freddi, „der Theo wohnt [von] nun an bei uns.“ „Ja, wenn du meinst. Woher kommst du?“ und und und ... so ein Gespräch [war das]. Da haben wir uns sofort gut verstanden, dort habe ich jahrelang gewohnt, bis ich eben geheiratet
- 35** habe. Und, ja, in Gröbenzell [habe ich] auch Fußball gespielt. Wir haben doch einiges bewegen können. Und zwar nicht nur wir vom Ausländerbeirat, weil wir haben [...] die Forderungen zunächst mal an den Stadtrat herangetragen und der Stadtrat – je nach Lage – hat viele von unseren Forderungen auch akzeptiert und in Stadtratsbeschlüsse umgewandelt. Zum Beispiel was aufenthaltsrechtliche Probleme [betraf]. Früher war es, als wir hierherkamen, dass man den Aufenthalt alle Jahre hatte verlängern lassen müssen. Wir
- 40** liefen alle Jahre zum Kreisverwaltungsreferat hin mit der Bitte oder mit dem ausgefüllten Antrag „Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis“. Aber das war nicht das Problem. Sondern es war alles gekoppelt an die Arbeiterlaubnis. Fehlte die Arbeiterlaubnis, konnte die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert werden; fehlte die Aufenthaltserlaubnis, konnte die Arbeiterlaubnis nicht erstellt werden. Es war ein Teufelskreis. Die damalige Forderung von uns: Zunächst mal Aufenthaltsgenehmigung, und zwar längerfristig, damit auch eine Perspektive für die Menschen hier eröffnet wird, damit

sie längerfristig planen können. Zunächst mal die unbefristete Aufenthaltserlaubnis, dann eben die Aufenthaltsberechtigung. Genauso soll die Arbeitserlaubnis gestaltet werden: zunächst mal die einjährige, dann die fünfjährige, dann die unbefristete Arbeitserlaubnis. All diese Dinge sind inzwischen gängige Praxis, kein Thema. [...] Der Ausländerbeirat hat doch einiges bewirken können und notabene auch dazu beigetragen, dass inzwischen das politische Klima in München besser wurde. Parteien, die damals gewisse Vorbehalte hatten und einen Abstand von uns wahrten, sind inzwischen der Meinung, es ist schon richtig, dass wir Institutionen haben wie einen Ausländerbeirat, es ist auch richtig, dass die Bürgerinnen und Bürger – inzwischen sind sie nicht mehr „Gastarbeiter“, sondern ausländisch oder Menschen mit Migrationshintergrund – es ist auch gut und förderlich, dass sie Parteimitglieder werden. Und jetzt haben wir doch alle Facetten. Menschen mit Migrationshintergrund, Mitglieder, Parteimitglieder, die sind in allen Bereichen vertreten – und es läuft alles prima und es gibt überhaupt keine Auseinandersetzungen in der Gesellschaft. 45 50

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die Beweggründe Theodoros Gavras', nach Deutschland zu kommen.
2. Erläutern Sie die Schwierigkeiten, mit denen Theodoros Gavras in Deutschland konfrontiert war.
3. Stellen Sie dar, inwieweit Theodoros Gavras selbst die Initiative bei der Lösung seiner herausfordernden Situation ergriffen hat.
4. Bewerten Sie das politische Engagement einzelner Migrant*innen im Hinblick auf die Wirkung für alle Zuziehenden sowie für die gesamte Gesellschaft.

Eleni Tsakmaki

Die Zeitzeugin Eleni Tsakmaki aus Zagliveri in Griechenland berichtet:



Eleni Tsakmaki, 2018

Foto: Stadtarchiv München, Zeitzeugeninterview im Rahmen des Projekts „Migration bewegt die Stadt“ (Screenshot)

- Hier ist die Aufenthaltserlaubnis, [19]61, Juli [19]61. Dieser Vertrag, den der Onkel geschickt hat, wir mussten [nach] Saloniki gehen, [zur] Arbeitsvermittlung, um dort alle Papiere fertig zu machen, dass wir dann nachher
- 5** nach Deutschland [konnten]. Und dort waren auch die deutschen Ärzte, [die] uns ganz gut untersucht [haben]. Hier ist ein Foto von den deutschen Ärzten, die uns untersucht haben. Es musste alles gesund [sein]. Die haben alles geschaut, dass wir ganz gesund waren, auch die Augen, die
- 10** Zähne und Brust und Blut und Urin und alles. Und wir mussten 18 – 35 Jahre alt sein, Ältere nicht. Und dann haben wir alle die Papiere fertig gemacht und wir [sind] dann wieder nach Hause gegangen und wir haben unseren Haushalt untereinander... also wir mussten dann über die Kinder [nach]denken, wohin mit den Kindern. Dann hat meine Mutter meinen Sohn aufgenommen, der war zweieinhalb Jahre alt, und meine Schwiegermutter hat unsere Tochter aufgenommen, die war viereinhalb Jahre alt. Sogar [die Kinder] mussten sich trennen und in verschiedenen Städten leben, [die] 200 km weit [voneinander entfernt] waren. Und die Sachen waren also extra für meine Tochter, extra für unseren Sohn, extra für uns nach Deutschland. Und ja, alle haben gesagt: „Keine Sorge, wir passen gut auf deine Kinder auf.“ Und ja, wir haben gedacht: „Na ja, für ein paar Jahre ist [es] nicht so schlimm.“ Und wir sind dann nachher in den Zug gestiegen, um nach Deutschland zu kommen. Hier sind wir, mein Mann und ich, im Zug von Saloniki nach Athen.
- 20** Hier ist das Schiff, die Kolokotronis, das uns von Piräus nach Brindisi gebracht hat. [Es] war voll [mit] Auswanderern. Und im Schiff drin waren keine Alten und keine Kinder dabei. Wir waren alle jung, kräftig und lustig, dass wir [dorthin arbeiten] gehen mit vielen Träumen, nur mit einem Umschlag in der Hand. Wir konnten überhaupt nicht Deutsch sprechen, gar nicht. Nur mit diesem Kuvert, das die uns gegeben haben, mit diesem [sind wir] weitergefahren. Dort haben [sie uns] eine Tüte mit Proviant, etwas zum Essen [gegeben] und in Brindisi hat uns ein Komitee von deutschen
- 25** Frauen [erwartet]. [Die] haben unsere Namen laut gesagt, die haben uns alle zusammengesammelt. Vom Bahnhof in Brindisi [sind wir] wieder in einen Zug und nach München, Gleis 11, gekommen. Und dann durch die Stimme von einem Dolmetscher – wir waren alle unten im Bunker, da war ein Keller unten – und dort haben wir gewartet, die haben uns einen Kaffee gegeben oder was, ich weiß es nicht was, eine Banane oder was [sie uns] gegeben haben, und dann nachher ist wieder der Dolmetscher gekommen und hat auf unsere Papiere geschaut, dass wir nach Mühlacker
- 30** fahren [müssten]. Dort war dieser Arbeitsvertrag für uns. Und wir sind wieder in einen Zug gestiegen, in Stuttgart noch einmal in einen anderen Zug nach Mühlacker. Und dort hat uns der Direktor oder Chef [abgeholt] von der Firma Zipf und Sohn [– so hat sie geheißen –,] eine kleine Firma in der Form einer Baracke, drinnen waren ungefähr um die 20 Maschinen, 30 Maschinen. Und [...] die haben so Metallstücke produziert und dort haben wir Akkord gearbeitet. Zum Beispiel hat der Meister [auf] einen Zettel „200“ geschrieben, dann mussten wir für den Stundenlohn 200 Stück
- 35** schaffen. Wenn [wir] mehr arbeiten und mehr Stücke rauskommen, dann hätten wir mehr Geld gekriegt. Und wir haben gedacht: „Ach, wir [arbeiten] schnell, [damit] wir mehr Geld bekommen und [so] schnell wie möglich wieder zu unseren Kindern zurückkehren [können].“ Und darum haben wir alle so schnell gearbeitet. [Den] ersten Monat haben wir etwas mehr Geld gekriegt, aber [im] nächsten Monat ist die Stückzahl erhöht [worden] und für mehr Arbeit haben wir [wieder] das gleiche Geld gekriegt. Also so war das. In Mühlacker sind wir geblieben ungefähr um die fünf Jahre,
- 40** ohne unsere Kinder, ohne gar nichts.
- Du verlässt deine Heimat, dein Haus, deine Kinder, die Verwandtschaft, die Mutter und alles, und dann bist du hier ganz alleine. Dann arbeitest du, bloß das Geld verdienen und etwas zu machen. Wir wollten [die Kinder] nicht so viele Jahre alleine lassen, wir wollten nur ein besseres Leben haben – für uns und für unsere Kinder. Weil [...] es in der Heimat kein gutes Leben gegeben [hat], mussten wir irgendwas machen. [...]

Diese unerträgliche Trennung von unseren Kindern, sie haben so viel geweint. Das waren nicht nur meine Kinder, [die ich] fünf lang Jahre alleine zurückgelassen [habe], da waren tausende Kinder, die [die] Leute alleine zurückgelassen haben. Und für diese Kinder wollte ich mich von allen Müttern, von allen Eltern [mit meinen Büchern, Anm. d. Red.] entschuldigen. [Als] ich mein Leben niedergeschrieben habe, habe ich ganz schnell geschrieben, weil ich habe alles [erlebt]. Das war mein Leben. Und ich habe auch geweint, habe gelacht, bis ich das alles fertig [hatte]. Und [beim] zweiten Buch auch. Wie war ich mit allen Schwierigkeiten in Deutschland. Und mit den Freunden – auch gute und schlechte Tage, [die] ich hier erlebt habe. Und nachher habe ich gedacht: Nicht nur meine Biografie, ich kann auch [über] meine Landsleute was schreiben, [denn] die haben auch viel zu erzählen. 45

Was soll ich [heute] in Griechenland machen nach so vielen Jahren. Ich gehe ein bisschen. Ich sehe die Leute, [die] zurückgeblieben sind. Aber nicht mehr so viele, alle sind gestorben. Und die jungen Leute, die kennen uns nicht. Und ein bisschen unser Haus... Wir haben ein Haus dort gebaut, und [darin] wohnt keiner. Wir müssen ein bisschen sauber machen, aufmachen für ein paar Wochen... und wieder zurück. [Der] Fehler war, dass wir von Anfang an [nicht gewusst haben], dass wir so viele Jahre hier bleiben. Dann hätten wir unser Leben noch besser gemacht. Dann hätten wir eine Wohnung hier gekauft, [anstatt] in Griechenland. Was soll ich jetzt in Griechenland mit dieser Wohnung? Dann hätte ich viel mehr verreisen [können] oder [ein] noch besseres Leben gemacht. Aber diese Unsicherheit, dass wir so lange hier bleiben... weil wir nennen uns alle „Gastarbeiter“, die gehen wieder zurück. 50 55 60

Quelle: Stadtarchiv München

Arbeitsaufträge:

1. Skizzieren Sie den Vorgang der Auswanderung, wie ihn Eleni Tsakmaki erlebte.
2. Schildern Sie die Grundstimmung, mit der die Tsakmakis nach Deutschland aufbrachen, und stellen Sie Vermutungen an, weshalb sich diese nach der Ankunft verändert haben könnte.
3. Erläutern Sie, welche Konsequenzen die Annahme, sogenannte Gastarbeiter*innen würden nur für eine begrenzte Zeit nach Deutschland gehen, für die Tsakmakis nach sich zog. Bewerten Sie diese Erwartungshaltung des Gesetzgebers.
4. Eleni Tsakmaki schrieb ihre Erfahrungen und Erlebnisse später nieder. Bewerten Sie, inwieweit Schreiben ein hilfreiches Mittel der Aufarbeitung sein kann.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Bei dieser Unterrichtseinheit liegen drei Arbeitsblätter vor, mit denen man sich entweder nacheinander oder arbeitsteilig in Form von Gruppenarbeit beschäftigen kann. Im Fokus stehen im Sinne der Methode *Oral History* lebensgeschichtliche Interviews, die das Stadtarchiv München mit Migrant*innen geführt und audiovisuell aufgezeichnet hat. Zwar wird somit auf den Teil der eigenständigen Fragenentwicklung durch die Schüler*innen verzichtet, dafür wird mittels der Videos bzw. der entsprechenden Transkripte eine zeitökonomische Variante geboten, um den Lernenden einen unvermittelten, individuellen Zugang zur Geschichte zu ermöglichen. Durch die Betrachtung mehrerer Interviews wird den Schüler*innen eine Vielfalt an Narrationen präsentiert, die innerhalb der Unterrichtssequenz ein unabdingbares Gegengewicht zu den Quellen aus dem Verwaltungsbereich darstellen. Die ausgewählten Interviews thematisieren zunächst die Ankunft und die ersten Eindrücke und Erfahrungen in dem neuen Land, die jede*r ganz individuell wahrgenommen hat. Die Schüler*innen können unter anderem hier ganz deutlich die Perspektivität von historischer Narration erkennen – und dabei zweifellos auch auf viele Gemeinsamkeiten in den Erlebnissen der drei Befragten stoßen.

Zum Interview mit Makbule Kurnaz:

Hintergrundinformation: Makbule Kurnaz kam aus Tokat in der Nordtürkei nach München, um bei Siemens Bauelemente in der Balanstraße zu arbeiten. Dies war für sie eine Alternative zu einer Hochzeit in der Türkei. Später gründete Frau Kurnaz in München eine Familie und blieb auch nach der Trennung von ihrem Mann dort. Heute unterstützt Frau Kurnaz ehrenamtlich Menschen, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind wie sie bei ihrer Ankunft in München.

Arbeitsaufträge: Die Schilderungen von Frau Kurnaz lassen die Zuhörer*innen teilhaben an einer beängstigenden Ankunft im Bunker in München, wo viele Personen auf engem Raum versammelt und mit einer unbekanntem Situation konfrontiert wurden. Dass sich Makbule Kurnaz nach so vielen Jahren noch an die erste Mahlzeit in Deutschland erinnert, zeigt, wie einschneidend das Erlebnis für sie war, und veranschaulicht einen interessanten Aspekt von Zeitzeugenberichten: Das erzählte und damit das erinnerte Geschehen stellt eine zentrale subjektive Erinnerung dar, schließlich wurde sie im Gedächtnis bewahrt und wird nun – anstelle von anderen Geschehnissen – wiedergegeben. Möglicherweise führen die Schüler*innen bei dieser Aufgabe auch die stereotypen Vorstellungen an, die Frau Kurnaz von „deutsche[n] Leute[n]“ hatte. In diesem Fall kann thematisiert werden, dass die Migrant*innen bestimmte Annahmen von Deutschland und den dort lebenden Menschen mitbrachten, die sie im Vorfeld geprägt hatten und die – auch das zeigen die Aussagen von Frau Kurnaz – oftmals schnell wieder gebrochen wurden. Im Rahmen von Arbeitsauftrag 2 erarbeiten die Schüler*innen die Sprachbarriere als gewichtige Herausforderung für die Migrant*innen. Gerade vor diesem Hintergrund waren Sprachkurse ein wichtiges Instrument der Orientierung bzw. Integration. Arbeitsauftrag 3 nimmt die Gründe in den Blick, denen zufolge dennoch viele Zugewanderte an keinem Sprachkurs teilnahmen: Neben den von Frau Kurnaz genannten Aspekten wie fehlendes Geld für die Kursgebühren oder mangelnde Zeit wäre unter anderem auch die von Eleni Tsakmaki geschilderte Haltung, dass man nur für begrenzte Zeit hier sei, denkbar. Außerdem sollte darauf hingewiesen werden, dass häufig – vor allem bei kleineren Firmen – entsprechende Angebote fehlten. Bei Aufgabe 4 arbeiten die Schüler*innen die fehlende Beratung der Migrant*innen durch die Behörden aus dem Zeitzeugeninterview heraus. Frau Kurnaz spricht davon, dass die Behörden Schwierigkeiten gemacht hätten, wobei in der Klasse beispielsweise über mögliche Motive der Beamt*innen für ihr Verhalten diskutiert werden kann. Auf der Grundlage der schwierigen Situation für die neu ankommenden Migrant*innen – wobei zusätzlich weitreichende Folgen wie Unsicherheit, seelische Belastungen oder Ausbeutung besprochen werden können – sollen die Schüler*innen bei Aufgabe 5 schließlich zu einem Werturteil hinsichtlich der Bedeutung einer ehrenamtlichen Tätigkeit gelangen.

Zum Interview mit Theodoros Gavras:

Hintergrundinformation: Theodoros Gavras wurde 1940 in Nordgriechenland geboren. Direkt nach seiner Einstellung bei der Firma Metzeler, die sich auf die Herstellung von Kunststoff- und Gummierzeugnisse spezialisiert hatte, wurde er Gewerkschaftsmitglied und engagierte sich erst als Vertrauensmann im Betrieb und später als Gewerkschaftssekretär für den DGB. Dieser entsandte ihn 1974 in den Ausländerbeirat (den heutigen Migrationsbeirat), dessen Vorsitz Herr Gavras

ras von 1992 bis 1996 übernahm. Außerdem war Theodoros Gavras vom 1. Mai 1996 bis zum 30. April 2008 Mitglied des Münchner Stadtrats. Bevor Theodoros Gavras nach München kam, war er bereits in Griechenland politisch aktiv.

Arbeitsaufträge: Der erste Arbeitsauftrag dient dazu, die Beweggründe der Migrant*innen für den Zuzug nach München zu eruieren, um daraufhin im Rahmen der zweiten Aufgabe den Kontrast zwischen den Erwartungen und der Realität zu erkennen. Die Schüler*innen gelangen zu der Erkenntnis, dass neben äußerst harten Bedingungen im Arbeitsalltag und dem Problem der Sprachbarriere im Arbeitsbereich auch die Wohnsituation und die aufenthaltsrechtliche Stellung Schwierigkeiten darstellten. Beim dritten Arbeitsauftrag arbeiten die Lernenden heraus, dass Herr Gavras durch sein politisches Engagement und seine Mitwirkung im Sportverein aktiv Kontakte in dieser für ihn neuen, herausfordernden Situation knüpfte und so am öffentlichen Leben in München teilnahm. Über die Gewerkschaft und den Ausländerbeirat konnten die Bedingungen am Arbeitsplatz sowie die rechtliche Situation verbessert werden und aus einer Bekanntschaft aus dem Fußballverein ergab sich letztlich eine bessere Wohnsituation für ihn. Bei der abschließenden Bewertung des politischen Engagements Theodoros Gavras' können bei Bedarf von der Lehrkraft Impulse gesetzt werden: etwa, dass die von einzelnen Migrant*innen über den Ausländerbeirat angestoßenen Forderungen das Ziel haben, allen Zuziehenden die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern, oder dass die offene Kommunikation von Missständen, unter denen eine Gruppe leidet, und deren Behebung eine konfliktarme Gesellschaft fördern können. Grundsätzlich ist auch denkbar, diesen Arbeitsauftrag über die Phase der sogenannten Gastarbeit hinaus auf die heutige Gesellschaft zu beziehen.

Zum Interview mit Eleni Tsakmaki:

Hintergrundinformation: Eleni Tsakmaki kam Anfang der 1960er Jahre aus Zagliveri in Griechenland nach München, wo sie – nach einem Aufenthalt in Mühlacker in Baden-Württemberg – seit 1968 im Schwabinger Krankenhaus beschäftigt war. In den 1990er Jahren begann Frau Tsakmaki, ihre Migrationserfahrungen in Büchern und Theaterstücken festzuhalten.

Arbeitsaufträge: Die Arbeitsaufträge 1 und 2 zielen darauf ab, dass die Schüler*innen gleichsam aus der Perspektive einer Migrantin den Prozess der Auswanderung und der Einwanderung nachvollziehen können. Sie erfahren dabei nicht nur historische Gegebenheiten, sie bekommen auch Einblicke in die Gefühlswelt der Migrant*innen, die von Vorfreude bis hin zu Trennungsschmerz reichen. Bei Aufgabe 2 sind neben der mit fortschreitender Zeit immer belastenderen Trennung von den Kindern die Lohnbedingungen am Arbeitsplatz als mögliche Gründe für eine Änderung der anfänglichen Grundhaltung anzuführen. Der Arbeitsauftrag 3 nimmt die Folgen des vom Gesetzgeber intendierten Rotationsprinzips, wonach die sogenannten Gastarbeiter*innen jeweils nur für eine bestimmte Zeit in Deutschland bleiben sollten, in den Blick. Eleni Tsakmaki problematisiert die Erwartungshaltung, aufgrund derer man von einer absehbaren Beschäftigung in Deutschland ausging und entsprechend sein Leben plante. Diese Situation liefert auch eine Erklärung für das psychisch sehr belastende Zurücklassen der Kinder. Im Sinne der Urteilskompetenz sollen die Lernenden anschließend ein begründetes Werturteil zu diesem Modell fällen. Der letzte Arbeitsauftrag regt – wie bereits die Aufträge davor – dazu an, die Situation der Erzählenden nachzuempfinden und dabei die Tragweite der Belastungen Eleni Tsakmakis zu erkennen, schließlich hatte sie das starke Bedürfnis, das Zurücklassen der Kinder durch das Schreiben aufzuarbeiten und sich mit dem ersten Buch gleichsam bei den Kindern zu entschuldigen. Bei der Bewertung dieser Methode der Aufarbeitung können die Schüler*innen möglicherweise unter anderem den Aspekt anführen, dass es manchen Personen leichter fällt, das Erlebte niederzuschreiben, als sich im Gespräch einem Gegenüber anzuvertrauen. Die von Eleni Tsakmaki verfassten Bücher könnten beispielsweise im Rahmen einer Seminararbeit zum Thema literarische Traumabewältigung/ Aufarbeitung der Vergangenheit analysiert werden. Es bietet sich außerdem an, die Frage nach anderen Formen der Verarbeitung anzuschließen.

Für alle drei Zeitzeugeninterviews lassen sich über die formulierten Arbeitsaufträge hinaus narrative Aufgaben entwerfen. So kann man beispielsweise aus der Perspektive Eleni Tsakmakis einen Tagebucheintrag am Abend vor der Abreise nach Deutschland anfertigen lassen, um ihre ambivalente Stimmung wiederzugeben. Im Sinne einer Abrundung sind ebenso übergeordnete Fragen denkbar, die alle Interviews mit einbeziehen, wie z.B.: „Mit welchen Herausforderungen waren alle drei befragten Zeitzeug*innen nach ihrer Ankunft in Deutschland konfrontiert? Die Zeitzeugeninterviews eignen sich außerdem, um die Aktualität der Themen Migration und Integration zu verdeutlichen. Ein Arbeitsauftrag,

im Zuge dessen die Schüler*innen beispielsweise ihre eigenen Erfahrungen teilen oder sich mit zugewanderten Personen aus ihrem Freundeskreis über deren anfängliche Schwierigkeiten in Deutschland unterhalten und dabei ihr eigenes Verhalten reflektieren, ermöglicht mit Blick auf die Orientierungskompetenz zum einen einen Vergleich zwischen der Geschichte und der Gegenwart und fördert zum anderen die empathische Perspektivenübernahme.

Im Anschluss an die Unterrichtssequenz könnten Schüler*innen im Rahmen eines Projekts oder einer Seminararbeit selbst Zeitzeugenbefragungen zur Migration durchführen, da nun sowohl im Hinblick auf die Methodenkompetenz als auch auf die Sachkompetenz die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind, um ein vertieftes eigenständiges Zeitzeugen-Projekt zum Thema „Gastarbeit“ zu realisieren.



INFOBOX ZUM BUNKER AM MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF

Im Jahr 1960 wurde der Luftschutzbunker unter dem Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs aus den Zeiten des Zweiten Weltkriegs zur „Zentralen Weiterleitungsstelle“ umfunktioniert. Direkt nach ihrer Ankunft am Hauptbahnhof wurden die Migrant*innen von Dolmetschern abgeholt und zum Bunkereingang geführt, der, nur wenige Schritte vom Gleiskopf entfernt, von den Behörden als praktische Sammelstelle angesehen wurde und außerdem verhindern sollte, dass vom Hauptbahnhof abmarschierende Gruppen mit viel Gepäck Erinnerungen an den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen während der NS-Zeit weckten. In den dunklen und engen Räumen erhielten die Ankommenden eine Erstverpflegung, die aus zwei Brötchen, Salami, Streichkäse, Bananen, Keksen und Schokolade bestand. Es wurde ihnen auch ein Kaffee gereicht. Menschen muslimischen Glaubens bekamen Rindersalami. Anschließend mussten die Migrant*innen dort meist mehrere Stunden auf die Weiterfahrt an ihren Arbeitsort oder auf die Abholung durch Münchner Arbeitgeber*innen warten. Übernachtungen in den unterirdischen Räumen waren zwar nicht die Regel, im Falle von Zugverspätungen mussten die Ankommenden aber die Nacht in den dortigen Etagenbetten verbringen. Nicht nur Personen, die mit den organisierten Sonderzügen ankamen, wurden im Bunker unter den Gleisen versammelt, auch Arbeitsuchende, die selbstständig anreisten, fanden sich zunächst dort ein, um den Kontakt zu ihren künftigen Arbeitgeber*innen zu erhalten. In den 1960er Jahren wurden wöchentlich bis zu 4.500 Ankommende im Bunker am Hauptbahnhof versammelt. Heute ist der Bunker nur noch im Rahmen von historischen Führungen zu begehen.



LITERATUR

Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972 (v. a. S. 167). Philip Zölls Beitrag in diesem Heft.

Stephanie Lahrtz: Ihr Leben in Deutschland begann in einem Bunker beim Münchner Hauptbahnhof, 29.08.2019, <https://www.nzz.ch/international/gastarbeiter-in-deutschland-ihr-neues-leben-begann-im-bunker-ld.1496839> [Stand: 17.02.2022].

4 MIGRANT*INNEN UND DER MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF

M1: Der Münchner Merkur berichtete am 6. Juli 1966:

Sie machen den Bahnhof zum Basar

Bahnpolizei: „Gastarbeiter sind keine Untermenschen“ – Kann „Balkanisierung“ verhindert werden ?

Von unserem Redaktionsmitglied Erwin Stocker

Maßnahmen gegen die „Balkanisierung“ der Bahnhöfe hat, wie wir gestern berichteten, der Pressedienst des Handels gefordert. An Bahnverwaltung und Polizei wurde die Frage gestellt, ob es keine Möglichkeit gebe, den Gastarbeitern klarzumachen, dass Bahnhöfe „nicht der richtige Ort für Daueraufenthalte und keine Massenquartiere der Freizeitgestaltung sind“. Wir haben uns im Münchner Bahnhof – er dürfte im Bundesgebiet der Bahnhof sein, in dem die meisten Ausländer anzutreffen sind – umgesehen und mit dem Leiter der Bahnhofspolizei, Oberinspektor Willy Trey, über dieses Problem gesprochen.

Von den Leuten, die am Dienstagnachmittag auf den 20 marmorverkleideten Heizkörpern vor den Schaltern in der Haupthalle saßen, war jeder zweite ein Ausländer: Hautfarbe, Anzug und Sprache verrieten es sofort. „Dabei ist es heute eigentlich noch sehr ruhig, am Wochenende sieht es ganz anders aus“, meinte der Leiter der Bahnhofspolizei. „Gastarbeiter in und um den Hauptbahnhof“ – dieses Thema erhielt neue Aktualität, als bekannt wurde, dass der jetzt von der Kripo gefasste „König der Autoknacker“ mit 26 Gastarbeitern, vorwiegend Griechen, zusammenarbeitete, die ihm als Hehler seine Beute abnahmen und weiterverkauften.

Gegenüber der Bayernpost, an der Ecke Bayer-/Mittererstraße, standen gestern Nachmittag sechs tief gebräunte Männer herum. Drei waren aus einem ramponierten Opel mit Zoll-Kennzeichen ausgestiegen. Der Wagen wird vermutlich bald in Saloniki, Belgrad oder Dubrovnik herumfahren, denn die „Bayernpost-Blase“ hat sich, wie Eingeweihte wissen, darauf spezialisiert, in München und Umgebung alte Autos aufzukaufen und sie, entsprechend präpariert, als „Unfallwagen“ zu exportieren.

Die Polizei macht zwischen diesen dunklen Figuren und dem Gros der harmlosen Gastarbeiter, die sich gerne am Hauptbahnhof aufhalten und stundenlang vor eine Tasse Kaffee sitzen, einen Unterschied. Oberinspektor Trey sieht das so: „Der Ärger, den wir ständig mit den Ausländern haben, steht uns bis obenhin, aber schließlich sind sie keine Untermenschen und wir können doch nicht SS-Methoden anwenden, um das Problem zu lösen. Der weitaus größte Teil der Gastarbeiter sind anständige Kerle, die sich in unserem Land völlig verlassen fühlen.“

Die Gastarbeiter kommen vor allem am Wochenende in hellen Scharen aus ganz Bayern nach München. Sie fahren in die Landeshauptstadt, um hier eine Zeitung in ihrer Sprache zu bekommen und Landsleute aus der Heimat zu treffen. Oft ist es so, dass aus einer zehnköpfigen Gruppe von Türken nur einer lesen kann, er muss den anderen die wichtigsten Nachrichten vorlesen. Viele Griechen bevorzugen den Hauptbahnhof, weil er für sie der einzige Ort ist, in dem sie süße Milch in Form von Milchmixgetränken bekommen.

Die meisten Sorgen machen nach Trey die Türken, denn unter ihnen sind viele „Illegale“, die allerdings von der Industrie sehr geschätzt sind, weil sie fleißiger sind als andere Gastarbeiter und ihren Arbeitsplatz um jeden Preis erhalten wollen. Sprachkundige Ausländer machen mit ihren unbeholfenen Landsleuten oft gute Geschäfte. Sie vermitteln beispielsweise illegal eingereisten Kollegen gegen Provision von 200 bis 1000 Mark in Arbeit und erledigen für sie Behördengänge.

„Die Bundesrepublik bemüht sich geradezu hysterisch, zu zeigen, dass sie ein überaus demokratisches Land ist und alle über sie verbreiteten gegensätzlichen Gerüchte unwahr sind. Und so lässt man auch gegenüber ausländi-

35 schen Kriminellen Milde und Nachsicht walten“, fährt Oberinspektor Trey fort. Es sei im Grunde ein politisches Problem, wenn die Bahnpolizei gerade gegenüber Ausländern und Gastarbeitern nicht mit dem nötigen Nachdruck für Ordnung sorgen kann. Der Leiter der Bahnpolizei verwahrt in seinem Presse-Akt auch Artikel aus großen ausländischen Zeitungen, in denen der Bahnpolizei Gestapo-Methoden vorgeworfen wurden, weil sie einmal gegen einen Türken, der sich monatelang arbeitslos im Hauptbahnhof herumgetrieben hatte, ein Bahnverbots aus-
40 sprach. Zurzeit sind 2000 Bahnverbote registriert, nur 200 betreffen Ausländer.

„Wie könnte der Balkanisierung des Hauptbahnhofs und der Bahnhöfe allgemein entgegengewirkt werden?“, fragten wir Trey. „Ich befürchte, dass dieses Problem bei den uns zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln im Moment überhaupt nicht gelöst werden kann“, antwortete der Beamte. „Das Problem ist schließlich auch deshalb momentan unlösbar, weil man die neu zu uns kommenden Gastarbeiter – pro Jahr treffen etwa 150000 in München ein – viel zu wenig darüber aufklärt, wie sie sich hier verhalten sollen, um sich den Gegebenheiten des Gastlandes anzugleichen.“

Zu den vielen Schwierigkeiten kommt noch eine weitere: die Bahnhofspolizei hat, auch wenn sie eng mit der Münchner Stadtpolizei und deren Bahnhofswache zusammenarbeitet, zu wenig Beamte und zu viele anderen Aufgaben, um die Situation so meistern zu können, wie es immer wieder in der Öffentlichkeit gefordert wird. Meint der Leiter der Bahnhofspolizei: „Wir bemühen uns nach Kräften, den Hauptbahnhof ‚rein‘ zu halten, aber für einen Ausländer oder unliebsame Gastarbeiter, den wir endlich nach langer Beobachtung loswerden, kommen zehn andere.“

Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass der Hauptbahnhof auch ein Treffpunkt von Hehlern, Schmugglern und anderen ausländischen Kriminellen ist, auf die die Kriminalpolizei ständig zu achten hat. Der Behauptung allerdings, dass immer wieder Frauen und Mädchen im Hauptbahnhof von Ausländern belästigt würden, steht die Tatsache gegenüber, dass bis jetzt erst eine Frau bei der Bahnpolizei eine entsprechende Anzeige erstattet hat.
55

Quelle: Münchner Merkur v. 06.06.1966, mit freundlicher Genehmigung der Münchner-Zeitungs-Verlags GmbH & Co. KG.

M2:



Türkische Arbeitnehmer*innen am Hauptbahnhof in München beim Lesen einer türkischen Tageszeitung
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Jürgen Schneck

M3:



Gleis 11 des Münchner Hauptbahnhofs: Italienische Arbeitnehmer*innen auf dem Weg zum Zug nach Italien
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Georg Aczel

M4: Aus der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats:

Das Treffen auf öffentlichen Plätzen stellt für einen großen Teil der Ausländer eine Freizeitgewohnheit aus der Heimat dar. Solche Treffpunkte fehlen aber im Allgemeinen. Der Bahnhof ist nur ein unzureichender Ersatz. Er ist jedoch in München der einzige Ort, der annähernd die erforderlichen Eigenschaften eines Treffpunktes besitzt (gute Erreichbarkeit, große Kontaktwahrscheinlichkeit, Anonymität, Interessantheit, Wetterschutz). Gerade hier aber sind die Ausländer, vornehmlich seitens der Behörden, unerwünscht.

5

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 166.

Arbeitsaufträge:

1. Erschließen Sie anhand von M1 bis M4 Gründe, wieso sich ausländische Arbeiter*innen regelmäßig am Münchner Hauptbahnhof aufhalten.
2. Erarbeiten Sie die Probleme, die aus Sicht des Oberinspektors aufgezeigt werden, und nehmen Sie zu dessen Wortwahl sowie zur sprachlichen Gestaltung des Artikels Stellung.
3. Bewerten Sie, welches Bild der Zeitungsartikel von den ausländischen Arbeiter*innen zeichnet.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Das zentrale Lernziel dieser Unterrichtseinheit besteht darin, dass die Schüler*innen im Umgang mit einem Zeitungstext aus dem Jahr 1966 auf der Grundlage ihrer Wertmaßstäbe zu Urteilen gelangen.

Der Presstext thematisiert eine „Balkanisierung“ des Münchner Hauptbahnhofs. Da sich die zugezogenen Migrant*innen in den 1960er und auch 1970er Jahren in ihrer Freizeit tatsächlich regelmäßig am Münchner Hauptbahnhof aufhielten, sollen die Lernenden zunächst aus allen vorliegenden Materialien die Gründe für dieses Verhalten herausarbeiten. In M1 wird hierzu ausgeführt, dass man sich dort traf, um Freunde aus demselben Herkunftsland zu treffen. Ergänzend ist darauf zu verweisen, dass der Hauptbahnhof sehr vielen sogenannten Gastarbeiter*innen bekannt war, da Gleis 11 der erste Platz war, den man bei der Ankunft in Deutschland gesehen hatte. Die Bilder M2 und M3 lassen auf die Verfügbarkeit internationaler Presse am Bahnhof (auch in M1 zu finden) und auf das Abreisen ins bzw. Ankommen aus dem Heimatland sowie die Verabschiedung bzw. Begrüßung von Freunden als weitere Gründe schließen. Die Studie führt noch andere Motive wie z.B. die „Interessantheit“ des Ortes an (vgl. M4).

Im Rahmen des zweiten Arbeitsauftrags erarbeiten die Schüler*innen das dargestellte Problem einer „Balkanisierung“, wonach die ausländischen Arbeitnehmer*innen wochenends „in Scharen“ nach München zum Bahnhof kommen und sich dort „stundenlang“ aufhalten würden. Darüber hinaus prangert der Oberinspektor die Vermittlung illegal eingereister Arbeitsuchender aus der Türkei an. Bei der folgenden Sprachanalyse sollten die Lernenden unter anderem – mit Blick auf die jeweils transportierte Konnotation – die Verwendung des aus dem Persischen stammenden Begriffs des „Basars“ und die Metapher „den Bahnhof ‚rein‘ halten“ kritisch betrachten, um anschließend ein Werturteil zu fällen. Sicherlich sind für die Bearbeitung dieser Aufgabe zusätzliche Informationen der Lehrkraft nötig. Die Lernenden sollten beispielsweise darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dem Begriff „Balkanisierung“ um einen Neologismus aus den 1920er Jahren handelt, der in der Folge zunehmend für unsichere Regionen verwendet wurde, oder dass bei dem Ausdruck „Untermensch“ ein nationalsozialistisch geprägter Begriff vorliegt, mit dem die Nationalsozialisten im Sinne ihrer Rassentheorie bestimmte Bevölkerungsgruppen dehumanisiert haben. Im Folgenden können die Schüler*innen sowohl auf der Basis der sprachlichen Analyse als auch vor dem Hintergrund der im Text enthaltenen Vorurteile bewerten, wie die ausländischen Arbeitnehmer*innen im vorliegenden Zeitungsartikel dargestellt werden. Die Schüler*innen werden möglicherweise eine Kriminalisierung ausländischer Migrant*innen und als Voraussetzung dafür die Einseitigkeit der Perspektive, derzufolge die Zugezogenen selbst nicht zu Wort kommen, anführen. Es ist auch denkbar, dass Schüler*innen in ihrer eigenständigen Bewertung ein Augenmerk auf die im Zeitungsartikel enthaltene beabsichtigte Relativierung legen, wonach der „weitaus größte Teil der Gastarbeiter“ von der Kritik ausgenommen werde.

Daran anknüpfend bietet es sich abschließend an, die Perspektive und deren Wirkung bei den beiden Bildquellen zu untersuchen. Die Lernenden werden erkennen, dass der Blickwinkel des Fotografen bei M2 wirkt, als würde man selbst mit den türkischen Männern im Kreis stehen. Während man sich bei diesem Bild folglich mit den abgebildeten Migranten identifizieren kann, wird in M3 ein Blick von oben herab präsentiert, der eine Perspektivenübernahme und somit auch Empathie erschwert. Die Übernahme der Perspektive könnte vertieft werden, indem die Schüler*innen bei beiden Bildern Sprech- oder Gedankenblasen zu einzelnen Personen entwerfen.



LITERATUR

Tanja Zimmermann: Der Balkan zwischen Ost und West. Mediale Bilder und kulturpolitische Prägungen, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 17.

5 ASSIMILATION, EINGLIEDERUNG, INTEGRATION

*Die Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ des Stadtentwicklungsreferats suchte nach Lösungen für die Probleme der zugezogenen Migrant*innen:*

Soll verhindert werden, dass es in der BRD zu Minderheitenproblemen nach dem Muster der USA kommt, müssen die in den vorausgehenden Abschnitten dargestellten Probleme des ausländischen Bevölkerungsanteils gelöst werden. Je länger ausländische Arbeitnehmer in der BRD leben, umso weniger werden sie sich mit ihren heutigen Lebensverhältnissen abfinden.

Sie werden zunehmend Vergleiche zum Wohn- und Lebensstandard der deutschen Bevölkerung ziehen und diesen auch für sich selbst fordern. Bleibt ihnen dieser verwehrt, kann sich sozialer Sprengstoff anhäufen, der zu politischer Radikalisierung und Kriminalisierung führt. **5**

Um solche Entwicklungen zu vermeiden, ist es notwendig, Zielvorstellungen zu entwickeln, wie die Lebensverhältnisse dieser Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland verbessert werden können.

[...]

10

Verschiedene Ziele der Ausländerpolitik in der BRD werden häufig mit den Begriffen Integration, Assimilation oder Eingliederung gekennzeichnet. Der Sprachgebrauch war bisher sehr uneinheitlich. Die folgenden Definitionen sollen deutlich machen, dass diese Begriffe einen sehr bestimmten Inhalt haben und nicht beliebig verwendet werden können.

- Assimilation bedeutet, dass sich die ausländischen Zuwanderer an die Eigenarten und Gewohnheiten der deutschen Bevölkerung anpassen und ihren eigenen heimatlichen Lebensstil aufgeben; sie werden auf diese Weise langfristig ein Teil der einheimischen Bevölkerung. **15**
- Integration bezeichnet einen Vorgang, bei dem sich die Ausländer nicht einseitig – wie bei der Assimilation – an deutsche Verhältnisse anpassen. Vielmehr nähern beide Gruppen ihr Verhalten und ihre Einstellungen wechselseitig aneinander. Das bedeutet praktisch, dass die ausländischen Zuwanderer in Stand gesetzt werden, gleichberechtigt in der BRD zu leben und alle Rechte wahrzunehmen. Die deutsche Gesellschaft muss gleichzeitig dieser Entwicklung entgegenkommen, und zwar durch Abbau von Vorurteilen, größeres Verständnis für andersartige Verhaltensweisen und Einstellungen, Verbreitung der Sprachen der hauptsächlichen Herkunftsländer usw. [...] Integration schließt die politische und gesellschaftliche Gleichstellung ein. Sie geht über die Assimilation hinaus, da sie den Ausländern kulturelle Besonderheiten zugesteht, soweit diese sich mit den Gegebenheiten der aufnehmenden Gesellschaft vereinbaren lassen. **20**
- Eingliederung ist ein Begriff, der in letzter Zeit vielfach im Zusammenhang mit der Ausländerproblematik verwendet wurde. Generell wurde damit eine Politik bezeichnet, welche die derzeitige problematische Lage der Ausländer überwinden soll. Er besitzt aber daneben noch andere, durchaus unterschiedliche Bedeutung. Zum Teil wird unter Eingliederung das Ziel verstanden, die Probleme der Ausländer während ihres kurzfristig verstandenen Aufenthalts nur so weit zu lösen, dass sie nicht in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden und keine soziale Krisen ausgelöst werden. Das besagt, dass weder eine Assimilation noch eine Integration angestrebt wird. Häufig ist auch von „voller“ oder „ständiger“ Eingliederung die Rede. Damit dürfte eher eine Ausländerpolitik in Richtung Integration gemeint sein. Der entscheidende Mangel der Bezeichnung „Eingliederung“ liegt also darin, dass sie unpräzise ist und verschieden ausgelegt werden kann. **25**

[...]

Die vorausgehenden Analysen haben gezeigt, dass Ansätze zu Lösungen nur in einer Kombination von Sondermaßnahmen und allgemeinen strukturellen Verbesserungen gefunden werden können: **35**

[...]

(a) Lösung der Probleme des ausländischen Bevölkerungsanteils durch Sondermaßnahmen

Als gezielte Maßnahmen sind u.a. notwendig:

- 40
- Informationshilfen
 - Sprachhilfen
 - Einrichtung von Sonderklassen für Ausländerkinder
 - Schulaufgabenhilfe
 - Intensivere Betreuung durch Wohlfahrtsverbände und Konsulate der Herkunftsländer

45 [...]

(b) Strukturelle Verbesserungen

Eine ausschließliche Politik der Sondermaßnahmen allein kann demnach keinen erfolgversprechenden Weg öffnen. Sondermaßnahmen sind offensichtlich nur ein Teil der erforderlichen Schritte. Hinzutreten müssen strukturelle Verbesserungen, die der Tatsache Rechnung tragen, dass viele Probleme der Ausländer keine Sonderprobleme dieser

50

Gruppe sind, sondern allgemeine Probleme der unterversorgten Gruppen in der deutschen Gesellschaft.

Das bedeutet, dass die Verhältnisse in den Bereichen Wohnungsmarkt, Infrastruktur-Ausstattung und Bildungswesen, in denen die wesentlichen Probleme der Ausländer liegen, generell verbessert werden müssen. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

(aa) Verbesserung der Infrastruktur

55

Ziel der Ausländerpolitik müsste es aus dieser Sicht sein, Bedingungen zu schaffen,

- dass die zuwandernden Ausländer mühelos und ohne Benachteiligung der deutschen Bevölkerung aufgenommen werden können;
- und

60

- dass für die deutsche Bevölkerung kein Anlass besteht, ablehnende Haltungen gegenüber den Ausländern einzunehmen. [...]

Eine solche Politik führt zu Forderungen, wie sie mehrfach und in verschiedenen Zusammenhängen auch durch den Stadtrat der Landeshauptstadt München erhoben wurden.

Dazu gehören eine

65

- grundlegende Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden als Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Infrastrukturplanung;
- eine Verstärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, um die Wohnungsnot zu lindern und zu beheben und um die Mietpreisentwicklung zu dämpfen;
- eine Reform des Bildungssystems.

70

Eine solche Politik müsste dazu führen, dass es zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung keinen Unterschied mehr gibt. [...]

(bb) Verbesserung der rechtlichen Stellung

75

Die Benachteiligung der Ausländer gegenüber der deutschen Bevölkerung kann letztlich nur dann abgebaut werden, wenn die Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung der Ausländer an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse gegeben sind. Das verlangt eine weitgehende bürgerrechtliche Gleichstellung und, damit verbunden, eine Änderung der Aufenthaltsregelung.

- Forderung nach einer Änderung der bürgerrechtlichen Stellung
Die derzeitige Rechtssituation bietet dem ausländischen Bevölkerungsanteil in der BRD kaum Möglichkeiten, auf den politischen Wegen, die im demokratischen Staat allen anderen Gruppen zur Verfügung stehen, Einfluss auf seine Lebensbedingungen zu nehmen.

- Dieser Tatbestand gewinnt in dem Maße an Bedeutung, in dem der Anteil der Ausländer mit langer Anwesenheitsdauer in der BRD und fortschreitender Einbindung in die deutsche Gesellschaft wächst. Die Ausländer bilden eine zahlenmäßig bedeutende und wachsende Gruppe, die entscheidend zum Sozialprodukt dieses Landes beiträgt und in ihrer gesamten Existenz mit der deutschen Gesellschaft verflochten ist. Sie ist aber davon ausgeschlossen, im demokratischen Rahmen an der Gestaltung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Im Gegenteil: Die Art der Aufenthaltsregelung und die bestehenden Ausweisungsbedingungen sind geeignet, jede Initiative in dieser Richtung zu unterbinden. [...]
- Forderung nach einer Änderung der Aufenthaltsregelung
Sollen sich die ausländischen Arbeitnehmer aktiv darum bemühen, in die deutschen Lebens- und Arbeitsverhältnisse hineinzuwachsen, so muss ihnen – soweit sie aus Ländern außerhalb des EWG-Bereiches kommen – die Angst genommen werden, dass sie in einer Reihe von Fällen wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Das gilt für einen Konjunktur-Rückgang, bei Nichtverlängerung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis oder bei einem Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Eine Revision der derzeitigen Aufenthaltsregelung ist deshalb notwendig. Die Möglichkeiten der Ausländer, ihre Aufenthaltsdauer in der BRD selbst zu bestimmen, müssen verbessert werden.
- (cc) Überwindung und Abbau von Vorurteilen** 95
Ein erhebliches Hindernis für die Anerkennung der ausländischen Zuwanderer besteht darin, dass Teile der deutschen Bevölkerung zu Vorurteilen neigen. Wie bereits dargestellt, wurzeln Vorurteile gegen Fremdgruppen meist in einer tatsächlichen oder vermuteten Konkurrenzsituation. [...]
Versuche, durch Aufklärung und/oder Appelle an das Mitleid zum Abbau dieser Vorurteile beizutragen, führen unter solchen Voraussetzungen zu keinen Ergebnissen. Die bisherigen Erfahrungen, in der BRD bestätigen das. [...] Umso vordringlicher ist das Ziel, die sozialen und infrastrukturellen Ursachen zu beseitigen, welche die Spannungen zwischen Ausländern und Deutschen auslösen. 100
- (dd) Grenzen der Aufnahmefähigkeit Münchens**
Nach den vorausgehenden Überlegungen stellt sich die Frage, wie viele Ausländer München aufnehmen kann, ohne einerseits Eigenart und Personalität zu verlieren und ohne andererseits die Ausländer zu zwingen, mehr von ihrer kulturellen Tradition aufzugeben, als sie von sich aus bereit sind. 105
In der Tat stellt die kulturelle Vielfalt der einwandernden Gruppen hohe Anforderungen an die Integrationskraft des Aufnahmelandes.
Eindeutig scheint es jedoch nach allen vorliegenden Erkenntnissen, dass Integrationskraft nicht in Zahlenwerten ausgedrückt werden kann. Sie ist vielmehr sehr weitgehend abhängig von der Bereitschaft, Zuwanderern gleiche Lebensbedingungen wie der einheimischen Bevölkerung zuzubilligen. [...] 110

Quelle: Landeshauptstadt München (Hg.): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München (Arbeitsberichte zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans), München 1972, S. 179, 181-184, 186-191.

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie Gründe, warum es nach Einschätzung der Studie wichtig ist, dass die in der vorhergehenden Unterrichtseinheit erarbeiteten Probleme der zuziehenden Arbeitnehmer*innen gelöst werden.
2. Grenzen Sie die Begriffe „Assimilation“, „Integration“ und „Eingliederung“ in eigenen Worten voneinander ab.
3. Fassen Sie die vorgeschlagenen Maßnahmen strukturiert zusammen und erläutern Sie, welchem der drei in Aufgabe 2 genannten Begriffe diese Vorschläge entsprechen.
4. Recherchieren Sie, welche Integrationsmaßnahmen und Programme es heute in Deutschland gibt, und überlegen Sie sich konkrete Aktionen an Schulen, welche die Integration, wie sie in der Studie beschrieben wird, fördern!

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Diese Unterrichtseinheit fokussiert Lösungsansätze für die in den beiden vorhergehenden Einheiten thematisierten Probleme der zugezogenen Migrant*innen.

In einem ersten Schritt sollen die Lernenden hierbei die in der Studie angeführten Gründe für die Notwendigkeit der Behebung dieser Probleme und damit letztlich für städtische Integrationsbemühungen eruieren. Dabei erkennen Sie, wieso man die Notwendigkeit aus großstädtischer Perspektive besonders betonte. Die Studie verweist hier zu Beginn des Ausschnitts auf die Gefahren eines entstehenden Subproletariats in der Stadt sowie einer politischen Radikalisierung und Kriminalisierung, wenn keine Angleichung der Lebensverhältnisse erfolge. Aus den vorhergehenden Einheiten wissen die Schüler*innen, dass die sogenannten Gastarbeiter*innen entgegen der Semantik dieses Begriffs tendenziell für längere Zeit in Deutschland bleiben, was der Studie zufolge ebenfalls als Grund anzusehen ist.

In einem nächsten Schritt sollen die Schüler*innen die drei genannten unterschiedlichen Zielvorstellungen der Migrationspolitik durch die Wiedergabe in eigenen Worten, ggf. im Gespräch mit dem*der Banknachbar*in, inhaltlich durchdringen und voneinander abgrenzen, um die geschilderten Maßnahmen im dritten Arbeitsauftrag einem der Ziele zuordnen zu können. Die Lernenden stellen fest, dass die „strukturellen Verbesserungen“ über eine „Eingliederung“ und damit eine zeitlich begrenzte Problemlösung hinausgehen und der Definition von „Integration“ entsprechen. Die Studie enthält folglich eine klare Wertung in Bezug auf die drei genannten Ziele, wobei die „Integration“ favorisiert wird.

Da der Integrationsbegriff auch aktuell unter anderem im Zusammenhang mit integrativen Maßnahmen gängig ist, bietet es sich an, dass die Lernenden zum Abschluss dieser Einheit nach konkreten Beispielen suchen oder die ihnen bekannten Programme und Maßnahmen spontan in einem Unterrichtsgespräch einbringen. Denkbar ist, dass u.a. Integrationskurse, Integrationspreise oder die bayerischen Berufsintegrationsklassen (BIK) angeführt werden. Dabei kann beispielweise diskutiert werden, inwieweit es sich hierbei tatsächlich um Maßnahmen handelt, die den damaligen Forderungen der Studie entsprechen. Abschließend können die Lernenden selbst Vorschläge für integrative Aktionen machen, welche die Kommunikation zwischen den Schüler*innen fördern (z.B. Hausaufgabenbetreuung für Klassenkameraden*innen, die gerade erst die deutsche Sprache erlernen; interkulturelle Aktionstage).

6 INTEGRATION ODER ROTATION – EIN POLITISCHES STREITGESPRÄCH

*Die Ergebnisse der Studie „Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München“ und die darin unterbreiteten Vorschläge lösten auch im Münchner Stadtrat eine hitzige Diskussion darüber aus, ob man an einem Rotationsprinzip festhalten oder die Integration der Migrant*innen fördern solle. Es ging also letztlich um die Frage, ob die ausländischen Arbeitnehmer*innen nach einer gewissen Zeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren sollen und ihr Arbeitsplatz von anderen, neu angeworbenen Migrant*innen übernommen wird oder ob man ihnen – sofern sie das selbst möchten – einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland ermöglicht.*

Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 23. November 1972 hielt folgende Aussagen fest:

StR. Dr. Reichel:

[...] Ich möchte Ihnen zu Anfang, um Sie gleich ins Bild zu setzen, welche Anträge vorgelegt werden, folgenden ersten Abänderungsantrag [...] vortragen: [...] Ziffer 2 wird folgender Satz hinzugefügt: „Der Stadtrat kann eine Lösung der Ausländerprobleme im Sinne der Integration nicht ins Auge fassen. Er hält vielmehr im Interesse aller Beteiligten, d.h. sowohl der eingessenen Bevölkerung als auch der hier tätigen Gastarbeiter und ihrer Heimatländer, die Anwendung des Rotationsprinzips in diesem Raum, abgesehen von bereits bestehenden de facto-Fällen der Integration, für die grundsätzlich richtigere Lösung, um die Lebensqualität nicht durch weitere Verdichtung als Folge des Nachzugs der Familien und in weiterer Folge von ausländischen Betreuungskräften für die erstgenannten absinken zu lassen.“

Lassen Sie mich diese Auffassung begründen! Bitte berücksichtigen Sie dabei, dass ich in der Terminologie und der Sprechweise der Soziologie und der Nationalökonomie nicht so ganz bewandert bin. Ich bitte mir deshalb zugute zu halten, falls meine Ausdrücke nicht immer im Sinne dieser Fachleute sachgerecht sein sollten. Alles, was ich zu diesem heißen Thema sagen will, ist von dem guten Willen getragen, den Interessen beider Parteien, nämlich unseres Bevölkerungsanteils und des ausländischen Anteils und – auf der anderen Seite – unseres Landes und Heimatländer der Ausländer, gerecht zu werden. [...]

Gegen die Integration spricht nach meiner Meinung, dass für den Gastarbeiter die Beschäftigung bei uns die Lösung von seinem angestammten Bereich, aus seiner Heimat bedeutet, wenn er integriert würde. Was das bedeutet, brauche ich in Bayern nicht zu erläutern. Er würde aus seinen menschlichen, dörflichen, religiösen und kulturellen Bindungen gelöst, aus den geographischen und den klimatischen Gegebenheiten, er würde gelöst aus seinem Arbeits- und Erlebniskreis ebenso wie aus seinen Lebensgewohnheiten. Das alles wird also dem integrierten Gastarbeiter aus dem Ausland zugemutet. – (Zuruf) – Das ist ja die Frage, um die es sich dreht, ob ich berechtigt bin, einen Menschen auf die Dauer aus seiner Heimat zu lösen. Das ist für mich auch ein menschliches Problem. – (StR. Rohrbach: Wenn es aber sein Wunsch ist!) – Wie dieser Wunsch zustande kommt, steht auf einem weiteren Blatt, über das wir vielleicht noch sprechen können. Wenn diese Menschen in unser Land kommen, handelt es sich ja um das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen – politisch unterschiedlich, sozial unterschiedlich, kulturell, sittlich, religiös unterschiedlich –, schlechthin mit unterschiedlichen Auffassungen, wobei ich von vornherein betone, dass ich das ganz wertneutral ausspreche. Ich bin nicht bereit, mit der Feststellung dieser Unterschiede ein Werturteil über diese verschiedenen Auffassungen zu statuieren. Wir müssen dann auf die Dauer zusammenleben mit Menschen mit unterschiedlichen Maßstäben im Bereich der Moral, in Bezug auf Ehe und Familie, in Bezug auf Eigentum, Gemeinde und Staat, in Bezug auf Arbeit und Wirtschaft, in Bezug auf öffentliche Einrichtungen schlechthin. In allen diesen Bereichen sind die Auffassungen, die diese Menschen mitbringen, andere als die unseren, und das führt zum Zusammentreffen unterschiedlicher Grundlagen des Zusammenlebens in unserem Land. Es handelt sich aber dann weiter um Menschen mit unterschiedlichen Lebenszielen und Lebensgewohnheiten, wie sie sich z.B. in der Einstellung zur Ernährung mit ihren

teilweise strengen Geboten, zur Wohnung mit dem mehr oder weniger in die Öffentlichkeit gerichteten Tagesablauf und – damit verbunden – zum Lärm, zur Hygiene oder auch wie sie sich im Lebensstandard schlechthin darstellen. Das birgt

35 Sprengstoff in sich und wir spüren diesen Sprengstoff ja auch. Man tut nach dieser Auffassung den Menschen keinen Gefallen, weder den Ausländern bei uns noch uns selbst, wenn wir Ungleichheiten in dieser Weise in unserer Bevölkerung schaffen oder begünstigen, mit denen zu leben für keinen der Beteiligten glücklich ist. Es ist besser, getrennt zu halten, was getrennt gewachsen ist, statt mischen zu wollen, was Schwierigkeiten schafft. Daraus entstehen Missgeschick und Unglück bis hin zu Straffälligkeit wiederum auf beiden Seiten. Die Trennung führt zur Ausräumung dieser

40 Missverständnisse und damit zu Verständigung und Toleranz der getrennt lebenden Völker untereinander. Toleranz im täglichen Miteinander ist nun einmal bei den gegebenen Schwächen und Unterschieden kaum erreichbar. Das zeigt die tägliche Praxis. Tägliche Reibungen und Missverständnisse führen in der Folge eher zu Missverständnissen zwischen den Völkern und, als wenn diese Hürden des Missverständnisses ausgeräumt werden. Ich sagte schon, dass ich damit keine irgendwie geartete Wertung setze, sondern nur unabdingbare Unterschiede feststelle, die kein Mensch wegdiskutieren

45 kann. Dass im täglichen Leben leider häufig zu Lasten und zum Nachteil der Ausländer gewertet wird, ist eine natürliche Folge der nun einmal nicht erreichbaren Toleranz und der bildungsmäßigen Überlegenheit der Gastgeber. Sie können das zweitklassige Dasein der Ausländer leider an fast jeder Arbeitsstelle beobachten.

Aus dem von mir befürworteten Rotationsprinzip folgt, dass ein Nachziehen der Familien nicht in Betracht kommt. Alle damit zusammenhängenden Probleme ergeben sich nur und dann zwangsläufig, wenn wir Deutschland als Einwanderungsland auffassen. Ich persönlich widersetze mich dieser Auffassung aufs Entschiedenste. Es folgt weiter, dass wir das Ausländerecht in der bisherigen Form praktizieren müssen. Es erscheint mir auch sinnlos, wenn wir einerseits Geburtenregelung zur Begrenzung unserer Bevölkerung betreiben, andererseits aber fremde Menschen in großer Zahl zu uns hereinholen und eine zusätzliche Verdichtung schaffen, nachdem wir schon mit der jetzigen Verdichtung nicht fertig werden. Wenn dir diese Menschen auf die Dauer ausschließlich zu untergeordneten Dienstleistungen hereinholen,

50 so deklassieren wir sie bewusst. Steigen sie aber auf, so müssen wir immer wieder neuen Nachschub auf unteren Stufen hereinholen. Ich bitte Sie, diese Konsequenzen einmal langfristig zu überdenken. Die Integration löst also die aufgezeigten Probleme nicht. Die Rotation schafft erträgliche, für beide Seiten nützliche Verhältnisse.

Damit komme ich zu den Konsequenzen meiner Auffassung. Ich für meinen Teil und die Kollegen, die diese Auffassung vertreten, setzen sich nachdrücklich für eine Verlagerung der Produktion insbesondere in die Mittelmeerländer ein, wobei wir im Zuge der Entwicklungshilfe beim Aufbau einer auf dieses Ziel gerichteten Infrastruktur in jenen Ländern mitwirken müssen. [...]

60

Im Übrigen sind wir gegen einen dauerhaften Abzug von Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern auch deshalb, weil mit der Abwanderung vornehmlich der leistungsstärkeren jüngeren Kräfte das Arbeitspotenzial der Heimatländer überdurchschnittlich geschwächt wird, während mit der von uns befürworteten Rückwanderung dieser bei uns geschul-

65 ten Kräfte eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen wird, in den Heimatländern Produktionsstätten aufzubauen. Auch deshalb dürfen wir diese Menschen nicht hier behalten, wenn wir das ungeheure Gefälle von Industrieländern zu den Entwicklungsländern, das den Frieden auf der Erde mehr als alle anderen Umstände gefährdet, abbauen wollen. Diesen Ausgleich begünstigen wir allein durch das Rotationsprinzip, niemals durch die Wegnahme der qualifizierten Arbeitsplätze von dort. Die Integration bedeutet, wenn man es sehr grob sagen wollte, eine gewisse koloniale Ausbeutung der Mutterländer, denen wir auch die Rohstoffe für billiges Geld wegnehmen. Durch den Abbau von Rohstoffe und Arbeitskräften erschweren wir jegliche Weiterentwicklung dieser Länder, und das ist genau das Gegenteil dessen, was Kollege Geiselberger im Ausschuss mit so harten Worten als unseren Fall bezeichnet hat.

70

Noch eine weitere Bemerkung über die in der Rotation lebenden Ausländer: Diese müssen selbstverständlich gerecht und human behandelt werden. Jegliche Ausbeutung, z.B. durch Mietwucher müssen wir verhindern. [...] Aber auf der anderen Seite geht es nicht an, dass der Wohnraum der eingesessenen Bevölkerung gleich haus- oder blockweise durch Umbau in Ausländerwohnungen entzogen wird. Vielmehr muss das Kapital für die Unterbringung der Gastarbeiter nach dem Urheberprinzip aufgebracht werden, während die Gastarbeiter die Kapital- und Betriebskosten selbst tragen müssen wie jeder deutsche Mieter auch. Natürlich muss er die Kosten für sein Leben schlechthin hier im gleichen Ausmaß tragen wie der deutsche Arbeitnehmer, weil er ja auch gleichen Lohn erhält. Im Normalfall ist der beschäftigte

80 Gastarbeiter kein sozialer Notfall. [...]

StR. Geiselberger:

[...] Zunächst stimmt es nicht, dass die infrastrukturelle Unterversorgung der deutschen Bevölkerung durch die Herannahme von ausländischen Arbeitern zustande gekommen ist, sondern die infrastrukturelle Unterversorgung gerade durch kommunale Einrichtungen ergibt sich ganz eindeutig aus diesem wirtschaftlichen, kapitalistischen System, insgesamt und nicht aus der Hereinziehung ausländischer Arbeiter. Es lässt sich nämlich nachweisen, dass selbst bei dem jetzt bestehenden Familiennachzug, der sowieso schon ganz erheblich erschwert wird, die ausländischen Arbeiter, die ja ganz genau wie deutsche Arbeiter Steuern bezahlen müssen, wesentlich stärker als ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend zu Steuern und Wirtschaftswachstum beitragen, dass sie also eher ein Beitrag dazu sind, den Lebensstandard insgesamt zu heben, als ihn zu verschlechtern. Ihr Problem ist allerdings, und die SPD macht das auch zu ihrem Problem, dass sie zwar ganz erheblich zu diesem Lebensstandard beitragen, aber nicht im selben Ausmaß wie die deutsche Bevölkerung an dem dadurch möglichen Lebensstandard teilnehmen können. Einige Zitate, die das unterstreichen:

Herr Rosenmöller aus dem Bundesarbeitsministerium, einer der wesentlichen Referenten dort, stellt in einer Ausarbeitung des Bundesarbeitsministeriums vom Jahre 1969 z.B. fest, dass ohne die Gastarbeiterbeiträge deutsche Arbeitnehmer bereits 1 % mehr an Rentenversicherungsbeiträgen zahlen müssten. Die ausländischen Arbeiter bewirken hier also eine Verbesserung. [...]

Das IFO-Institut stellt fest, dass ohne ausreichenden Einsatz ausländischer Arbeitskraft auf längere Sicht ein mehr als dreiprozentiges Wachstum der Wirtschaft pro Jahr in der Bundesrepublik nicht möglich sei. Der Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zum Bruttosozialprodukt, aber auch zur Stärkung des deutschen Binnenmarkts und der Sozialversicherung sei so erheblich, dass auf ihn lange Zeit nicht verzichtet werden könne. [...]

Ich bin der Meinung, und mit mir die SPD-Fraktion, dass das Rotationsprinzip, von dem hier dauernd gesprochen wird, ein inhumanes Prinzip ist. Man kann heute die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowieso nicht mehr in dem Maß einschränken, wie es eigentlich gewünscht wird. Es dürfte inzwischen bekannt sein, dass innerhalb der EWG die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet ist und dass logischerweise und wenn man nicht inhuman sein will, Angehörige der EWG-Staaten natürlich auch die Möglichkeiten haben müssen, ihre Familien nachzuziehen. Dazu kommt, dass gerade auf den Druck der deutschen Unternehmen hin die Anwerbung von Arbeitern aus Drittländern, die heute nicht zur EWG gehören, wesentlich erleichtert worden ist. [...]

Das zweite ist, dass man eigentlich nicht davon ausgehen kann, dass man hier ausländische Arbeiter nur als Arbeitsmaschinen beschäftigt, die man notdürftig in Firmenunterkünften zusammenquetscht und die nicht einmal in der Lage sind, ihre Familien nachzuholen. [...]

Noch eines: Die Rückentwicklung der Länder, aus denen die Arbeiter angeworben werden, ist von Herrn Reichel richtig konstatiert worden. Aber es wäre nicht die Lösung des Problems, wenn man zwar die Arbeitskräfte hierher anwirbt, was ja weiterhin geschehen wird, nach dem was die deutsche Wirtschaft oder z.B. die Industrie- und Handelskammer feststellt, wenn man sie also zwar abzieht, aber ihre Familien dort zur eigenen Versorgung belässt. Denn dann verstärkt man ja noch den Nachteil, den diese Länder bereits haben, weil man ihnen die Arbeitskräfte wegnimmt, jedoch die Familien dort zur eigenen Versorgung belässt. Dadurch wird man also den Entwicklungsunterschied, der ohnehin besteht, noch wesentlich vergrößern. – (StR. Dr. Reichel: Die Familien werden doch von hier aus durch Geldsendungen versorgt!) – Da müssen Sie mal die statistischen Berichte der Deutschen Bundesbank lesen, wie es sich mit den Geldüberweisungen der ausländischen Arbeiter in ihre Heimatländer im Zusammenhang mit den Handelsdefiziten dieser Länder verhält. Diese Handelsdefizite sind nämlich wesentlich größer als die Rücküberweisungen der ausländischen Arbeitnehmer. Das lässt sich alles nachweisen. [...]

StR. Eckert:

[...] Herr Geiselberger, es ist nicht einzig und allein die Wirtschaft der Verursacher dafür, dass wir zum Teil einen jährlichen Zuwachs an Ausländern in der Größenordnung von 600 000 Personen haben. Ich bin der Meinung, dass diese Zahlen nur zustande gekommen sind, weil es der bisherigen Bundesregierung daran gefehlt hat, eine Ausländerpolitik überhaupt zu realisieren, hierfür Vorschläge erarbeiten und gesetzliche Grundlagen zu erstellen. Beispielsweise ist im Jahre 1970 der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik von rund 2,4 Millionen um 600 000

Personen auf 3 Millionen Menschen gestiegen, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik um 450 000 Personen zunahm. Ich meine, es wird höchste Zeit, hier Steuerungsmaßnahmen zu erarbeiten und auch zur Wirksamkeit zu bringen. [...]

- 130 Ich bin der Meinung, dass gerade der heutige Tag nach der Bundestagswahl, aber vor der Abfassung der Regierungserklärung der neuen/alten Bundesregierung Anlass dazu wäre, dieser Bundesregierung aus dem Ballungszentrum München heraus als Auftrag nahezulegen, hier gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die ein gesundes Verhältnis zwischen der Bevölkerung in der Bundesrepublik und den Ausländern schaffen, die auch in Zukunft zu uns kommen werden. [...] Auch ich bin der Meinung, dass zu der Konzeption, die fehlt, gehören sollte, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung darüber aufzumachen, wie vielleicht kurzfristige Vorteile sich langfristig in Nachteile verwandeln können oder wie man diese Nachteile vermeiden sollte.
- 135

In diese Überlegung hinein gehört auch die Frage, wie wir in Zukunft die Leistungsfähigkeit der eigenen Arbeitnehmerschaft einschätzen, ob hier vielleicht durch eine größere Leistungsfähigkeit auch etwas zur Minderung des Bedarfs ausländischer Arbeitskräfte getan werden kann. [...]

- 140 Herr Dr. Abreß hat aber einen dritten Punkt – und dieser scheint uns von der CSU sehr wichtig zu sein – abgelehnt, als es nämlich darum ging, die Frage der Finanzierung, auch wie sie auf München zukommt, in seinen Auftragsentwurf aufzunehmen. Er sagte etwa so, es sei nicht würdevoll, im Zusammenhang mit den anstehenden Fragen auch die Finanzierung zu erörtern. Ich meine dagegen, es ist ausgesprochen ehrlich und damit auch würdevoll, dieses Thema nicht zu verschweigen. [...]

145 StR. Rohrbach:

[...] Nun zur Frage, ob Integration oder Rotation: Natürlich ist es einfacher, nach dem Prinzip der Rotation zu verfahren, weil man da die Hände in die Hosentasche stecken und sagen kann: Mich kümmert das Problem weitgehend nicht; denn dieser gute Mann, der drei Jahre seine Arbeitskraft hier lässt, haut dann wieder ab. Damit ist sein Problem nicht gelöst. Abgesehen davon, dass es sich hier um einen Menschen handelt, muss man berücksichtigen, dass das Vakuum

- 150 der unteren Gruppen der Arbeitskräfte nach wie vor bestehen bleibt. Wir wissen auch, dass etwa 13 % mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik bleiben. Die Tendenz, länger zu bleiben oder gar sesshaft zu werden, nimmt doch laufend zu. Wir können angesichts dieser Tatsache nicht so tun, als wenn das nicht ein bestehendes Faktum wäre. Wenn dem aber so ist, müssten wir uns schon jetzt darüber Gedanken machen, was wir mit den hier sesshaften, allerdings noch nicht integrierten, aber zu integrierenden Menschen tun wollen. Das müssten wir klar und deutlich aussprechen. Wir
- 155 sollten auch nicht so tun, als könnte man dieses Problem in irgendeiner Form steuern. Denn die Menschen sind hier; sie haben das Bedürfnis, ihre Familien nachzuholen. Da möchte ich Herrn Kollegen Dr. Reichel ansprechen: Es ist doch allein schon die Tatsache inhuman, dass diese Menschen nach Deutschland gekommen sind. Noch inhumaner ist es aber, wenn wir diesen Menschen das Recht verweigern, ihre Familien nachzuziehen. Denn wir wissen ja alle, dass gerade diese Menschen aus südlichen Landstrichen ein sehr enges Familienverhältnis haben. Wenn wir es gar von Rechts wegen
- 160 zulassen würden, diesen Menschen die Familien zu verweigern, schaffen wir natürlich ein noch viel größeres inhumanes Instrument. Ich meine, wir sollten uns schon jetzt darüber Gedanken machen, in welchem Umfang wir dem Personenkreis, der wirklich Anzeichen gegeben hat, hier zu bleiben, auch echt helfen können. [...]

Eines der wesentlichen Probleme wird natürlich die Frage sein: Was tun wir mit den Kindern, die in die Bundesrepublik nachkommen oder die bereits hier geboren sind? Dass hier eine verstärkte Integration erfolgen muss, erscheint mir so selbstverständlich, dass man darüber gar nicht diskutieren sollte. Denn sonst schaffen wir ein Proletariat, von dem ich sagte, dass es viel schlimmer sein wird als etwa das Proletariat der Jahrhundertwende. Wir können dieses Proletariat keineswegs dadurch integrieren, dass wir sagen: Wir schaffen eine eigene Schule mit eigener Sprache, mit eigenen Weltanschauungen usw. Wir müssen vielmehr das Gegenteil davon tun, wir müssen nämlich die Kinder frühzeitig und rechtzeitig in die deutsche Schule integrieren; sie sollten sich frühzeitig auch mit den deutschen Gewohnheiten bekannt

170 machen. Nur so laufen wir nicht Gefahr, dass in der zweiten oder dritten Generation soziale Krüppel geboren werden. [...]

Noch einen Punkt möchte ich ansprechen: das Wohnungsproblem der Gastarbeiter. Es ist ganz klar, dass für die Gastarbeiter, die die Absicht haben, in der Bundesrepublik zu bleiben, die volle Gleichstellung und Gleichberechtigung

gegeben sein sollte. Den anderen, die also allein sind, sollte man das Los nehmen, allein zu sein. Dazu kommt eine Tatsache, die wir alle kennen: Es entstehen in den Großstädten mehr Silos für Gastarbeiter, in denen diese unter undenkbarsten Umständen leben. In diesem Zusammenhang ist eine Verordnung anzuführen, die wir vielleicht auf dem Wege des Antrags beseitigen sollten. Wir sollten nämlich beim Freistaat Bayern beantragen, dass doch endlich einmal die Verordnung über die Belegung von Wohnungen geändert wird. Für mich ist es wirklich inhuman, etwa vorzuschreiben, dass 4 qm Wohnfläche für einen Menschen ausreichend sind. [...]

175

Quelle: Stadtarchiv München Ratssitzungsprotokolle 745/3

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die einzelnen Positionen mit den jeweils angeführten Argumenten zu der Diskussion, ob an dem sogenannten Rotationsmodell festgehalten oder die Integration der ausländischen Arbeitnehmer*innen umgesetzt werden soll.
2. Stellen Sie die jeweiligen Konsequenzen für das politische Handeln dar, die die einzelnen Stadträte aus ihrer Befürwortung des Rotationsmodells bzw. der Integration ziehen.
3. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind nicht nur Personen, die auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen waren, nach Deutschland zugewandert, sondern auch Asylsuchende, die vor Diskriminierung oder Krieg aus ihrem Herkunftsland geflohen waren. Die Diskussion über Integrationsmaßnahmen ist daher auch heute noch in der Gesellschaft präsent. Überprüfen Sie die Aktualität der in der Stadtratssitzung von 1972 geäußerten Ansichten.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Im Fokus der Unterrichtseinheit steht die politische Kontroverse zur Frage, ob man die ausländischen Arbeitnehmer*innen in die deutsche Gesellschaft integrieren oder am Rotationsmodell festhalten soll. In der Stadtratssitzung vom 23. November 1972 standen sich mit ihrer Positionierung zu der Frage unter anderem die Stadträte Dr. Reichel und Eckert und die Stadträte Geiselberger und Rohrbach gegenüber. Während sich Reichel für das Rotationsmodell und gegen integrative Maßnahmen ausspricht und Eckert auf die Kosten von Integrationsmaßnahmen verweist, plädieren Geiselberger und Rohrbach für eine nachhaltige Integration. Die Schüler*innen sollen im Rahmen des ersten Arbeitsauftrags in einer intensiven Textarbeit diese Positionen eruieren und ebenso die jeweiligen Argumente herausarbeiten, die von Ausbeutung der Herkunftsländer und Gefahr gesellschaftlicher Konflikte auf der einen Seite bis hin zur Gefahr der Herausbildung einer sozial benachteiligten Schicht innerhalb der Folgegeneration und Inhumanität auf der anderen Seite reichen. Bei einer anschließend denkbaren Beurteilung der Argumentationen durch die Lernenden, sei es in Bezug auf eine überzeugende Unterlegung mit Belegen oder auf die Wortwahl, ist zu beachten, dass die Ausführungen zum Teil gekürzt wurden.

In einem nächsten Schritt sind die jeweiligen Konsequenzen für das politische Handeln herauszuarbeiten, wobei unter anderem auf die unterschiedliche Bewertung des Familiennachzugs einzugehen ist. Außerdem fordert beispielsweise Eckert klare Steuerungsmaßnahmen des Zuzugs. Rohrbach, der die steigende Tendenz der ausländischen Arbeitnehmer zum dauerhaften Verbleib als Fakt betrachtet, spricht sich für eine integrative Schulpolitik aus.

Denkbar wäre auch, dass die Schüler*innen die Stadtratssitzung zur zentralen Frage „Integration oder Rotation“ nachspielen, bevor sie die Quellenausschnitte analysieren. Hierbei könnte man manchen Schülern*innen vorgeben, die Rotation zu befürworten, während sich andere für die Integration aussprechen sollen. Diese Perspektivenübernahme, die die eigenständige Suche nach schlüssigen Argumentationen beinhaltet, gibt den Lernenden die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil zur Frage zu bilden und später gegebenenfalls die tatsächlich in der Stadtratssitzung vorgebrachten Begründungen individuell zu bewerten.

Inwieweit bei den ersten beiden Aufträgen auf die jeweilige Parteizugehörigkeit der einzelnen Stadtratsmitglieder eingegangen wird, bleibt der Lehrkraft überlassen – je nachdem, ob in dieser Unterrichtseinheit historische Sachverhalte oder die Diskussion und damit die Argumente an sich im Mittelpunkt stehen sollen. Im Falle von Herrn Geiselberger und Herrn Eckert erschließt sich ihre jeweilige Parteizugehörigkeit aus deren Aussagen, im Bedarfsfall kann Herrn Reichels CSU- und Herrn Rohrbachs SPD-Mitgliedschaft ergänzt werden. Darüber hinaus kann die Lehrkraft – sofern das für nötig befunden wird – auf die politischen Verhältnisse im Land und im Bund hinweisen. Vor diesem Hintergrund werden die Schüler*innen in der Kritik von CSU-Stadtrat Eckert an der sozialliberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Brandt möglicherweise einen parteipolitischen Hintergrund erkennen. Die Bayerische Staatsregierung, die von der CSU gestellt wurde, vertrat wiederum die Positionen, die hier von den CSU-Stadträten vorgetragen wurden. Der letzte Arbeitsauftrag zielt auf einen Vergleich der Debatte von 1972 mit dem aktuellen Integrationsdiskurs ab. Die Lernenden werden beispielsweise erkennen, dass bei dem Zuzug von Asylsuchenden 2015 ebenso moralische oder finanzielle Aspekte in der Diskussion zu finden waren, wie das in der Münchner Stadtratssitzung der Fall war. Grundsätzlich kann hier ebenso untersucht werden, inwieweit eine mediale Diskussion hinsichtlich der Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs zu beobachten war.

Im Anschluss an diese Einheit könnten auch einzelne Recherchen durchgeführt werden, beispielsweise zu den aktuellen Regelungen des Familiennachzugs.



LITERATUR

Philip Zölls Beitrag in diesem Heft.

7 (Post-)Migrantische Gastronomie in München

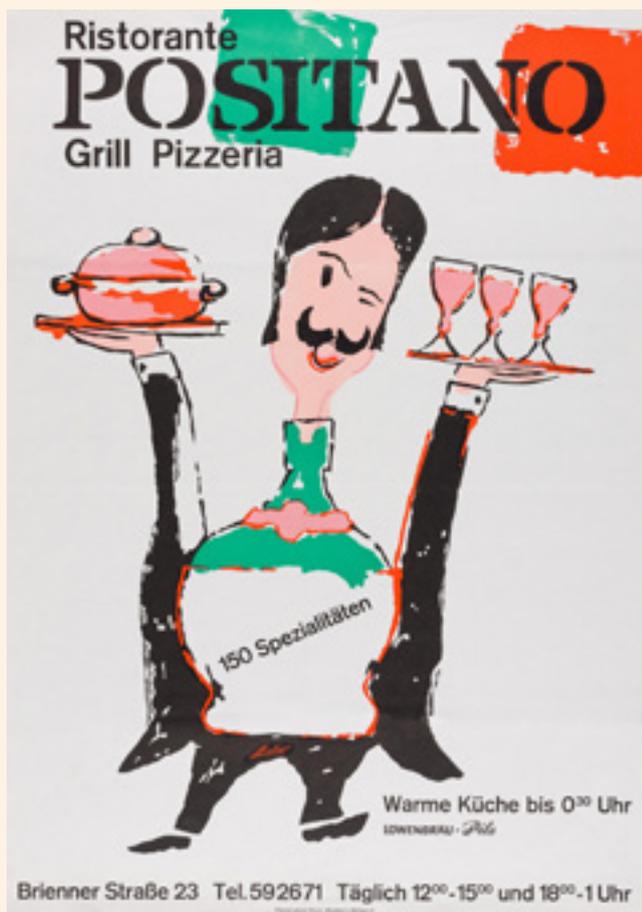
M1:

Die Münchner Abendzeitung vom 4./5. Dezember 1976 beschreibt die Atmosphäre im Ristorante „Bei Mario“ in München: „Bei Mario“ in der Adalbertstraße sieht es ziemlich genauso italienisch aus, wie es der Gardasee- oder Adriaurlauber erwartet: Man sitzt an rotgedeckten, von Keramiklampen und anderen Lichtquellen (etwas zu hell) beschienenen Tischen in weinlaubähnlichen Nischen, schaut auf Zimmerpflanzen und Wandgemälde, die bella italia verherrlichen, und auf Flaschen, Flaschen, Flaschen. Die flinken Kellner sehen allesamt so aus, als ob sie gleich zur Gitarre greifen, Funiculi-Funicula singen und die Gäste mit Weinlaub bekränzen wollen.

5

Quelle: *Bella Italia in Schwabing*, in: *Abendzeitung München* vom 04./05.12.1976

M2:



Plakat des italienischen Restaurants „Positano“ in der Brienner Straße in München, um 1965

Foto: Münchner Stadtmuseum, Sammlung Reklamekunst

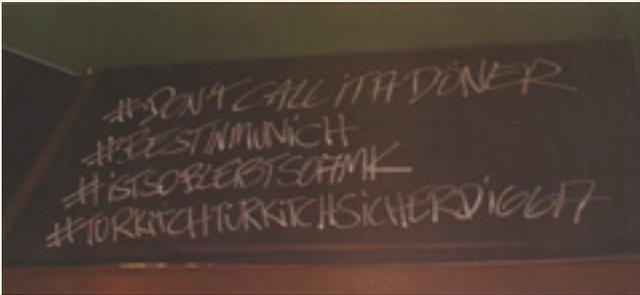
M3:



Restaurant „Ali Baba Börekçisi“ in der Goethestraße in München
Foto: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-6041

Informationen:

Einer der Köche des „Ali Baba“, Mithat Sönmezler, kam 1967 als „Gastarbeiter“ – auf Basis des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens – nach München. Der Name „Börekçisi“ legt nahe, dass im Restaurant Börek, ein in der Türkei verbreitetes Blätterteiggericht mit Schafskäse, Spinat oder Hackfleisch, angeboten wurde.

M4:

Tafel in einem türkischen Imbiss in der Humboldtstraße in München
Foto: Münchner Stadtmuseum

Informationen:

Der Inhaber des Imbiss Hayri Onbasi setzt seit der Gründung des Lokals 2014 unter dem Motto „Don't call it a Döner“ auf traditionelle türkische Gerichte. Die Motivation für den Imbiss erhielt er von seinem Vater, der 1970 als „Gastarbeiter“ nach München gekommen war und der, mittlerweile in Berlin lebend, bei einem Besuch in München den Mangel an traditioneller Köfte- und Kebab-Küche bemerkt und den Sohn darauf hingewiesen hatte, dass eine große Nachfrage danach bestehen könnte.

Arbeitsaufträge:

1. Stellen Sie anhand von M1 bis M4 einen Zusammenhang zwischen Migration und der Entwicklung der Gastronomie in München ab den 1960er Jahren her.
2. Untersuchen Sie M1 und M2 im Hinblick auf die Zielgruppe der beiden entsprechenden italienischen Restaurants. Analysieren Sie dabei den Stil des Artikels aus der Münchner Abendzeitung.
3. Für viele Migrant*innen war es über die kulinarischen Vorlieben hinaus besonders wichtig, dass sie in Deutschland Lebensmittel aus ihrem Geburtsland kaufen und die bekannten Gerichte, teils in der Gemeinschaft mit anderen, zubereiten konnten. Überlegen Sie sich Gründe dafür.

METHODISCH-DIDAKTISCHE HINWEISE

Diese Unterrichtssequenz dient dazu, den Schüler*innen abschließend den Einfluss der Migrant*innen im Ankunftsland vor Augen zu führen, wofür hier beispielhaft die Kulinarik gewählt wird. Gerade vor dem Hintergrund der vorangegangenen Quellen, die die Diskussionen um die Migration in München abbilden und Schwierigkeiten infolge der Zuwanderung betonen, ist es wichtig, dass abschließend die (gegenseitige) kulturelle Bereicherung ihren Platz findet.

Im Rahmen des ersten Arbeitsauftrags erschließen die Schüler*innen, dass Migrant*innen in den 1960er und 1970er Jahren in der Gastronomie tätig waren oder sich in diesem Bereich selbstständig machten. Hier ist von der Lehrkraft darauf hinzuweisen, dass es sich nicht nur um sogenannte Gastarbeiter*innen handelte, sondern beispielsweise um Migrant*innen aus Italien ab Mitte der 1970er Jahre bewusst mit dem Ziel nach Deutschland aufbrachen, dort einen Gastronomiebetrieb zu gründen. Aus M4 können die Schüler*innen schließen, dass die Selbstständigkeit oft jedoch erst in der zweiten Generation folgte. M3 führt den Lernenden vor Augen, dass der kulturelle Einfluss der Zuwanderer*innen buchstäblich im Münchner Stadtbild sichtbar war. Hier kann auch diskutiert werden, weshalb sich manche Begriffe wie *Ristorante* im deutschen Sprachgebrauch etabliert haben, während andere, wie z.B. *Börekçisi*, nicht gängig sind.

Beim zweiten Arbeitsauftrag wird deutlich, dass die italienischen Restaurants in der Regel nicht, wie oftmals vermutet, die Landsleute als Zielgruppe im Blick hatten, sondern laut M1 deutsche „Adria- und Gardasee-Urlauber“ ansprechen sollten. Im Sinne der sogenannten *ethnic performance* werden Bilder kreiert, die die Erwartungen der bundesdeutschen Italienurlauber*innen bestätigen und ihre Sehnsucht nach dem südlichen Urlaubsland stillen. Die Lernenden sollen erkennen, dass der Artikel aus der Münchner Abendzeitung die im Restaurant „Bei Mario“ produzierten Stereotype ironisch, überspitzt darstellt und belächelt. Die Übertreibung können die Schüler*innen beispielsweise an der Wiederholung des Wortes „Flasche“ – es handelt sich um die rhetorische Figur *Epizeuxis* – festmachen. Im Plakat (M2) des Restaurants „Positano“ deuten die Schüler*innen möglicherweise die Farben Rot, Weiß und Grün als bewusst gesetztes Farbmuster, das deutsche Personen aufgrund der italienischen Nationalflagge mit Italien assoziieren. Die Lehrkraft kann außerdem den Hinweis geben, dass in Italien *Ristorante* und *Pizzeria* getrennt sind, das erweiterte Angebot im „Positano“ sollte daher wohl in erster Linie deutsche Gäste ansprechen. Auch der Fokus auf den augenzwinkernden *padrone*, von dem sich vor allem die deutschen Kund*innen ein freundliches, charmantes Auftreten erwarten, kann mit Hilfe der Lehrkraft thematisiert werden. Es ist außerdem möglich, in diesem Zusammenhang M4 weiter zu vertiefen: Mit dem Slogan „Don't call it a Döner“ will sich das Restaurant bewusst vom Fast-Food-Produkt Döner abgrenzen, das in den 1970er Jahren, angepasst an die deutschen Essgewohnheiten, in deutschen Großstädten zunehmend populärer wurde. Ein Konflikt zwischen der (wirtschaftlichen) Notwendigkeit, die kulinarischen Vorlieben der Deutschen zu berücksichtigen, und dem gleichzeitigen Verlangen nach dem Angebot traditioneller Küche und der Vermittlung der vertrauten Esskultur ließ sich bereits in den 1970er Jahren in der von Migrant*innen geführten Gastronomie beobachten.

Arbeitsauftrag 3 erfordert von den Schüler*innen, dass sie sich in die Situation der Migrant*innen hineinversetzen und davon ausgehend die Bedeutung vertrauter Speisen in der (noch) fremden Umgebung erkennen. Die Lernenden werden sicherlich das Bedürfnis nach einer Erinnerung an das Heimatland, die durch den Genuss des Essens aktiviert wird und eine Auszeit vom anstrengenden Arbeitsalltag ermöglicht, anführen. Auch der Punkt der Gemeinschaft mit anderen Migrant*innen beim Zubereiten und Verzehr der Gerichte sollte im Sinne der Perspektivenübernahme thematisiert werden: Das gemeinsame Essen ermöglicht die Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit – die zum Teil möglicherweise romantisiert wird – und somit das Sicherheit gebende Gefühl, auch im noch unbekanntem Ankunftsland einer Gemeinschaft anzugehören.

Als weiterführende Projektaufgabe zu dieser Unterrichtseinheit kann die Gastronomie in der jeweiligen Wohnstraße bzw. des jeweiligen Wohnorts erforscht werden. Die Schüler*innen könnten beispielsweise mit den Besitzer*innen kurze Interviews führen und dabei unter anderem erfragen, wann das Restaurant gegründet wurde und wie sich das Angebot der Gerichte seither entwickelt hat.



INFOBOX: ITALIENISCHE GASTRONOMIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In den 1970er Jahren setzte ein rasanter Anstieg italienischer Gaststätten in der Bundesrepublik ein. Einen Erklärungsansatz stellt das Streben bundesdeutscher Bürger*innen dar, sich weltoffen zu zeigen, was für viele wohl mit dem Besuch ausländischer Restaurants einherging. Ein weiterer Grund ist in einer romantisierenden Sehnsucht nach Italien zu sehen, die einerseits bei Italienurlauber*innen vorhanden war und andererseits bei denjenigen, denen die finanziellen Mittel für eine Reise in den Süden fehlte, die aber dennoch ein medial vermitteltes Bild von Italien hatten und daran teilhaben wollten. Die italienischen Gastronomiebesitzer*innen erkannten dieses touristische Verlangen und kreierten unter Einsatz von Stereotypen eine Atmosphäre, die es den Besucher*innen ermöglichte, ihre Vorstellungen darauf zu übertragen und so ein vermeintlich authentisches Bild des italienischen „*dolce vita*“ zu erhalten. Im Sinne der *ethnic performance* schufen der *padrone* und die Belegschaft des Restaurants mit einem charmannten Auftreten ein unbeschwertes Ambiente, das den Erwartungen der deutschen Besucher*innen an italienische Kellner*innen entsprach. Wurden bis in die 1970er Jahren vorwiegend bei der deutschen Kundschaft bekannte Urlaubsorte oder Sehenswürdigkeiten wie „Adria“ oder „Canal Grande“ als Namen für die Restaurants gewählt, betonte man ab den 1980er Jahren zunehmend den jeweiligen *padrone* (z.B. „Da Giovanni“). Auch hinsichtlich der Speisen fand eine Anpassung an den Geschmack der deutschen Gesellschaft statt. So wurden viele Pastagerichte entgegen der italienischen Tradition mit Sahne zubereitet (z. B. Spaghetti Carbonara) und mit viel Soße serviert. Sicherlich war die Variation einzelner Gerichte auch darauf zurückzuführen, dass manche Zutaten in Deutschland nicht oder nur zu einem hohen Preis erhältlich waren (z. B. Mozzarella). Schließlich sollte auch die Innenausstattung bestimmte Eindrücke vom südlichen Urlaubsland erwecken. Die Zielgruppe der italienischen Gaststätten war demnach in erster Linie die deutsche Kundschaft.

Bei den in der Gastronomie Beschäftigten handelte es sich zwar zum Teil um sogenannte Gastarbeiter*innen, für den Boom italienischer Gaststätten in der Bundesrepublik waren wohl aber Gastronom*innen aus einer Gruppe von Migrant*innen verantwortlich, die Italien zur Zeit des *miracolo economico* – nachdem in der Bundesrepublik bereits der Anwerbestopp vollzogen wurde – mit dem klaren Ziel verließen, eine Gastronomiegewerbe in Deutschland zu gründen oder zu übernehmen.

In München gibt es heute ca. 600 italienische Gaststätten. Darunter finden sich Restaurantketten, die – ebenso wie italienische Eisdielen – ein standardisiertes Angebot aufweisen, das von den Besucher*innen erwartet wird. Darüber hinaus gibt es aber auch, wie vereinzelt bereits in den 1960er und 1970er Jahren, *Ristoranti*, die nicht auf die Erwartungen der Besucher*innen abzielen, sondern Wert auf eine traditionelle Zubereitung der Gerichte legen.



INFOBOX: TÜRKISCHE GASTRONOMIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Eröffnung türkischer Gaststätten in der Bundesrepublik steht in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung von Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei. Waren in den bundesdeutschen Großstädten in den 1960er Jahren nur vereinzelt türkische Restaurants vorhanden, nahmen diese im Laufe der 1970er Jahre mit dem – durch die schwierigere Arbeitsmarktsituation bedingten – Wechsel sogenannter Gastarbeiter*innen in den Gastronomiebereich (und den Lebensmitteleinzelhandel) zu. Erste Ansiedlungen fanden in Städten und Stadtbezirken mit einem

hohen Anteil der türkischen Wohnbevölkerung statt, beispielsweise in Köln und Berlin. Zunächst sollten demzufolge wohl türkische Besucher*innen erreicht werden. Auch das Restaurant „Ali Baba Börekçisi“, eine der ersten türkischen Gaststätten in München, hatte mit dem Strudelgericht Börek wohl türkische Gäste als Zielgruppe im Blick. Daneben wurde im „Ali Baba“ bereits Döner zum Mitnehmen angeboten. Der Döner entwickelte sich gegen Ende der 1980er Jahre zum erfolgreichsten Fast-Food-Gericht der Bundesrepublik. Tatsächlich geht die zunehmende Beliebtheit dieses Produkts damit einher, dass es – in Berlin ist dies ab den frühen 1970er Jahren der Fall – nicht mehr in Restaurants als Tellergericht mit Reis und Gemüse, sondern in Teigtaschen zum Mitnehmen angeboten wurde. In entsprechend dekorierten Imbissen wurde der Döner anfangs als ein exotisches Gericht präsentiert, in den 1990er Jahren erfolgte allerdings eine Anpassung der Döner-Imbisse an die Fast-Food-Gewohnheit der Jugend. Im Gegensatz zur italienischen Küche konnten sich türkische Gaststätten einer höheren Preisklasse dagegen, trotz des Erzeugens einer „orientalischen“ Atmosphäre als Projektionsfläche für das entsprechend interessierte deutsche Publikum, bis heute nicht bzw. nur schwer etablieren. Als eine Erklärung hierfür wird in der wissenschaftlichen Literatur der niedrige soziale Status angeführt, den man den türkischen Migrant*innen zuschrieb und der sich möglicherweise demzufolge auch im Ansehen der türkischen Küche niederschlug. Ein Grund mag laut Gastronom*innen auch darin liegen, dass es aufgrund der Beliebtheit des Döners erfolgversprechender ist, das etablierte Produkt anzubieten, als auf die in Deutschland teils unbekannteren vielfältigen Speisen der türkischen Küche zu setzen.

Heute überwiegen in der türkischen Gastronomie in Deutschland demzufolge klar die Imbisslokale, die vor allem auf den Verkauf des Döners setzen, nichtsdestotrotz ist eine gewisse Vielfalt vorhanden. In München setzt beispielsweise die Gaststätte „Keko“ auf türkische Gerichte, die an die deutschen Geschmacksvorlieben angepasst werden (z.B. Bratensoße zu gegrilltem Fleisch), das „Türkisch“ wiederum will sich unter dem Motto „*Don't call it a Döner*“ bewusst von der den deutschen Essgewohnheiten entsprechenden Zubereitung des Döners mit Blattsalat und Kraut abgrenzen und bietet diesen unter anderem mit Grillgemüse an.

Dass auch aktuelle Diskussionen zum Thema Essen und seinen unterschiedlichen Zubereitungsarten stattfinden, zeigt der Podcast „Çay mal ehrlich“ von Şahika Tetik (der Enkelin des in M3 erwähnten Mithat Sönmezler) und Hülya Weller. Bei mehreren Gläsern türkischem Schwarztee besprechen die Freundinnen unterschiedliche Aspekte des Lebens und Aufwachsens zwischen zwei Kulturen. Zwei Folgen des Podcasts befassen sich speziell mit der türkischen Küche und Esskultur. Hierbei wird deutlich, dass es nicht die „eine“ Küche gibt, sondern dass sich Essen gerade durch Vielfalt auch innerhalb einer Kultur auszeichnet. Gleichzeitig zeigen die beiden Frauen, wie sehr das Essen uns mit Erinnerungen in Verbindung bringt und dadurch ein zentraler Marker von Kultur ist.



LITERATUR

Zur italienischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland bzw. München:

Maren Möhring: Gastronomischer Tourismus. Zur Geschichte des ausländischen Gaststättengewerbes in München, in: Vivienne Marquart/Clara Sterzinger-Killermann (Hg.): *Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie*, München 2020, S. 27-38, hier S. 35-38.

Livia Novi: Nur Pizza, Pasta und Sonne? Italienische Gastronomie in München zwischen ethnic performance und postmigrantischer Entwicklung, in: Vivienne Marquart/Clara Sterzinger-Killermann (Hg.): *Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie*, München 2020, S. 73-88.

Zur türkischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland bzw. München:

Maren Möhring: Die türkische Gastronomie in der Bundesrepublik. Eine Migrations- und Konsumgeschichte, in: „Heimatkunde“ der Heinrich-Böll-Stiftung, November 2011, <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/11/18/die-t%C3%BCrkische-gastronomie-der-bundesrepublik-eine-migrations-und-konsumgeschichte> [Stand: 30.05.2022].

Clara Sterzinger-Killermann: Vom Döner zum Kebab – der Stand der türkischen Küche in München, in: dies./Vivienne Marquart (Hg.): *Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf! Münchens migrantisch geprägte Gastronomie*, München 2020, S. 62-72.



LESESTOFF



Zwei Kugeln süß-sauer mit scharf!

Münchens migrantisch geprägte Gastronomie

Das Buch ist bestellbar unter: www.allitera-verlag.de

Der Sammelband gibt Einblicke in Münchens große Auswahl an internationalen Restaurants, Cafés und Imbissen. Aufsätze, die unter anderem die italienische, türkische, griechische und jugoslawische Gastronomie in München beleuchten, zeigen das vielfältige Angebot weltweiter Speisen in München auf – und somit den bereichernden Einfluss der Migrant*innen, die eine Vorreiterrolle bei dieser kulinarischen Vielfalt einnehmen, da sie verschiedenste Esskulturen nach München bringen und dem hiesigen Geschmack anpassen. Der Band ist Teil der Reihe Beiträge zur „Münchener Migrationsgeschichte“, die das Stadtarchiv München, das Münchner Stadtmuseum und der Allitera Verlag gemeinsam herausgeben.

Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte – am Beispiel Münchens (bis 1945)

von Michael Stephan



Von etwa 6.100 Straßennamen in München kann man in 80 Fällen den namensgebenden Persönlichkeiten einen „Migrationshintergrund“ zusprechen. Seit 1899 erinnert in Schwabing-West eine Straße (hier das Schild an der Farinelli-Grundschule) an den italienischen Sänger Farinelli, geboren als Carlo Broschi (1705–1782), der in den Jahren 1728 und 1729 Gastspiele in München gegeben hat.

Foto: Stadtarchiv München, FS-STR-1764

MIGRATION ALS HISTORISCHES THEMA

Der Begriff „Migration“ wird in der Regel als aktuelles gesellschaftspolitisches Phänomen betrachtet, hat aber in letzter Zeit auch als historisches Thema verstärkt Konjunktur gewonnen. Doch die Geschichte der Migration setzt, egal ob man Deutschland als Ganzes oder ein Bundesland wie Bayern oder – wie in diesem Beitrag – nur eine Stadt wie München¹ in den Blick nimmt, meist erst **nach** dem Zweiten Weltkrieg an und wird dabei in vier unterschiedliche Phasen eingeteilt.

München spielt zunächst nach 1945 bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen eine wichtige Rolle, wobei in unserem Zusammenhang ein besonderes Augenmerk auf die „*Displaced Persons*“ fällt, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten oder wollten.² Die große Gruppe der Ukrainer, von denen 1947 etwa 6000 in München lebten, haben hier ein besonderes Verhältnis zu München entwickelt.³ München wurde zudem für lange Zeit ein Standort für amerikanische Soldaten und somit eine wichtige Drehscheibe im Kalten Krieg.

Dann folgt die Phase der so genannten Gastarbeiter, die seit Mitte der 1950er Jahre vom „Wirtschaftswunderland“ Deutschland gezielt mit der Aussicht auf bessere Lebensbedingungen angeworben wurden.⁴ Das erste Anwerbeabkommen wurde 1955 mit Italien geschlossen, es folgten weitere mit Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968), bis 1973 ein Anwerbestopp verfügt wurde.⁵

.....

- 1 Vgl. Ursula Eymold/Andreas Heusler (Hg.): Migration bewegt die Stadt. Perspektiven wechseln (Münchner Beiträge zur Migrationsgeschichte 1), München 2018. Die neue Publikationsreihe, die aus einem seit 2015 etablierten gemeinsamen Projekt von Münchner Stadtmuseum und Stadtarchiv München entstanden ist und in der mittlerweile vier Bände erschienen sind, belegt, dass das Thema Migration in den beiden Münchner Gedächtniseinrichtungen seinen festen Platz gefunden hat.
- 2 Vgl. Angelika Fox: Flüchtlinge und Vertriebene in München nach 1945, in: Angela Koch (Hg.): Xenopolis. Von der Faszination und Ausgrenzung des Fremden in München, München 2005, S. 307–312; Jutta Fleckenstein/Tamar Lewinsky (Hg.): Von da und dort – Überlebende aus Osteuropa (Erster Teil der Ausstellung „Juden 45–90“ im Jüdischen Museum München), München 2011.
- 3 Vgl. Reinhard Heydenreuter: Ukrainer in München, in: Koch (wie Anm. 2), S. 313–318.
- 4 Vgl. Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: „Für 50 Mark einen Italiener“. Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000; Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: Gastarbeiter – „Wir waren da und von Gott verlassen“, in: Koch (wie Anm. 2), S. 335–350.
- 5 Vgl. Philip Zölls: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regierungspolitiken (Münchner Beiträge zur Migrationsgeschichte 2), München 2019.

Einen dritten Abschnitt bildet die Phase nach 1990, als mehr als 200.000 so genannte „jüdische Kontingentsflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland kamen. Dies vergrößerte nicht nur die jüdische Gemeinschaft auch in München, sondern hat sie maßgeblich gewandelt.⁶

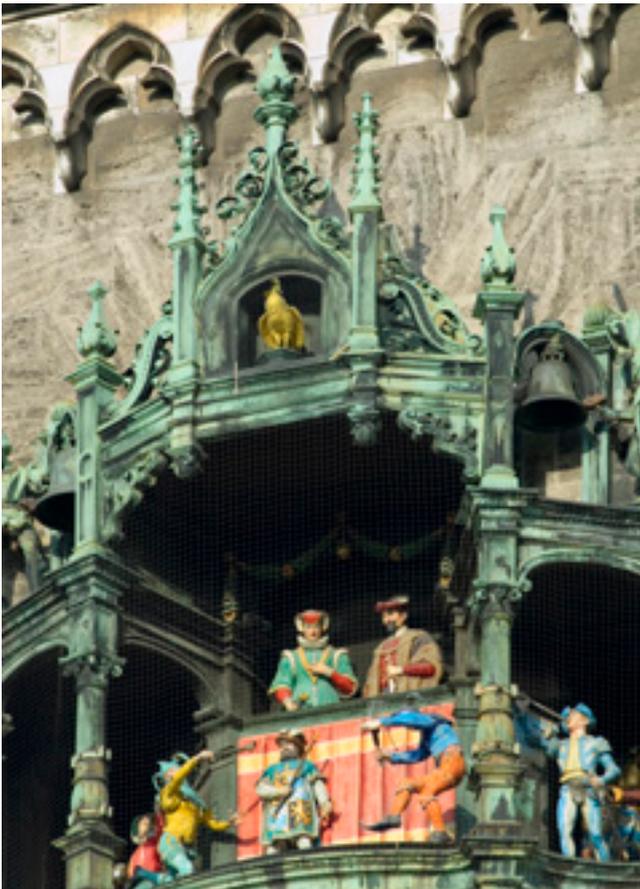
Die bislang letzte Phase ist bis heute ganz aktuell von der Aufnahme vieler Flüchtlinge aus aller Welt geprägt, die hier Asyl suchen.⁷

Aufgrund dieser historischen Tatsachen der letzten 75 Jahre ist Deutschland, ist Bayern – auch wenn dies lange geleugnet wurde – ein Einwanderungsland geworden. Heute leben in München 27,6 % Ausländer aus über 190 Ländern. Zählt man die Münchnerinnen und Münchner hinzu, die über eine deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, aber einen Migrationshintergrund haben, dann beträgt die Quote der Bürger mit ausländischen Wurzeln 43,1 % (Stand: Juli 2020). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts präsentiert sich die Bevölkerung hier als ein buntes Gemisch unterschiedlichster Ethnien, Volkszugehörigkeiten, Religionen, Sprach- und Kulturwelten. Die Vielgestaltigkeit der Lebenswirklichkeiten in unserem Land – und somit auch in unserer Stadt – ist eine Tatsache, die unumstößlich und unumkehrbar ist.

Die Geschichte der Stadt München ist aber auch in der Zeit bis 1945 von Migration geprägt, und wenn dies vielleicht auch nicht so deutlich der Fall sein mag wie nach 1945, so ist in ihren Ausprägungen dennoch ein Kontinuum zu erkennen. Im Folgenden werden einige historische Tatsachen und Entwicklungen der Münchner Stadtgeschichte seit der zweiten Hälfte des 16. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts exemplarisch unter dem Aspekt der Migration beleuchtet, wobei der Schwerpunkt auf die so genannten „Welschen“ in München gesetzt wird und weitere Migrationsgeschichten eher cursorisch erzählt werden.⁸

.....

- 6 Vgl. Jutta Fleckenstein/Piritta Kleiner (Hg.): Von ganz weit weg – Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (Zweiter Teil der Ausstellung „Juden 45–90“ im Jüdischen Museum München), München 2012.
- 7 Vgl. Florian Fritz: Zwischen Wartesaal und neuer Heimat. Problemlagen und Lebensperspektiven von Flüchtlingen in München, in: Koch (wie Anm. 2), S. 357–370; vgl. die Rückblicke zum „Flüchtlingsherbst 2015“ in der Süddeutschen Zeitung vom 30. August 2020 („Bewegende Begegnungen am Hauptbahnhof“) und vom 31. August 2020 („Die schaffen das – Was aus den Flüchtlingen von 2015 wurde“).
- 8 Vgl. zum Folgenden: Michael Stephan: Zwischen Türkengraben und Gleis 11. Skizzen zur Münchner Migrationsgeschichte, in: Hans-Joachim Hecker/Andreas Heusler/Michael Stephan (Hg.): Stadt, Region, Migration. Zum Wandel urbaner und regionaler Räume (Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichte 42), Ostfildern 2017, S. 15–40 (mit weiterführenden Hinweisen und Abbildungen).



Glockenspiel am Neuen Münchner Rathaus mit der Darstellung der Hochzeit Herzog Wilhelms V. und Renata von Lothringen im Jahr 1568
Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: Dirk v. Mallinckrodt



Gedenktafel für Alexander Marchese von Maffei, Befehlshaber des bayerischen Heeres an der Residenzstraße 6 am heutigen Marienhof
Foto: Michael Stephan

„WELSCHER“ IN MÜNCHEN

Ein wichtiger Faktor, der in München die Migration beförderte, war die Heirats- und Personalpolitik des bayerischen Hofes, was immer auch für Konflikte und Spannungen mit der Bürgerschaft sorgte. München war erst Anfang des 16. Jahrhunderts unter Herzog Albrecht IV. zur Haupt- und Residenzstadt des wiedervereinigten Herzogtums Bayern und damit zum wichtigsten fürstlichen Zentralort des Landes geworden. Der Ausbau der Residenz vor allem unter Herzog Maximilian I. (1598–1651, seit 1623 Kurfürst), damals neben dem Kaiser der mächtigste deutsche Fürst, ist sichtbares Zeichen dieser neuen Stellung Münchens, die den Besuchern der Stadt demonstrierte, dass sie neben Rom, Wien und Madrid inzwischen zu den Mittelpunkten der katholischen Welt gehörte.

Der Machtzuwachs der erstarkten bayerischen Fürsten zeigte sich auch in ihrer Attraktivität für ausländische Prinzessinnen. Im Jahre 1568 heiratete Herzog Wilhelm V. (1548–1626) Renata (1544–1602), die Tochter von

Herzog Franz I. von Lothringen; Kurfürst Ferdinand Maria (1636–1679) heiratete 1652 Henriette Adelaide (1636–1676), die Tochter von Herzog Viktor Amadeus I. von Savoyen; und ihr gemeinsamer Sohn Max Emanuel (1662–1726) nahm in zweiter Ehe Therese Kunigunde (1676–1730), die Tochter von König Johann III. Sobieski von Polen (1629–1696), zur Frau. Alle diese Bräute brachten jeweils ein kleines Gefolge aus ihrer Heimat mit nach München, die von den Einheimischen wegen ihrer romanischen Sprache generell als „Welsche“ tituliert wurden, wobei der Ausdruck sowohl in neutraler als auch in abwertender Weise verwendet wurde. Die Lothringer kamen mit Renata, die Italiener mit Henriette Adelaide (deren Anteil an Hofdamen betrug 27 %), die Franzosen (36%) und Polen (5 %) hingegen mit Therese Kunigunde. Im Gefolge waren auch Priester oder Mönche (als Beichtväter), Schneider, Köche und viele andere mehr. Zusätzlich versuchten ausländische Adelige im Schlepptau der Bräute ihr Glück zu machen. Wenn es nicht möglich war, direkt am Hof eine Anstellung oder zumindest eine bezahlte



Kurfürst Ferdinand Maria und Kurfürstin Henriette Adelaide aus Savoyen (Kupferstich um 1660)
Abbildung: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Aufgabe zu finden, ließ man sich in der direkten Nachbarschaft zur Münchner Residenz nieder. Das Kreuzviertel wurde zum Viertel der Adelspalais, und schaut man sich die Namen der Besitzer an, die im weiteren Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts dort eingezogen sind, könnte man auch flapsig von Münchens „Little Italy“ sprechen: Arco, Simeoni, Minucci, Rambaldi, Porcia, Spreti, Piosasque, Nogarola, Pistorini, Capri, Vacchieri, Cetto, Guidobono-Cavalchini, Triva, Pocci und Maffei. Einige machten steile Karrieren in der bayerischen Armee wie z.B. Alessandro Marchese di Maffei (1662–1730) oder Fabricius von Pocci (1766–1844), der Vater des berühmten „Kasperlgrafen“ Franz von Pocci.

Über den herzoglichen bzw. kurfürstlichen Hof kamen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auch viele Künstler aus Italien nach München. Im Bereich der Musik ist der bekannteste Name der in Italien geschulte Orlando di Lasso (1532–1594); er trat 1557 als Musiker in bayerische Dienste und wurde 1563 Leiter der Münchner Hofkapelle; 1558 heiratete er die Münchnerin Regina Wagginger, mit der er viele Kinder hatte. Im Bereich der bildenden Kunst traf man in dieser Zeit in München viele florentinische bzw. florentinisch geschulte Künstler an. Zu diesen gehörten Hubert Gerhard, Friedrich Sustris oder Carlo Cesare del Palagio.

Einen erneuten Kulturaufschwung bewirkte dann Henriette Adelaide aus Savoyen. Als sie 1652 in München einzog, kam mit ihr auch der italienische Barock in die durch



Die im Jahre 1662 errichtete Theatinerkirche, 2020
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Robert Haas

den Dreißigjährigen Krieg stagnierende und schon wieder etwas verschlafene Residenzstadt München. Sie versammelte viele italienische Künstler, Baumeister und Musiker um sich und wirkte in vielerlei Hinsicht anregend auf das kulturelle Leben. 1657 öffnete das von Francesco Santurini gebaute erste Opernhaus am Salvatorplatz seine Pforten. Es war der erste selbständige Theaterbau Deutschlands. Von nun wurde auch die italienische Oper unter dem Hofkomponisten Ercole Bernabei in München heimisch. Im Grunde kamen damals alle Sängerinnen und Sänger aus Italien.

Markantestes Beispiel der Italienisierung und Barockisierung Münchens ist die Theatinerkirche St. Kajetan, die zum Dank für die Geburt des Thronfolgers Max Emanuel ab 1662 errichtet wurde. Baumeister war der aus Bologna stammende Agostino Barelli, der sich weitgehend am Vorbild der römischen Theatinerkirche San Andrea della Valle orientierte. An dieser Kirche arbeiteten sich gleich mehrere Architekten und Baumeister ab: Antonio Spinelli, Enrico Zucalli, Giovanni Nicoló Perti sowie Giovanni

Antonio Viscardi, und erst 100 Jahre nach Kirchenweihe 1675 vollendeten Vater und Sohn François de Cuvilliés die Fassade im Rokoko-Stil. In die barocken Bauplanungen bezog man mehr und mehr (nach italienischem Vorbild) auch den ländlichen Bereich um München mit ein. So ließ Kurfürst Ferdinand Maria für seine Frau nach dem Vorbild der Villa Reale in Turin von Agostino Barelli Schloss Nymphenburg bauen.

Viele der am Hof angestellten ausländischen Künstler, Handwerker und Gewerbetreibenden standen unter Hofschutz. Dieser sicherte ihnen die Befreiung von bürgerlichen Pflichten und allen steuerlichen Abgaben an die Stadt zu und verschaffte ihnen viele weitere Vorrechte wie die Befreiung vom Zunftzwang. Das sorgte natürlich oft für Neid und böses Blut unter den einheimischen bürgerlichen Kollegen.

Dafür nur ein Beispiel: Als in der Nacht vom 9. auf den 10. April 1674 durch die Unachtsamkeit einer französischen Kammerfrau in der Residenz ein großer Brand ausbrach, konnten sich die Kurfürstin Henriette Adelaide, ihre Kinder und ihre Entourage nur mit knapper Not retten. Der Brand beendete für einige Zeit die Theater- und Opern-Vergnügungen. Die damalige Reaktion der Münchner Bevölkerung klingt nicht unbedingt wie aus fernen Tagen: „Das Feuer erlosch, nicht aber, wie uns der Marquis de Beauveau als Augenzeuge berichtet, der Hass des Volkes gegen die Fremden. Die Münchner verlangten nicht nur, dass man die Ausländer alle verbanne, sondern auch, dass die Veranlasserin des Brandes selbst – Mademoiselle de la Perouse – den Flammen überliefert werde. Das war nur eine der vielen Äußerungen des Hasses gegen die Welschen bei Hofe, die man beschuldigte, das Land auszusaugen und derartige Reichtümer nach Italien zu schleppen, dass ihre Landsleute fast geglaubt, das Geld müsse in Bayern auf den Bäumen wie Blätter wachsen.“⁹

Trotz dieser Ressentiments hat man sich in München damals nicht völlig gegen alles „Fremde“ und Ausländische abgeschottet. Eine wichtige Quelle dafür ist das „Bürgerrechts-Register der Stadt München“ der Jahre 1450 bis 1745.¹⁰ Danach wurde allein zwischen 1600 und 1700 an 15 Savoyarden und an 31 Italiener das Münchner Bürgerrecht verliehen. Allerdings handelte der Münchner Stadtrat bei den Bürgerechtsaufnahmen oft auf Druck der wirt-

telsbachischen Stadtherren. Dadurch gelangten auch neue Familien mit Migrationshintergrund zu Patrizierstatus und zu einem Bürgermeisteramt, so z.B. Matthias Barbier (1673), Johann Maximilian von Alberti (1695) oder Max Joseph Vacchieri (1715).¹¹

1780 waren von 58 Münchner Kaufleuten nicht weniger als 34 Ausländer, darunter die Familien Cler, Ossinger, Brentano, Fimal, Ruffini, Massari, Morassi, Pasqual, Divora, Maffei, Sabbadini oder Tambosi, um nur einige zu nennen. Viele dieser Familiengeschichten lesen sich wie erfolgreiche Aufsteigergeschichten, und deren Angehörige zählten oft schon ab der zweiten Generation zu den einflussreichen Persönlichkeiten dieser Stadt.

DREI EXEMPLARISCHE AUFSTIEGERGESCHICHTEN

Die aus Trient stammende Familie Dall’Armi besaß um 1800 eines der bedeutendsten Handelshäuser in München. Andreas Michael (seit 1792: von) Dall’Armi (1765–1842) legte im Jahr 1786 mit der ersten Ehe mit Maria Elisabeth Nockher, Erbin einer aus Tirol stammenden Bankiersfamilie in München, sogar den Grundstock für das zeitweilige Alleinstellungsmerkmal der beiden Häuser am Finanzplatz München.¹² Andreas von Dall’Armi ist aber nicht als erfolgreicher Geschäftsmann in Erinnerung in der Münchner Stadtgeschichte geblieben, sondern dadurch, dass er im Oktober 1810 als Major der Nationalgarde das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig mit der sächsischen Prinzessin Therese organisiert hat; er gilt daher als einer der Begründer des alljährlichen Oktoberfestes auf der Theresienwiese. Dafür erhielt er 1824 als erster Münchner die damals neu eingeführte Goldene Bürgermedaille der Stadt.

Auch Johann Baptist (seit 1837: von) Zenetti (1785–1856), Regierungspräsident und 1847 kurzzeitig Innenminister, kann als Musterbeispiel einer durch wirtschaftlichen Aufstieg gelungenen Integration einer nach Bayern eingewanderten Familie bezeichnet werden. Sein Vater war noch als Giovanni Battista Zanetti aus Ravaschetto nach Schwaben gekommen und führte ab 1764 in Wer-

.....

11 Vgl. Anton Fischer: Die Verwaltungsorganisation Münchens im 16. und 17. Jahrhundert, Diss. masch., München 1951, v.a. Abschnitt B: Die Bürgermeister, S. 109–128, sowie Tabelle IV: Mitglieder des Äußeren Rats 1560–1720 (mit Benennung der Bürgermeister); ders.: Die Verwaltungsorganisation Münchens im 18. Jahrhundert, maschinenschriftliches Manuskript, München 1956, v.a. S. 25 ff.: Die Bürgermeister, im Anhang, S. 202 ff.: Listen der Bürgermeister 1720–1803.

12 Vgl. Richard Bauer: Die Münchner Bankiersfamilie Nockher und ihr Familienbild von 1791, in: Oberbayerisches Archiv 144 (2020), S. 75–102.

.....

9 Karl Trautmann: Italienische Schauspieler am bayerischen Hofe, 1887, S. 252 f.

10 Stadtarchiv München, Einwohneramt 186/1–4.



Plan der Theresienwiese; Beilage aus „Das Pferderennen zur Vermählungs-Feier seiner Königlichen Hoheit des Kron-Prinzen“, 1810, von Andreas von Dall'Armi
Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-HV-BS-C-02-19

tingen eine erfolgreiche Handelsgesellschaft. Von Zenetti sind handschriftliche Lebenserinnerungen überliefert, in denen er in der Beschreibung seines Vaters (der zu Lebzeiten immer als „Welscher“ bezeichnet wurde) gerade diesen integrierenden Effekt besonders betont: „Wiewohl er mit den Seinigen nur italienisch sprach, so konnte er doch so gut deutsch, dass man in ihm kaum den Italiener gewahr wurde, sprach er nur den schwäbischen Dialekt.“¹³ Auch die Söhne Zenettis machten sich in München einen Namen: Arnold (1824–1891) wurde Stadtbaurat, Benedikt (1821–1904) war Abt des Münchner Klosters St. Bonifaz. Und Schwester Caroline (1825–1896) ist die Ahnin des späteren Münchner Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel (1926–2020).

Und auch in der Herkunft des Münchner Stadtarchivars Ernst von Destouches (1843–1916) verbirgt sich eine

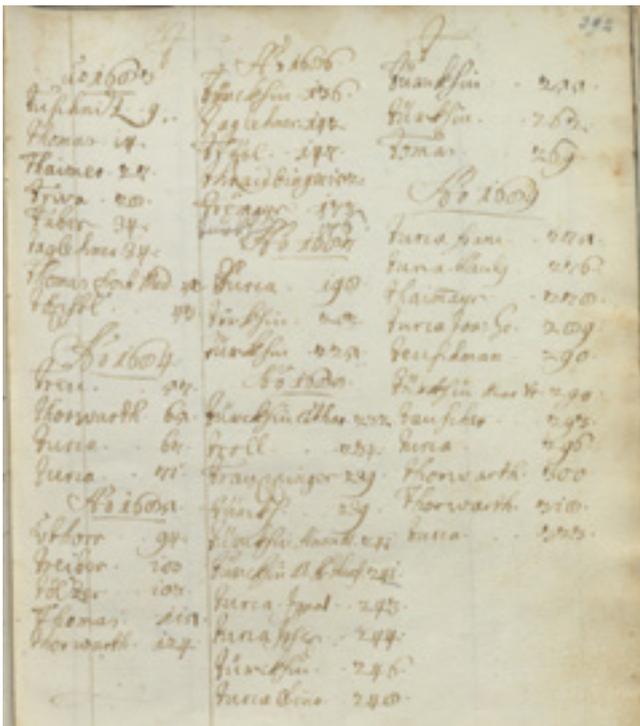
Zuwanderungs- und Aufstiegsgeschichte.¹⁴ Sein Ururgroßvater Claudius Destouches (1691–1741) kam zu Beginn des 18. Jahrhunderts als Perückenmacher aus Frankreich nach München und fand eine Stellung als Kammerdiener des bayerischen Kurfürsten. Der Urgroßvater Joseph Anton Claudius Destouches (1732–1795) war bereist studierter Jurist und brachte es bis zum Hofkammerrat. Der Großvater Joseph Anton (1767–1832), ebenfalls Jurist, wurde als Mitglied des Inneren Rats vom Kurfürsten 1787 ins Patriziat erhoben und führte das Adelsprädikat „von“. Der Vater Ulrich (1802–1863) war Redakteur und Schriftsteller, vor allem aber erster städtischer Bibliothekar und erster Stadtchronist, und damit auch der direkte Vorgänger seines Sohnes Ernst.

.....
14 Vgl. Brigitte Huber: Ernst von Destouches (1843–1916). Stadtchronist, Stadtarchivar und Gründer des Münchner Stadtmuseums, in: Oberbayerisches Archiv 142 (2018), S. 53–87.

.....
13 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Familienarchiv Zenetti 1.

ERSTE TÜRKEN IN MÜNCHEN

Im Gefolge der Feldzüge, die Kurfürst Max Emanuel an der Seite des Kaisers gegen das türkische Heer auf dem ungarischen Kriegsschauplatz bis 1688 führte, wurden rund 1000 türkische Gefangene (darunter auch Frauen und Kinder) nach Bayern, insbesondere nach München, verbracht.¹⁵ Sie wurden zunächst in Kasernen untergebracht und zu Fabrikarbeit, Rodungen und Kanalbau eingesetzt. Am kurfürstlichen Hof und in vielen Adelshäusern waren junge Türken als Pagen und als Dienstpersonal, z.B. als Sänftenträger, beschäftigt. Adel, Bürgerschaft und Geistlichkeit bemühten sich auch, die muslimischen Gefangenen bzw. Bediensteten zum christlichen Glauben zu führen. Die Münchner Taufbücher verzeichnen die Taufen von jüngeren und älteren Türken in erheblicher Zahl. Nach dem Friedensschluss 1699 durften die türkischen Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Von einem der Türken, die in München blieben, wissen wir mehr. Er hatte mit Kurfürst Max Ema-



Im Taufbuch der Pfarrei in St. Peter in München von 1683 bis 1689 finden sich im Register zum Buchstaben T zahlreiche „Turca“ oder „Türckhin“.
Abbildung: AEM Matrikeln 8953

15 Vgl. Michael Stephan: Münchens erste Türken – und ein damit verbundenes Missverständnis, in: Turmschreiber 34 (2016), S. 49–51. Das „Missverständnis“ bezieht sich auf die falsch von den Türken abgeleiteten Bezeichnungen wie Türkengraben, Türkenstraße etc.; vgl. auch das Kapitel „Kein Krieg ist heilig! Von Türken und Turquerien“ in: Stefan Jakob Wimmer: München und der Orient, Lindenberg im Allgäu 2012, S. 64–93.

nuel einen prominenten Taufpaten und hieß nach seiner Taufe durch einen Pfarrer von St. Peter am 18. August 1684 Anton Achmet. Auf Befehl des Kurfürsten vom 1. Januar 1688 erhielt er im Hofstall als Maultierknecht seine erste Anstellung. In dem vom Hofzahlamt geführten Besoldungsbuch (eine wichtige Quelle nicht nur für die ausländischen Hofbediensteten) wird er zum Jahr 1688 mit dem Namen „Anthoni Machomet“ eingetragen – „ein gewester Türkh, anjetzt aber ein Christ“.¹⁶ Anton Achmet taucht noch zweimal in den Pfarrmatrikeln von St. Peter auf: bei seiner Hochzeit mit der Münchnerin Kunigunde Ertman am 12. Januar 1688 und bei seinem Tod am 17. April 1727.¹⁷

ERSTE GRIECHEN IN MÜNCHEN

Die Existenz einer ersten kleinen griechischen Bevölkerungsgruppe in München verdankt sich dem Philhellenismus König Ludwigs I. (regierte 1825–1848), der die Griechen in ihrem Freiheitskampf gegen die Türken aktiv unterstützte und Kinder von gefallenen griechischen Freiheitskämpfern in München erziehen ließ. Nachdem auch Kinder vermöglicher Griechen zur Ausbildung nach München geschickt wurden, lebten bei Jahresende 1828 schon 40 Kinder und Jugendliche in der Stadt, die in einem griechischen Erziehungsinstitut oder im Kadettenkorps unterrichtet wurden. Den Religionsunterricht erteilte ein griechisch-orthodoxer Geistlicher. Von 1826 bis 1844 studierten fast 100 griechische Studenten an der Münchner Universität, die später z.T. wieder nach Griechenland zurückkehrten, das von 1832 bis 1862 von Ludwigs Sohn Otto als König regiert wurde, und am Aufbau ihres Landes mitwirkten.¹⁸ Schon 1828 bestimmte Ludwig I. die Kirche St. Salvator zum Gottesdienstort der griechischen Kirche, die noch heute den Namen „Griechische Kirche zum Erlöser“ trägt und von der griechisch-orthodoxen Kirchengemeinde genutzt wird.¹⁹

16 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kurbaiern, Hofzahlamt Nr. 726, S. 158.

17 Vgl. Markus Krischer: Der Mann aus Babadag. Wie ein türkischer Janitschar 1683 nach München verschleppt und dort fürstlicher Sänftenträger wurde, Stuttgart 2014; zur weiteren Geschichte der Türken in München: Andreas Heusler: Vom Türkengraben (1702) zum Anwerbeabkommen (1961). Meilensteine einer bayerisch-türkischen Beziehungsgeschichte, in: Eymold/Heusler (wie Anm. 1), S. 26–33.

18 Vgl. Konstantin Kotsowilis: Die griechischen Studenten in München unter König Ludwig I. von Bayern (von 1826 bis 1844). Werdegang und späteres Wirken beim Wiederaufbau Griechenlands, München 1995.

19 Vgl. ders.: Die Griechische Kirche in München als Gotteshaus zum Erlöser, Gemeinde der Hellenen und Mittelpunkt des Bayerischen Philhellenismus, München 1998; Jürgen Kielisch: Die Geschichte der griechisch-orthodoxen Kirchengemeinde zum Erlöser in München 1828–1944 (Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte 8), Hamburg 1999.



Die seit 1828 der griechisch-orthodoxen Gemeinde überlassene Salvatorkirche in der Münchner Innenstadt, 2018
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotografin: Veronica Laber

WEITERE MIGRATIONSGESCHICHTEN

Man könnte in diesem Zusammenhang noch viele Migrationsgeschichten über München erzählen – von ganzen Volksgruppen oder von Schicksalen einzelner Ausländerinnen und Ausländer. Dazu gehören berühmte Einzelpersonlichkeiten wie die englische Ordensschwester Mary Ward (1585–1645), die unter der Protektion von Kurfürst Maximilian I. von Bayern ein Kloster der Englischen Fräulein aufbaute und damit die erste Bildungsanstalt für Mädchen in München aufbaute. Oder man denke an den Amerikaner Benjamin Thompson (1753–1814), der in München als Graf Rumford „Rezepte für ein besseres Bayern“ ersann.²⁰

20 Vgl. Thomas Weidner (Hg.): Rumford. Rezepte für ein besseres Bayern (Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum), München 2014.

Zu dem Faszinosum, aber auch zu der Irritation, die das „Fremde“ oft auslöst, gehört auch die Geschichte der Lola Montez, der „spanischen Tänzerin“, und ihr Liebesverhältnis zu König Ludwig I., das zu heftigen Reaktionen in der Münchner Gesellschaft führte und letztendlich dem König 1848 den Thron kostete.²¹

Auch Erfolgsgeschichten von nicht ganz so berühmten Personen müssten zur Sprache kommen – wie die von Peter Paul Sarcletti, der 1879 sein erstes selbstgemachtes Speiseeis in München verkauft hat. Heute verkauft die Familie Sarcletti in vierter Generation immer noch Eis – seit 1921 am Rotkreuzplatz in Neuhausen.

21 Vgl. Angela Koch: Die Maskeraden der Lola Montez, in: dies. (wie Anm. 2), S. 67–70; vgl. zuletzt: Marita Krauss: „Ich habe dem starken Geschlecht überall den Fehdehandschuh hingeworfen“. Das Leben der Lola Montez, München 2021.



Eine sehr bekannte Migrantin: Lola Montez (Stahlstich von Auguste Hüssener)
Abbildung: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv

Ganz wichtig für den baulichen Ausbau der Stadt München zwischen 1860 und 1914 waren die Ziegelerbeiter aus dem Friaul, von denen jährlich etwa 3.000 saisonal im Münchner Osten beschäftigt waren und immerhin ein Drittel des ersten katholischen Arbeitervereins in München ausmachten.²²

Ein eigenes Kapitel wären die Studierenden, Künstler und auch Revolutionäre, die aus dem Russischen Reich (und vielen anderen europäischen Ländern) zwischen 1890 und 1914 nach München kamen und das ihre zum mythischen Schmelztiegel Schwabing beitrugen.²³

22 Vgl. Fritz Lutz: Die friaulischen Ziegelerbeiter im Münchner Osten, 1994; Ulla-Britta Vollhardt: „Die Italiener werden hierher geliefert wie die Orangen“. Italienische Ziegelerbeiter in München zwischen 1871 und 1914, in: Koch (wie Anm. 2), S. 161-178.

23 Vgl. Dirk HeiBerer: Fremde in Schwabing – Schwabing als Fremde, in: Koch (wie Anm. 2), S. 149-152; Ulla-Britta Vollhardt: Im Auge des Gesetzes. Revolutionäre, Studierende und Künstler aus dem Russischen Reich in München 1890-194, in: Koch (wie Anm. 2), S. 161-194; Antonia Voit (Hg.): Ab nach München! Künstlerinnen um 1900 (Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum), München 2014; zu „Schwabing als Lebensgefühl und Mythos“: Michael Stephan/Willibald Karl: Schwabing, München 2015, S. 58 ff.

Ein weiteres, in den letzten Jahren gut erforschtes Kapitel in der Migrationsgeschichte und damit der Stadtgeschichte Münchens ist schließlich der Zwangsarbeitereinsatz während des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 100.000 Ausländer – Männer, Frauen und auch Kinder – aus 25 Nationen und Volksgruppen arbeiteten unfreiwillig zwischen 1939 und 1945 im Raum München.²⁴

FAZIT

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge definiert Migration wie folgt: „Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.“²⁵ Um diese internationale Migration ging es auch in den angeführten historischen Beispielen, konkret aber nur um den Teil der Einwanderung, also den Zuzug nach München. Von den vielfältigen Formen der Migration tauchten in den historischen Skizzen zu Münchens Migrationsgeschichte ganz unterschiedliche Beispiele auf. Die „Verlagerung des Lebensmittelpunktes“ konnte freiwillig geschehen (durch Heirat, Studium oder Arbeit) oder unfreiwillig (durch Flucht, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft oder Zwangsarbeit).

Ein Kontinuum bei allen Geschichten ist immer auch das nie einfache Verhältnis zwischen Migrantinnen und Migranten einerseits und einheimischer Bevölkerung andererseits, über das sich ein konstanter Spannungsbogen zwischen Anpassungsbereitschaft, Integration und Ablehnung spannt. Doch eines kann man in jedem Fall konstatieren: Stadtgeschichte ist immer auch Migrationsgeschichte! 🍌

24 Vgl. Andreas Heusler/Mark Spoerer/Helmuth Trischler (Hg.): Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. Im Auftrag von MTU Aero Engines und BMW Group (Perspektiven 3), München 2010; Andreas Heusler: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München 1), München 1996; Elisabeth Bösl/Nicole Kramer: „Fremd“-Arbeit. Zum Zwangsarbeitereinsatz in München 1939-1945, in: Koch (wie Anm. 2), S. 293-303.

25 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Minas. Atlas über Migration, Integration und Asyl, 8. Ausgabe, Nürnberg 2018 (1. aktualisierte Fassung: April 2020), S. 23 f.

Migrationsstadt München? Die bayerische Haupt- und Residenzstadt um 1900

von Andreas Heusler



Lehmgrube einer Ziegelei im Münchner Osten (Ölgemälde von Joseph Hahn, 1870); viele italienische Saisonarbeiter, sogenannte „transalpini“, fertigten während der Sommermonate für einen geringen Lohn Ziegel.

Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-8176

Stadt ist Migration. Und Migration bewegt die Stadt. Das ist heute so und war auch im ausgehenden 19. Jahrhundert stadtgesellschaftliche Realität in München – allerdings in einer weit geringeren Dimension als zu Beginn des 21. Jahrhunderts.¹

Dennoch: Die urbanen Veränderungen und sozioökonomischen Entwicklungen, die München damals zu einer modernen Metropole werden ließen, sind ohne die aktive Mitwirkung, ohne das tätige Engagement von Neubürger*innen nicht denkbar. Zuwanderung – verstanden in ihrer ganzen Breite sowohl als Binnen- wie auch als transnationale Mobilität – war nicht nur integraler Bestandteil der städtischen Wachstumsprozesse, sondern gleichsam auch deren Voraussetzung.

MODERNISIERUNG UND SOZIALE FRAGE

Folge der Urbanisierung war, dass sich München seit der Gründerzeit auch in eine Stadt der Gegensätze und Dissonanzen, in eine Stadt mit zugespitzter schichtenspezifischer Heterogenität und damit einhergehend problematischer sozialer wie politischer Verwerfungen verwandelte. Der atemberaubende Entwicklungsschub vom beschaulich-dörflichen und selbstzufriedenen „Isar-Athen“ um 1850 zur modernen, auch industriell geprägten Metropole im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zwang die Stadt mit einer gewissen Zeitverzögerung in all jene brisanten Problemfelder hinein, die für andere deutsche und mitteleuropäische Großstädte schon seit langem Normalität waren: Industrialisierung, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum, Wohnungsnot und Schlafgängertum, Bildungsnotstand, Verelendungstendenzen innerhalb einzelner Bevölkerungsgruppen, Herausbildung von Randgruppenmilieus in bestimmten Stadtvierteln, Gewaltkriminalität.²

.....
1 Vgl. dazu: Hans-Joachim Hecker/Andreas Heusler/Michael Stephan (Hg.): Stadt, Region, Migration – zum Wandel urbaner und regionaler Räume, Ostfildern 2017.

2 Dazu exemplarisch: Sybille Krafft: Zucht und Unzucht. Prostitution und Sittenpolizei im München der Jahrhundertwende, München 1996. Eine zahlengesättigte Zustandsbeschreibung der Stadt um die Jahrhundertwende bietet Gerhard Neumeier: München um 1900. Wohnen und Arbeiten, Familie und Haushalt, Stadtteile und Sozialstrukturen, Hausbesitzer und Fabrikarbeiter, Demographie und Mobilität – Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte einer deutschen Großstadt vor dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995.

SAISONALES ARBEITEN UND PREKÄRES WOHNEN

In seiner 1898 erschienenen Dissertation „Das Schlafstellenwesen in den deutschen Großstädten und seine Reform mit besonderer Berücksichtigung der Stadt München“ zog der Jurist Ernst Cahn eine ernüchternde Bilanz der Lebenssituation von sogenannten Unterprivilegierten um die Jahrhundertwende.³ Cahn, dem weiten Umfeld der bürgerlichen Sozialreformer und „Kathedersozialisten“ zuzurechnen, richtete in seiner Studie den Blick auch auf die „Fremden“ in der Stadt und rückte eine Gruppe in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit: italienische Ziegeleiarbeiterinnen und Ziegeleiarbeiter im Münchner Osten, deren unüberschaubar katastrophale Wohnsituation Cahn besonders beeindruckte: „[...] Betreten wir eine Ziegelei in Bogenhausen und sehen uns dort die Schlafstellenverhältnisse an. [...] Das Dach dieses Raumes hat einige fensterlose Dehnungen. Die Nachtkälte und die Hitze des Ofens haben zu diesem Raume ungehindert Zutritt. In diesem Raum schlafen 15 – 20 italienische Ziegeleiarbeiter. Der Luftraum pro Person freilich schien ziemlich genügend zu sein. Dagegen waren die Betten in unbeschreiblichem Zustand. Die Bettwäsche starrte vor Schmutz; sie



Ziegelei Hartl in Oberföhring, 1972; die Familie Hartl war eine der erfolgreichsten Familien im Münchner Ziegeleigeschäft. Der Stammvater Lorenz Hartl stieg vom Bauernsohn zum einflussreichen Lehmbaron auf.
Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-STB-2760

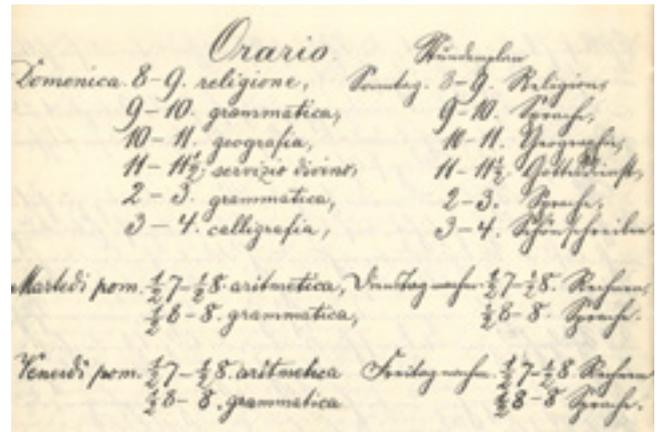
.....
3 Ernst Cahn: Das Schlafstellenwesen in den deutschen Großstädten und seine Reform mit besonderer Berücksichtigung Münchens, Stuttgart 1898.



Arbeitsordnung der Ziegelei Rattenhuber in Berg am Laim in italienischer Sprache, um 1904
 Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-BERG-087

war vielfach zerrissen und abgebraucht; Bettdecken waren nur ungenügend vorhanden. Die Bettstellen waren zum Teil morsch und halbverfallen. An Gebrauchsgegenständen, mit Ausnahme von ein paar Tischen, an jeglichen Wascheinrichtungen fehlte es gänzlich. Die Aborte waren von der Schlafstelle weit entfernt. Zur Aufbewahrung der Kleider etc. diente einem jeden lediglich sein armseliger Koffer. Die anderen Arbeiter waren an anderen Plätzen der Ziegelei untergebracht. Wo gerade ein unbenutzter Raum vorhanden war, da schliefen 4, 5, 6 und 10 Personen. Auch hier überall der gleiche Schmutz, die gleiche Verwahrlosung, der gleiche Mangel an Gebrauchsgegenständen wie im Trockenraum. [...].⁴

4 Ebd., S. 49 f.



Stundenplan für die Kinder italienischer Ziegeleiarbeiterinnen und Ziegeleiarbeiter, um 1898
 Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-SCHULA-2174

Für die örtliche und regionale Bauwirtschaft waren die *transalpini*, die während der Sommermonate im Akkord und für kleines Geld für die lokalen Lehmbauern schufteten und die für den Städtebau so wichtigen Ziegel fertigten, unverzichtbar. Im Arbeitsalltag und in der Entlohnung schlug sich diese Bedeutung nicht nieder. Cahns Bestandsaufnahme lässt keinen Zweifel daran, dass die italienischen Saisonarbeiter innerhalb der wachsenden Großgruppe proletarisch Unterprivilegierter ganz unten standen. Als weitgehend rechtlose Tagelöhner und als nur saisonal wahrgenommene Migrantengruppe, konnten sie als konkurrierende „Fremde“ kaum von der solidarischen Loyalität der erstarkenden deutschen Arbeiterbewegung profitieren. In den Genuss einer sich langsam entwickelnden Sozialgesetzgebung kamen die italienischen Arbeitsmigranten ohnehin nur zögerlich.⁵

BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR UND IDENTITÄTSBILDUNG

Die geballte Präsenz ausländischer Saisonarbeiter war freilich nur ein temporäres Phänomen. Überhaupt hatte Münchens dynamischer demografischer Strukturwandel in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende mit Zuzug aus dem Ausland nur wenig zu tun. Er war vielmehr eine Folge der zunehmenden Binnenmigration aus strukturschwachen bayerischen Landregionen. Transnationale Migrationsbe-

5 Zu den italienischen Ziegeleiarbeitern in München vgl. Erich Kasberger: Berg am Laim. Stadtrand und Spekulation, in: Friedrich Prinz/Marita Krauss (Hg.): München – Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1886 bis 1912, München 1988, S. 47–80, hier S. 74 ff.; Erich Kasberger/Winfried Eckhardt: LehmZiegelStadt. Der Rohstoff Lehm in der Münchner Stadtgeschichte, München 2008.

wegungen sind in München in markanter Ausprägung erst am Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Gleichwohl waren Migrantinnen und Migranten durchaus schon Teil des großstädtischen Alltags der 1870er Jahre – allerdings in einem überschaubaren Umfang. Eine erste Volkszählung, die auch nichtmünchner, nichtbayerische und nichtdeutsche Stadtbewohner*innen berücksichtigte, fand 1875 statt.⁶ Unter den knapp 181.200 in München gemeldeten Personen wurden 5.137 Männer und Frauen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ermittelt – dies entsprach einem Bevölkerungsanteil von 3,0 %. Die meisten von ihnen besaßen die österreichische Staatsangehörigkeit (3.461), gefolgt von Schweizern (568), Russen (324), Italienern (258), Briten (143), Franzosen (137) und Dänen (49).

Interessant und aufschlussreich ist vor diesem Hintergrund der Vergleich mit zwei anderen Großstädten: Hamburg und Leipzig. Während 1875 in München die überwältigende Mehrzahl der Bewohner*innen die bayerische Staatsangehörigkeit besaß (93,9 %) und nur 3,3 % „sonstige Deutsche“ gemeldet waren, lag deren Anteil in Leipzig bei 22,9 % und in Hamburg sogar bei 33,0 %. Diese Zahlen sind ein aussagekräftiger Indikator für eine bemerkenswert homogene, stark bayerische geprägte Münchner Stadtbewölkerung zu jener Zeit und ein erster Hinweis auf eine charakteristische stadtesellschaftliche Identitätsbildung, die zumindest für die 1870er Jahre dominant ist. Das schon damals gern gerne kolportierte Bild vom altbayerischen Biermekka München, einer Stadt in behaglicher Ruhe und innerer Harmonie mit einer selbstgewissen, aber auch selbstzufriedenen Bewohnerschaft, ist tatsächlich mehr als ein billiges Klischee. Das München jener Jahre war jedenfalls eine Stadt, die weder durch spektakuläre Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur aus der Balance geriet, noch durch besondere Weltoffenheit und kulturelle Höhepunkte glänzte. Dies blieb auch zeitgenössischen Beobachtern nicht verborgen: „Abgesehen von Bier ist hier höchstens lebhaftes Interesse für Theater und Kunst – und auch dies nur auf Seiten der Eingewanderten und Fremden. Die einheimische Rasse ist etwas entschieden Kulturfeindliches, deshalb auch dem Untergang Geweihtes – ähnlich wie die Sioux in Nordamerika“, so die ätzende München-Kritik des Nationalökonom Lujo Brentano aus dem Jahr 1894.⁷

6 Die Einwohnerschaft Münchens und ihr Gewerbebetrieb. Ergebnisse der Volks- und Gewerbe-Zählung vom Jahre 1875 (II. Band der Mittheilungen des statistischen Bureaus der Stadt München), München 1880; danach auch die folgenden Zahlen.

7 Zit. nach: Friedrich Prinz: Annäherung an München. Postmoderne Rückblicke auf die Geburt einer Großstadt, in: ders. Marita Krauss (wie Anm. 5), S. 9-25, hier S. 9.

Wie sehr München von einer zuwanderungsbedingten Frischluftzufuhr profitierte, zeigt die einige Jahre später entstandene Diagnose des Jugendstilpioniers Hermann Obrist, der zu den Gründern der legendären „Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk“ gehörte: „[...] das besondere Aroma der süddeutschen Gemütlichkeit, nämlich die Antipathie und das Mißtrauen gegen neue ‚hergelaufene Leut‘, das hat schöpferische und selbständige Naturen, die sich nach München verirrt und dort Wurzel gefaßt, ehe sie das alles merkten, mit solcher Zentrifugalkraft in die zuerst nicht gewollte Einsamkeit hinausgetrieben, in der sie nun mächtig erstarkten, sich konzentrierter sammelten und zielbewußter im Vereine mit anderen ‚Versprengten‘ schufen, als sie das je in Berlin hätten tun können, wo man sie vor lauter Interesse und Anteilnahme oft gestört hätte. Aus der Vereinsamung befreien kann sie nur das Heranwachsen einer neuen Generation um sie herum, falls sie nicht fortgerufen werden und fortziehen, was von München aus herzlich gern gesehen wird.“⁸

Diese pointierten Analysen und Zustandsbeschreibungen werfen ein bezeichnendes Licht auf Münchner Befindlichkeiten in den Jahren zwischen 1890 und 1910, zeigen sie doch ein beklagenswertes Faible für kulturelles Mittelmaß, für uninspirierten künstlerischen Durchschnitt, das allenfalls durch Impulse von Zugewanderten auf ein gewisses Niveau gehoben werden konnte. „München ist keine Weltstadt“, konnte man 1905 in einem Kunstführer lesen. „München ist höchstens die weltstädtischste unter den Landstädten“.⁹

MIGRATION AUS OSTEUROPA

Diese weltstädtische Landstadt erlebte um 1900 auch klassische Migrationsphänomene im Sinne transnationaler Zuwanderung, wie zum Beispiel die sich dauerhaft in der Isarvorstadt niederlassenden jüdischen Zuwanderer aus Osteuropa. Bis zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in München durch den NS-Terror lag der Anteil der Jüdinnen und Juden aus Osteuropa innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde bei ungefähr einem Viertel. In der Stadtgesellschaft stellten sie insofern eine kaum wahrnehmbare Größe dar. Gleichwohl wurden sie seit den 1920er Jahren zu einem bevorzugten Hassobjekt für antisemitische, rechtsradikale Kreise.

8 Hermann Obrist, in: Münchens Niedergang als Kunststadt. Eine Rundfrage von Eduard Engel, München 1902, zit. nach: Wolf Wucherpfennig: Apokalypsis Monaci Laeti. München um 1900, durchleuchtet von Thomas Mann, www.avwersing.de/muenchen.html [Stand: 19.10.2021].

9 Ernst Wilhelm Bredt: München als Kunststadt, Berlin 1907, S. 1.

Bild des Chors der „ostjüdischen“ Synagoge an der Reichenbachstraße, 1932
 Abbildung: Stadtarchiv München, DE-1992-JUD-F-0536-06



Der Zuzug von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa – von Zeitgenossen abwertend gerne als „Ostjuden“ bezeichnet – fand zu drei verschiedenen Zeiten statt und war keineswegs eine Münchner Spezialität, sondern in weitaus stärkerer Ausprägung auch in anderen „westlichen“ Metropolen zu beobachten, insbesondere in Wien und in Berlin.¹⁰ Die Motive der um 1880 und danach Zugezogenen waren teils ökonomischer, teils politischer Natur. In vielen osteuropäischen Regionen hatte der durch die Industrialisierung bedingte Strukturwandel zu einer massenhaften Verarmung und zu enormer sozialer Not der dort lebenden Juden geführt. Lebensbedrohlich war auch der Ende des 19. Jahrhunderts wieder aufkeimende Antisemitismus, der immer öfter zu mörderischen Pogromen führte. Die Verlagerung des Lebensmittelpunkts in die prosperierenden und – vermeintlich – sicheren Städte im Westen versprach notleidenden jüdischen Familien die Option auf ein besseres Leben. Eine größere Anzahl jüdischer Zuwanderer kam ab 1905 nach München. Hintergrund waren auch dieses Mal antisemitische Übergriffe und Pogrome in Russland und in Rumänien. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg kamen, dieses Mal ausgelöst durch die territorialen und

staatlichen Veränderungen in Osteuropa, weitere jüdische Migrantinnen und Migranten aus diesen Regionen.

Durch diese Zuwanderungen in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende änderte sich nicht nur die Größe, sondern auch die soziale Struktur der jüdischen Gemeinde Münchens spürbar. Wurden noch im Jahr 1867 kaum mehr als 2.000 Juden in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt gezählt, so waren es im Jahr 1885 bereits 4.854. Ein Vierteljahrhundert später, 1910, erreichte die Israelitische Kultusgemeinde mit mehr als 11.000 Angehörigen ihren bislang mitgliederstärksten Status. Bei einer Gesamteinwohnerschaft Münchens von rund 600.000 Menschen entsprach dies freilich einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal zwei Prozent.

ANTISEMITISMUS UND MIGRATION

Teile der Mehrheitsgesellschaft begegneten den osteuropäischen Neuankömmlingen mit unverhohlener Ablehnung und rassistischen Zuschreibungen. Dies gilt in besonderem Maße für konservativ-nationalistische und rechtsextrem-antisemitische Kreise, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der „Schmach von Versailles“ in aggressiver Weise gegen die „Ostjudenplage“ mobil machten. „Die Überflutung Deutschlands mit wurzellosen, land- und artfremden Elementen aus Galizien oder den russischen Randstaaten ist in der Tat eine Frage, der jeder ernste Politiker seine Sorge zuwenden muß“, so ein Beitrag im Leitmedium der damaligen Zeit, den Münchner

10 Vgl. Andreas Heusler: Doppelte Diskriminierung. Rassismus und antisemitische Gewalt gegen „Ostjuden“ in München zwischen 1880 und 1930, in: Angela Koch (Hg.): Xenopolis. Von der Faszination und Ausgrenzung des Fremden in München, Berlin 2005, S. 225–228; Dirk Walter: Ostjuden (Weimarer Republik), in: Historisches Lexikon Bayerns, 29.11.2007, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ostjuden_\(Weimarer_Republik\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ostjuden_(Weimarer_Republik)) [Stand: 19.10.2021].



Synagoge am Lenbachplatz,
1890
Abbildung: Stadtarchiv
München, DE-1992-FS-NL-
KV-0326

Neuesten Nachrichten.¹¹ Als bayerische Literaturikone fiel bei der antisemitischen Hetze besonders Ludwig Thoma auf, der 1920/21 in mehr als 170 Artikeln im Miesbacher Anzeiger seinem Judenhass Luft machte.¹²

Innerhalb der jüdischen Gemeinde Münchens reagierten manche mit Zurückhaltung auf die neuen Gemeindeglieder. Noch wirkten die sozialen, kulturellen und auch liturgischen Unterschiede zwischen eingewanderten und zugewanderten Jüdinnen und Juden in ihrer trennenden Kraft stärker als gemeinsame religiöse Überlieferung und Wertorientierungen. Das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Schicksalsgemeinschaft entwickelte sich später. Max Kalter etwa konstatierte „eine Kluft zwischen den ‚einheimischen‘ deutschen Juden und ‚zugewanderten‘ Ostjuden. In diesen Jahren bis 1914 gab es eine fast vollkommene gesellschaftliche Trennung zwischen deutschen und Ostjuden, teilweise gefördert durch Arroganz mancher deutscher Juden gegenüber den Ostjuden, teilweise durch ein selbst auferlegtes Ghetto, das sich die ostjüdische Bevölkerung selbst schaffte. Einen sozialen und gesellschaftlichen Verkehr zwischen deutschen und Ostjuden gab es kaum. Die ostjüdischen Familien verkehrten nur untereinander. Sie trafen sich in den Kaffeehäusern

.....

11 Münchner Neueste Nachrichten v. 09.03.1920.

12 Vgl. Wilhelm Volkert (Hg.): Ludwig Thoma: Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“ 1920/21, München 1989.

nur miteinander; sie heirateten nur unter sich“.¹³ Die Distanz zwischen den beiden jüdischen Gruppen verlor sich erst unter dem Eindruck der antisemitischen Agitation der rechtsextremen Regierung von Kahr und der auch von den eingewanderten Juden als alpträumerhaft empfundenen Bemühungen um Ausweisung der „Ostjuden“ im Jahr 1923.¹⁴ Für Jakob Reich bildete die Erfahrung dieser Monate eine „Lehre [...] aus den schweren Tagen im innerjüdischen Leben“, die eine Gemeinschaft entstehen ließ, „in der historisch bedingte Gegensätze und Spannungen recht unerheblich wurden. Man ging gemeinsam an den Auf- und Ausbau des Gemeindelebens und in der Gemeindevertretung wirkten Ost- und Westjuden bis zum bitteren Ende einträchtig und fruchtbar miteinander.“¹⁵

Die Beschimpfung der „Ostjuden“ als „Schmarotzer“ und „Parasiten“ diente als antisemitische Projektion auf die gesamte jüdische Bevölkerung. Die rassistische Diskreditierung und Stigmatisierung der „Ostjuden“ war

.....

13 Max Kalter: Hundert Jahre Ostjuden in München 1880–1980, in: Hans Lamm (Hg.): Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München, München 1982, S. 392–399, hier S. 393.

14 Vgl. dazu Reiner Pommerin: Die Ausweisung von „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 311–340; Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

15 Jakob Reich: Eine Episode aus der Geschichte der Ostjuden Münchens, in: Lamm (wie Anm. 13), S. 404.

zweifelloso auch eine gewollte politische Inszenierung und bildete einen der zentralen Bausteine der todbringenden Demagogie der NS-Machthaber, der auch in München Tausende von Männern, Frauen und Kindern zum Opfer fielen.¹⁶

Derartige irrationale Haltungen waren nicht nur immanenter Bestandteil rechtsextremer, völkisch-nationalistischer Argumentation, sondern auch die politische Linke argumentierte antisemitisch, so zum Beispiel, als die sozialdemokratische Tageszeitung „Münchener Post“ beklagte, dass „30 000 Ausländer den Münchnern – mit Respekt zu sagen – die Lebensmittel wegfressen, alles verteuern und denen, die ein Recht auf Wohnungen haben, jede Möglichkeit nehmen, sich einen Hausstand zu gründen“.¹⁷

Das sozialdemokratische Leitmedium war damit der gleichen Meinung wie der Staatskommissar für München-Stadt und Land Ernst Pöhner, der wenige Woche später auf dem Amtsweg dekretieren sollte: die rechtliche Handhabe, „das Land frei zu machen [...] von den [...] Ausländern, deren Anwesenheit nicht einem unabwiesbaren wirtschaftlichen oder öffentlichen Bedürfnisse entspricht, insbesondere aber von jenen steuerfremden Elementen, die nur Gewinnsucht ins Land geführt hat und die außerdem vielfach auch die Träger und Verbreiter östlicher bolschewistischer Ideen sind“.¹⁸ Für Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten, stand der Aufenthalt in der Stadt damit unter dem Vorbehalt einer jederzeit widerrufbaren ortspolizeilichen Duldung. Innerhalb von fünf Tagen konnten sie aus Bayern abgeschoben werden. Der rechtsextreme Jurist und spätere Hitler-Gefolgsmann Pöhner traf mit seiner radikalen Maßnahme offenbar den Nerv der Zeit.

FAZIT

Ressentiments gegenüber „Fremden“, Ablehnung von Ausländer*innen und rassistische Diskreditierung von Migrant*innen sind keine originären Phänomene der Weimarer Jahre, der NS-Zeit oder unserer Gegenwart, sondern zählen bekanntlich seit eh und je zum Kernbestand sozialer Gemeinschaften. Sie sind gleichermaßen identitätsstiftend nach Innen und ausgrenzend nach Außen. Sie behaupten einerseits die gewachsene Homogenität eines Kollektivs und unterstellen einheitliche kulturelle und soziale Prägungen, während andererseits dem „Fremden“ eine oft schädliche, ja zerstörerische Kraft und gefährliche Wirkung zu Lasten dieses vermeintlich wertvollen Kernbestands an sozialer und kultureller Tradition zugeschrieben wird. Während der NS-Zeit wurde die Diffamierung von „Fremdheit“ auf die Spitze getrieben; Rassismus und Antisemitismus wurden aus dem trüben Dunkel sektiererischer Randmilieus dem Kernbestand administrativen Handelns zugeschlagen und zur Staatsdoktrin mit justizieller Beglaubigung erhoben. Freilich hat der Nationalsozialismus Fremdenhass und antisemitische Aggression nicht erfunden, vielmehr schon lange vorhandenes Gedankengut und vorgefundene fremdenfeindliche Stereotype aufgegriffen, diese dann im eigenen Sinne umgedeutet und in mörderischer Radikalität zugespitzt. Bereits früher erprobtes staatlich legitimes Verfolgungshandeln wurde während der NS-Zeit perfektioniert. Die Recherche nach den Vorbildern des nationalsozialistischen Rassenhasses zeigt: Das einstmalige „leuchtende München“ Thomas Manns hatte in den Jahren um 1900 auch tiefdunkle Schattenseiten mit signifikanten Defiziten hinsichtlich der Akzeptanz von „Fremdheit“ und dem alltäglichen Umgang mit Anderen. 🍌

.....
¹⁶ Vgl. dazu die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld: Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus, hg. von Peter Landau und Rolf Rieß, Ebelsbach 2004, S. 502 ff.

¹⁷ Münchener Post v. 27.02.1920.

¹⁸ Münchner Neueste Nachrichten v. 31.03.1920.

Migration und Migrationspolitik in Bayern von den 1950er bis zu den 1970er Jahren

von Walter Graßmann



Die aus Valladolid in Spanien stammende Godofeda Novo als Kranführerin bei MAN in Nürnberg, 1970; neben München waren ausländische Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten zwischen den 1950er und den 1970er Jahren in Bayern vor allem in Nürnberg und Augsburg tätig.

Foto: picture-alliance/dpa/Fotograf: Karl Schnörner

Bei einem Zeitzeugenprojekt in einer 10. Klasse des Johannes-Heidenhain-Gymnasiums in Traunreut, das der Autor als junger Lehrer begleiten durfte, stellten die Schülerinnen und Schüler 2006/07 zahlreiche Heimatvertriebene aus der Großelterngeneration vor. Dies ist für eine Flüchtlingsstadt wenig überraschend. Daneben spiegelten sich auch andere Zuwanderergruppen in der Schülerschaft des Gymnasiums wider. Etwa ein Zehntel der Jugendlichen kam aus (Spät-)Aussiedlerfamilien, andere wiederum stammten von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, also von „Gastarbeitern“, ab.

Auf diesen Migrationsbewegungen nach Bayern, die sich beispielsweise in Traunreut nachvollziehen lassen, soll in diesem Beitrag für den Zeitraum von den 1950er bis zu den 1970er Jahren der Fokus liegen.

Dabei wird auch die Migrationspolitik in Bayern in den Blick genommen. Zweifellos wurden weitreichende Entscheidungen der Migrationspolitik nicht in Bayern getroffen: So wurde die Vertreibung der Deutschen von den Siegermächten beschlossen, für die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland handelte die Bundesregierung Verträge mit den Entsendestaaten aus, die Arbeitnehmerfreizügigkeit im zusammenwachsenden Europa wurde in den Römischen Verträgen fixiert und der Zuzug von Aussiedlern hing lange vom guten Willen kommunistischer Diktaturen ab.

In der föderalen Ordnung der Bundesrepublik haben die Länder in den Bereichen, welche die Migrationspolitik umfasst, aber durchaus Handlungsspielräume bzw. gesetzgeberische Kompetenzen.¹ Bayern gestaltete zwischen den 1950er und den 1970er Jahren aktiv die Schul-, Wohnungs- und die Integrationspolitik.

Im Folgenden werden die Entscheidungen auf Landesebene in diesen Politikbereichen für die Migrationsgruppen der Heimatvertriebenen, Arbeitsmigrantinnen und -migranten und Spätaussiedlerinnen und -aussiedler verglichen. Dabei wird deutlich, dass Bayern nach 1945 zwar durchweg ein Einwanderungsland war, es aber bezogen auf die einzelnen Zuwanderungsgruppen auch

deutliche Unterschiede in den migrationspolitischen Ansätzen gab.

FLÜCHTLINGE UND HEIMATVERTRIEBENE

Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Reichsgebieten bzw. aus Ostmitteleuropa als Folge der Verbrechen des NS-Staates stellen einerseits die größte ethnische Säuberung der jüngeren Geschichte dar.² Insgesamt verloren hierbei etwa 14 Millionen Deutsche ihre Heimat. Andererseits führten Flucht und Vertreibung in den Aufnahmegebieten zu einer bisher nie dagewesenen Bevölkerungszunahme bei gleichbleibendem Territorium. Die Eingliederung der Vertriebenen, die im Gegensatz zur Integration anderer Migrantengruppen sehr gut erforscht ist, brachte eine enorme Herausforderung für den bayerischen Staat der Nachkriegszeit mit sich.³

1946 gab es in den drei Westzonen 13,7 Millionen Haushalte und 8,2 Millionen Wohneinheiten. Es fehlten also 5,5 Millionen Wohnungen.⁴ Daher wurde der private Wohnraum erfasst, um leerstehende Wohnungen bzw. Wohnungen, die nach Einschätzung der Behörden unterbesetzt waren, zu beschlagnahmen. In Bayern standen dafür 166 Flüchtlingskommissare mit ca. 3.000 Verwaltungsangestellten bereit. Die Flüchtlinge wurden

1 Der Migrationsforscher Dietrich Thränhardt verweist auf die Relevanz der föderalistischen Ordnung. In Deutschland nehmen beispielsweise, im Gegensatz zu den USA, die Bundesländer die Einbürgerungen vor, auch wenn diese durch Bundesrecht geregelt sind. Vgl. Dietrich Thränhardt: Zuwanderungs- und Integrationspolitik in föderalistischen Ländern, in: Lale Akgün/ders. (Hg.): Integrationspolitik in föderalistischen Systemen. Jahrbuch Migration – Yearbook Migration 2000/2001 (Studien zu Migration und Minderheiten 10), Münster 2001, S. 15–34, hier S. 29 ff.

2 Vgl. Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008, S. 42.

3 Vgl. z.B. Andreas Kossert: Flucht. Eine Menschheitsgeschichte, München 2020 oder z.B. Einsichten+Perspektiven Themenheft 1/2021: Flucht und Vertreibung stellvertretend für die vielen Publikationen alleine der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; vgl. Wilfried Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949–1973, München 2002, S. 347–467, hier S. 350.

4 Vgl. Björn Egner: Wohnungspolitik seit 1945, in: APUZ 64 (2014), H. 20–21, S. 13–19, hier S. 13 f.



Flüchtlingslager Geretsried-Gartenberg bei Wolfratshausen, zwischen 1946 und 1949
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/SZ Photo

in den konfiszierten privaten Wohnraum der Einheimischen eingewiesen.⁵ Alteingesessene empfanden die neu Angekommenen oft als Belastung, zudem waren ja bereits Opfer des Bombenkrieges und *Displaced Persons* auf den knappen Wohnraum angewiesen. Die Einweisungen lösten häufig Protest aus, sie waren teilweise nur unter Zwang und mit Hilfe der Polizei zu bewerkstelligen. Als Rechtsgrundlagen sind z.B. das Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 16. März 1946 bzw. das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 31. März 1953 zu nennen. Noch 1955 wohnten 1,5 Millionen Haushalte zur Untermiete sowie 340.000 in Notwohnungen und Massenunterkünften.⁶ Erst 1965 wurde, abgesehen von Orten mit angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt, die Zwangsbewirtschaftung bundesweit aufgehoben.⁷

Die Aufnahme der Flüchtlinge war vor allem eine Aufgabe ländlicher Gegenden, da die größeren Städte unter Kriegszerstörungen litten. Dabei entstanden die Vertrie-

benengemeinden und -siedlungen Geretsried, Neugablonz, Neutraubling, Traunreut und Waldkraiburg, die trotz ihrer unbestreitbaren Bedeutung aber nur einen kleinen Teil der Neuankömmlinge aufnehmen konnten. Von den 1,7 Millionen Flüchtlingen Ende 1946 kamen 59,2 % in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern, 15,5 % in Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern unter, typischerweise in Orten wie im oberbayerischen Markt Schwaben: Zu den 2.612 Einwohnern (1947) kamen 1.808 Flüchtlinge, die größte Gruppe bestand aus ca. 800 Sudetendeutschen. Neben der beruflichen Eingliederung war die Neuschaffung von Wohnraum besonders dringlich. Deshalb wies die Gemeinde Wohnbezirke aus, wo auf Ackerland Wohnbauten entstanden. In Markt Schwaben war dies durch einen 1952 geschlossenen Vertrag zum Erbbaurecht zwischen der Pfarrpfürnde Markt Schwaben als Grundstückseigentümerin und dem Katholischen Siedlungswerk als Träger und interessierten Siedlern möglich. Der Vertrag gilt 99 Jahre und läuft 2051 ab. Außerdem wurde 1956 unter der Leitung eines sudetendeutschen Vertriebenen eine bis heute existierende Siedlervereinigung gegründet, um in Eigeninitiative am neuen Heimatort Wohneigentum zu errichten.⁸

Was vielleicht nach einem pittoresken Einzelfall einiger Eigenheimaktivisten aussieht, besitzt politische Relevanz. Das Leben in den Baracken war auf Dauer unhalt-

5 Vgl. Corinna Löhning: Ein neues Zuhause schaffen. Zwischen Raumverlust und Raumanneignung: der Wohnraumprozess der Zufluchtsuchenden im Nachkriegsdeutschland – dargestellt am Landkreis Harburg, Hamburg 2018, S. 67 ff.; vgl. Friedrich Prinz: Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern. Versuch einer Bilanz (Hefte zur Bayerischen Geschichte 24), Augsburg 2000, S. 13 f.

6 Vgl. Meike Buck/Michael Kamp/Matthias Georgi: Die Geschichte des sozialen Wohnens. 100 Jahre Verband bayerischer Wohnungsunternehmen, München 2009, S. 114.

7 Vgl. Karl-Maria Haertle: Der Landkreis Ebersberg. Geschichte und Gegenwart. Die gelungene Eingliederung. Heimatvertriebene und Flüchtlinge im Landkreis Ebersberg (Der Landkreis Ebersberg. Geschichte und Gegenwart 2), Ebersberg 1987, S. 18 f., 22 f., 27 und 91.

8 Vgl. Siedlervereinigung Markt Schwaben e. V.: Festschrift zum sechzigjährigen Gründungsfest. 1956-2016, S. 5 ff.

bar, noch bis 1956 gab es im Landkreis Ebersberg viele Notwohnungen,⁹ die Zwangseinquartierungen durch die Flüchtlingskommissare hatten bei den Wohnungseigentümern oft für böses Blut gesorgt. „Sudetengesindel“, „Rucksackdeutsche“ oder „Pollacken“ waren, trotz der weitverbreiteten Hilfsbereitschaft, häufig gegen Vertriebene gerichtete Schimpfworte.¹⁰

WOHNUNGSBAU UND UMSIEDLUNGSPROGRAMM

Die Verteilung der Vertriebenen verlief nach 1945 so ungleichmäßig, dass eine länderübergreifende Korrektur notwendig wurde.¹¹ Die Besatzungsmächte leiteten diese 1947 ein. Ab 1949 kam es auf Bundesebene ebenfalls zur Umverteilung von Vertriebenen, um „überbelegte“ Länder zu entlasten. Die Bundesumsiedlung lief aber so schleppend, dass man in Bayern im Rahmen eines Landesumsiedlungsprogramms aktiv wurde.¹² Landkreise mit hoher Arbeitslosigkeit sollten von erwerbslosen Vertriebenen entlastet und diese an Orte mit vorhandener Industrie überführt werden. Dafür wollte man zusätzliche Wohnungen errichten, auch um Fernpendler aufzunehmen. Zudem sollte die „Bayernflucht“ qualifizierter Arbeitskräfte verhindert und wertvolles Humankapital gesichert werden.

Die Finanzierung erfolgte zunächst aus Mitteln des Bundes und des Marshallplans. Der Wohnungsbau spielte dabei die entscheidende Rolle, Vertriebenenansiedlungen wie Traunreut erhielten eine Förderung.¹³ Man versuchte, Wohnungsbaugesellschaften der Kirchen, Kommunen und Genossenschaften einzubinden – die Ressourcen des Freistaats waren eng begrenzt.¹⁴ Über die Wohnungsvergabe entschieden die Wohnungsämter.¹⁵

Dabei stellte sich heraus, dass einige als überbesetzt geltende Landkreise die Abwanderung von Vertriebenen vermeiden wollten, da sie einen Verlust an Arbeitskräften

und Kaufkraft fürchteten: Bereits nach wenigen Jahren wurden Vertriebene bei nüchterner Betrachtung nicht mehr als Last, sondern als Gewinn empfunden. Vertriebene deckten oft die Lücken, die erst durch Kriegsverluste entstanden waren.¹⁶

Bereits ab 1954 waren dank des Wirtschaftsaufschwungs und der Förderpolitik die meisten Vertriebenen am Arbeitsmarkt untergekommen. Zwischen 1951 und 1958 wurden durch das Landesumsiedlungsprogramm 49.000 Wohnungen gebaut. Diese erhielten Sowjetzonenflüchtlinge, Vertriebene oder ehemalige Bewohner von aufgelösten Lagern etc. Im Prinzip wurden im Rahmen des bayerischen Umsiedlungsprogramms Wohnungen dort errichtet, wo es Arbeitsplätze, aber keinen Wohnraum gab. Gebiete mit Arbeitsstätten in nennenswerter Zahl und Fernpendler profitierten davon, v.a. Großstädte, aber auch das recht stark industrialisierte Oberfranken, dazu Schwaben.¹⁷ Wegen des allgemeinen Aufschwungs schwand das Interesse an staatlicher gelenkter Umsiedlung, das Landesumsiedlungsprogramm lief aus.

Die Teilnahme an den Umsiedlungsverfahren erfolgte in den 1950er Jahren grundsätzlich nur auf freiwilliger Basis, ganz im Gegensatz zu den Vorgaben des Wohnortzuweisungsgesetzes, das später auf Menschen mit (Spät-) Aussiedlerstatus angewandt werden sollte,¹⁸ oder zu den zeitweise für ausländische Arbeitskräfte geltenden Zugzugsperrern.¹⁹

Etwa 70.000 Menschen wurden im Rahmen des Programms in Bayern umgesiedelt. Auch andere Bundesländer führten derartige Programme durch. Länderinterne Umsiedlungen erfassten insgesamt ca. 400.000 Vertriebene.²⁰

ARBEITSPLÄTZE

1950 waren 38 % der Arbeitslosen in Bayern Heimatvertriebene, sie stellten aber nur 21 % der Bevölkerung.²¹ Die Integration in den Arbeitsmarkt war anfangs schwie-

9 Vgl. Haertle (wie Anm. 7), S. 22 f.

10 Vgl. ebd., S. 21.

11 Vgl. Bernhard Piegsa: Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen und der Freistaat Bayern. Eine statistische Analyse. Mit einem Exkurs zur Vertriebenenumsiedlung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 11, hg. von Herrmann-Joseph Busley/Rudolf Endres/Otto Kimminich/Jörg Maier/Klaus-Dieter Wolff), München 2009, S. 39.

12 Vgl. ebd., S. 132.

13 Vgl. ebd., S. 134 ff.

14 Vgl. Buck u.a. (wie Anm. 6), S. 112.

15 Vgl. Piegsa (wie Anm. 11), S. 141.

16 Vgl. ebd., S. 159; vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 193.

17 Vgl. Piegsa (wie Anm. 11), S. 160 ff.

18 Vgl. Tobias Korte: Deutsche aus dem Osten. Zuwanderung und Eingliederung von Vertriebenen und Aussiedlern/Spätaussiedlern im Vergleich, Ibbenbüren 2005, S. 200.

19 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 438 f.

20 Vgl. Piegsa (wie Anm. 11), S. 164 ff.

21 Vgl. Martin Pavlik: Integrationspolitik, in: Manuela Glaab/Michael Weigl (Hg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden 2013, S. 429-439, hier S. 431.



Arbeiterinnen und Arbeiter in der 1953 in Traunreut gegründeten Strickwarenfabrik M. Lohs K.G., 1955
Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F003086-0004, Fotograf/in: Flink

rig, gelang dann aber überraschend schnell. Die ländlichen Gebiete in Bayern hatten durch die flächendeckende Verteilung der Flüchtlinge einen erheblichen Strukturwandel erlebt: Dort, wo früher nur Landwirtschaft betrieben wurde, entwickelte sich mehr Industrie. Die Unternehmen verteilten sich bereits in den frühen 1950er Jahren recht gleichmäßig über das Landesgebiet.²² Bayern profitierte von der Verlegung vieler Firmen aus der Sowjetischen Besatzungszone. Flankierend wurde 1950 die staatliche Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) gegründet. Das Sonderkreditinstitut konzentrierte sich anfangs vor allem auf die Förderung der zahlreich entstehenden Flüchtlingsunternehmen, bevor es sich auf die Mittelstandsförderung verlegte.²³

Viele Sudetendeutschen stammten aus weiter entwickelten und industriell geprägten Regionen. Sie brachten ihre Fähigkeiten mit. Das Potenzial wurde erkannt und vom Freistaat besonders schnell für einen Industrialisierungs-

schub genutzt. Daneben lieferte der rasche ökonomische Wiederaufstieg der Bundesrepublik den entscheidenden Schub zur wirtschaftlichen Lösung der Flüchtlingsfrage.

SCHULPOLITIK

Das bayerische Schulwesen wurde durch die Eingliederung der Vertriebenen stark beeinflusst. So waren 1950 28 % der hauptamtlichen Volksschullehrkräfte Vertriebene und die bayerische Realschule wurde nach dem Vorbild der böhmisch-österreichischen Bürgerschule gestaltet.²⁴

Die Zuwanderung führte dazu, dass in Bayern 1946 von ursprünglich 1.424 Gemeinden mit rein katholischer Bevölkerung nur noch neun übrigblieben, von 140 rein protestantischen keine einzige.²⁵ Dadurch geriet die nach 1945 wieder eingeführte Konfessionsschule unter Druck.

24 Vgl. Walter Ziegler: Die Eingliederung der Vertriebenen in Bayern, in: *Einsichten+Perspektiven* (wie Anm. 3), S. 90-102, hier S. 94 und 97.

25 Vgl. Oliver Wieters: *Katholizismus und Zentrumstradition in Nordrhein-Westfalen 1945-1949. Aspekte der Konfessions-, Parteien- und Landesgeschichte*, <https://www.oliverwieters.de/wordpress/wp-content/uploads/Oliver-Wieters-Katholizismus-und-Zentrumstradition-in-NW-1945-1949.pdf> [Stand: 04.22.2021], S. 45.

22 Vgl. Piegsa (wie Anm. 11), S. 161 und 164.

23 Vgl. Richard Winkler: Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), in: *Historisches Lexikon Bayerns*, 11.08.2014, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Landesanstalt_für_Aufbaufinanzierung_\(LfA\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Landesanstalt_für_Aufbaufinanzierung_(LfA)) [Stand: 05.11.2021].



Treffen von Sudetendeutschen aus der ganzen Bundesrepublik auf der Theresienwiese in München im Rahmen des Sudetendeutschen Tages, 5. Juni 1954
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Alfred Strobel

Allein 1967/68 standen drei Volksbegehren bzw. zwei Volksentscheide zur Gemeinschaftsschule an. Vor dem Hintergrund der Mischung der Konfessionen durch die Ansiedlung von Vertriebenen, durch das Wachstum der Städte, das Nachlassen religiöser Bindungen usw. war die Konfessionsschule nicht mehr praktikabel, übrigens auch nicht in anderen Bundesländern. Durch die Änderung der Bayerischen Verfassung wurde 1968 die Gemeinschaftsschule eingeführt.²⁶

SCHIRMHERRSCHAFT ÜBER DEN „VIERTEN STAMM“

In der Regierungserklärung vom 24.10.1947 verlieh Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) einerseits der Hoffnung Ausdruck, dass Friedensverhandlungen eine Rückkehr in die Heimat möglich machen würden. Andererseits rief er die Flüchtlinge dazu auf, Wurzeln in Bayern zu schlagen. Die organische Verschmelzung von „Fremden“ und Einheimischen sei das Hauptziel. Die Idee des dau-

.....
²⁶ Vgl. Fritz Schäffer: Bekenntnisschule, in: Historisches Lexikon Bayerns, 30.06.2006, <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bekenntnisschule> [Stand: 04.11.2021].

erhaften Verbleibs wurde also frühzeitig regierungsamtlich ausgesprochen.²⁷ 1954 wurde durch Ehard auf dem Sudetendeutschen Tag in München die Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen verkündet und eine ideelle Einbürgerung vorgenommen. 1962 erfolgte die feierliche Verbriefung der bayerischen Schirmherrschaft. Wilhelm Hoegner (SPD) wiederum prägte für die Sudetendeutschen die Formel vom „Vierten Stamm Bayerns“. Der Freistaat übernahm 1978 auch noch die Patenschaft über die Landsmannschaft der Ostpreußen. Neben den großen Anstrengungen, die zur Eingliederung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt unternommen wurden, waren dies wichtige Symbolakte der Integration.

ELEKTORALE BEDEUTUNG

Die Flüchtlinge und Heimatvertriebene waren elektoral wichtig. Sie besaßen mit der deutschen Staatsbürgerschaft das aktive und passive Wahlrecht. Dies spiegelte sich in zahlreichen Mandaten in den Gemeinderäten und Par-

.....
²⁷ Vgl. Ziegler (wie Anm. 24), S. 101.

lamenten wider. Mit dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)/Gesamtdeutscher Block (GB) wurden sie von einer eigenen, auf die Flüchtlingspolitik hin zugeschnittenen Partei vertreten. Daneben wurden gezielt ehemalige Nationalsozialisten angesprochen. Der BHE zog in den Bundestag und in viele Landtage ein, zudem war er an mehreren Landes- und Bundesregierungen beteiligt. So verdrängte die Partei in Bayern im Rahmen einer Viererkoalition zwischen 1954 und 1957 vorübergehend die CSU als Regierungspartei.²⁸

Lastenausgleich und Wohnungsbauförderung waren Schwerpunkte der politischen Arbeit. Mit der fortschreitenden Integration der Vertriebenen und dem Übertritt wichtiger Exponenten in die Unionsparteien ging der Niedergang der Partei einher. Einerseits wurde deren Wählerpotenzial in Bayern nicht nur, aber überwiegend von der CSU gebunden. Andererseits trat nun die CSU als Fürsprecherin der Vertriebenen auf.

Der Grad der Selbstorganisation war hoch: Als Stichpunkte sind hier z.B. ein blühendes Vereinswesen,²⁹ die Ackermannsgemeinde, der Adalbert-Stifter-Verein und die Sudetendeutsche Landsmannschaft zu nennen.

Auch die Gruppenidentität unter den Sudetendeutschen war stark ausgeprägt. Die interne Meinungsbildung, das Formulieren von Forderungen und Zielen sowie die nach außen hin verhandelbaren Positionen im Rahmen der verschiedenen Organisationen der Vertriebenen sind wichtige Voraussetzungen für eine gelingende (Binnen-) Integration.³⁰

AUSSIEDLER

Aussiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Laut Artikel 116 GG gelten Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit als deutsche Staatsbürger. Seit 1950 siedelten über 4,5 Millionen Menschen, erst seit dem Kriegsfolgebereinigungsgesetz von 1993 offiziell als

.....

28 Vgl. Haertle (wie Anm. 7), S. 83; vgl. Daniel Schönwald: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Historisches Lexikon Bayerns, 13.05.2013, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Block_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten_\(BHE\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Block_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten_(BHE)) [Stand: 05.11.2021].

29 Vgl. z.B. Astrid Pellengahr/Astrid Gerndt: Vereinswesen als Integrationsfaktor. Eine Fallstudie zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Bayern nach 1945 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 10, hg. von Herrmann-Joseph Busley/Rudolf Endres/Otto Kimminich/Jörg Maier/Klaus-Dieter Wolff), München 2005, S. 45 ff.

30 Vgl. Georg Elwert: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34 (1982), H. 4, S. 717-731, hier S. 718 ff.

Spätaussiedler bezeichnet, in die Bundesrepublik aus. Für den Untersuchungszeitraum liegt ihre Zahl bei 1.015.122 (1950–1979). Bis heute gelangten davon ca. 650.000 nach Bayern.³¹

Zunächst dominierte die Aussiedlung aus Polen, im Laufe der 1970er Jahre stieg Zahl der aus Rumänien Kommenden an. Zahlenmäßig klar übertroffen wurden beide Gruppen von den 2,4 Millionen Menschen, die zwischen 1950 und 2020 aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten nach Deutschland aussiedelten. Ab 1987 kam es zum rasanten Anstieg der Zuwanderung. Deshalb soll hier diese ab der Ära Michail Gorbatschows so wichtige Gruppe besonders beachtet werden.

Die Aussiedlerzuwanderung wird mit Hilfe des 1949 entstandenen Königsteiner Schlüssels geregelt. Schon zu Beginn dieser Zuwanderung hatte jedes Land eine bestimmte Quote aufzunehmen. Für Bayern wurden 13,2 % (1952; 1993: 14 %, 2019: 15,56 %)³² der Gesamtzahl errechnet. Mit dem Schlüssel sollten, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Ansiedlung von Vertriebenen, die Bildung einseitiger Siedlungsschwerpunkte und spätere Umsiedlungsmaßnahmen verhindert werden. Bis 1989 wurden die Verteilungsquoten nicht streng eingehalten. Persönliche Wünsche, z.B. familiäre Kontakte an einem Ansiedlungsort, wurden oft berücksichtigt.³³ Im Grenzdurchgangslager Friedland gab es zwischen 1958 und 2011 die Dienststelle des Beauftragten des Freistaats Bayern für die Verteilung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern.

GRUPPENIDENTITÄT

Aussiedlerinnen und Aussiedler im Allgemeinen und Russlanddeutsche im Speziellen stellen heterogene Zuwanderergruppen dar. Sie stammen aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern in Osteuropa und in der Sowjetunion. Die Gruppenidentität ist relativ schwach ausgeprägt.

Bei der Selbstorganisation besaßen die Deutschen aus der Sowjetunion bzw. aus Russland eigentlich einen Startvorteil: Bereits in der Zwischenkriegszeit hatten die nach

.....

31 Vgl. Pavlik (wie Anm. 21), S. 436; vgl. Bundesverwaltungsamt: Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Zeitreihe 1950-2019, o.O. 2020, S. 2 f.

32 Vgl. Bernhard Hallermann: Rahmenbedingungen der Unterbringung, Erstberatung und -unterkunft von Aussiedlern, in: Klaus J. Bade/S. Ilan Troen (Hg.): Zuwanderung und Eingliederung von Deutschen und Juden in Deutschland und Israel. Deutsch-israelisches Symposium am Hubert H. Humphrey Institute der Ben-Gurion-University of the Negev in Beer-Sheva, Israel 13.-17. Oktober 1991, Bonn 1993, S. 85-93, hier S. 87.

33 Vgl. Korte (wie Anm. 18), S. 199.



Aussiedler aus der Sowjetunion im Aufnahmelager Friedland, 1988
 Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Rainer Unkel

der Oktoberrevolution geflohenen Deutschen Vereine gegründet, die allerdings miteinander konkurrierten. Es kam vor dem Hintergrund der landsmannschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und konfessionellen Prägungen sowie der großen Entfernungen zwischen den verschiedenen Siedlungsgebieten im Russischen Reich bzw. in der Sowjetunion zu Aufsplitterungen. Nicht selten sah man sich als Wolgadeutscher, Kaukasusdeutscher oder als Mennonit.³⁴

.....
 34 Vgl. Detlef Brandes: Einwanderung und Entwicklung der Kolonien, in: Gerd Stricker (Hg.): Rußland (Deutsche Geschichte im Osten Europas 9), Berlin 1997, S. 35-110; vgl. Günter Cordes: Wolhyniendeutsche, in: Gerhard Taddey (Hg.): Lexikon der deutschen Geschichte. Ereignisse, Institutionen, Personen. Von den Anfängen bis zur Kapitulation 1945, Stuttgart 1998, S. 1380; vgl. Gerd Stricker: Fragen an die Geschichte der Deutschen in Rußland, in: ders. (Hg.): Rußland (Deutsche Geschichte im Osten Europas 9), Berlin 1997, S. 13-20, hier S. 14 ff.; vgl. Jannis Panagiotidis: Wer sind die Russlanddeutschen?, in: Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung, 13.07.2017, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdoersiers/252535/wer-sind-die-russlanddeutschen/> [Stand: 11.04.2022].

Der Vorläufer der Landsmannschaft wurde 1950 in Stuttgart gegründet, und zwar vor allem von Schwarzmeerdeutschen. Man unterzeichnete die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und gliederte sich auch ansonsten in die Tradition der Vertriebenenverbände ein: Das Hauptinteresse der seit 1955 arbeitenden „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“ war es, die Aussiedlung der in der UdSSR unterdrückten Russlanddeutschen einzufordern. Die Grundlage des Narrativs ist das Kollektivschicksal der Verfolgung in der kommunistischen Diktatur: Man sieht sich, in Abgrenzung zu Migrantengruppen nichtdeutscher Herkunft, nicht als Einwanderer, sondern als Heimkehrer und Teil der deutschen Mehrheitsgesellschaft.³⁵ Bezeichnend ist, dass sich die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland bis heute unter dem Dach des Vertriebenenverbandes befindet.³⁶

.....
 35 Vgl. Gesine Wallem: Russlanddeutsches Verbandswesen, in: Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung, 13.07.20217, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoersiers/252538/russlanddeutsches-verbandswesen> [11.05.2022].
 36 Vgl. ebd.

INTEGRATIONSMASSNAHMEN

Zu Beginn der Aussiedlermigration schienen Integrationsmaßnahmen kaum nötig zu sein. Die Zahlen waren, im Vergleich zu denen der Vertriebenen und der ausländischen Arbeitskräfte, überschaubarer. Die Deutschen aus der Sowjetunion hatten, was Schulunterricht, den Erwerb und öffentlichen Gebrauch der deutschen Sprache betraf, oft schlechtere Voraussetzungen als die Deutschen aus Polen oder Rumänien. Auf der anderen Seite war im Untersuchungszeitraum die Mehrheit noch des Deutschen mächtig, zumindest wenn man der freiwilligen Selbsteinschätzung bei den sowjetischen Volkszählungen Glauben schenkt. Deutsch als Muttersprache gaben Deutsche in der Sowjetunion mit folgenden Werten an: 95 % im Jahre 1926, 75 % (1959), 66,8 % (1970), 57,7 % (1979), 49 % (1989) und schließlich 36 % (1994, in der Russischen Föderation).³⁷ Auch die Deutschen aus Polen und Rumänien, die in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre kamen, integrierten sich schnell.³⁸ Eine nennenswerte Anzahl ließ sich auch in den Vertriebenenstädten wie z.B. in Traunreut nieder.³⁹ In Ingolstadt und Regensburg bildeten sich Schwerpunkte der russlanddeutschen Ansiedlung.

Insgesamt wurden aber die Aussiedlerzahlen also so hoch eingeschätzt, dass das Bundesinnenministerium 1976 ein Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler aus der Taufe hob. Sprachkurse, Grundsätze zur Anerkennung von Ausbildungsgängen, Lohnkostenzuschüsse, Gründerdarlehen und anderes sollten die Integration erleichtern. Das Sonderprogramm wurde 1988, vor dem Hintergrund stark gestiegener Zahlen, neu aufgelegt.⁴⁰ Eine Zuzugsteuerung, die den Königsteiner Schlüssel ergänzte, kam außerhalb des Untersuchungs-

.....
37 Vgl. Detlef Brandes: Die Deutschen in Rußland und der Sowjetunion, in: Klaus J. Bade (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in der Geschichte und Gegenwart, München 1993, S. 85–146, hier S. 323; vgl. Peter Hilkes: Rußlanddeutsche in Westsibirien: Bildung, Kultur und Identität, in: Gerlind Schmidt/Marianne Krüger-Potratz (Hg.): Bildung und nationale Identität aus russischer und rußlanddeutscher Perspektive (Studien zum Bildungswesen mittel- und osteuropäischer Staaten 3), Münster/New York/München/Berlin 1999, S. 93–133, hier S. 117; vgl. Alfred Eisfeld: Die Rußlanddeutschen. Mit Beiträgen von Detlef Brandes und Wilhelm Kahle (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat 2), München 1999, S. 151.

38 Vgl. Buck u.a. (wie Anm. 6), S. 196.

39 Vgl. Schule aktuell 1/1989: Heimkehr, S. 16 ff.

40 Vgl. Jannis Panagiotidis: Die Herausforderung der Aussiedlerintegration im Wandel der Zeit. Ein Experimentierfeld der Migrationspolitik, in: Deutschland Archiv, Bundeszentrale für politische Bildung, 16.01.2017, www.bpb.de/240110 [Stand: 11.04.2022].

zeitraums zum Tragen: Das Wohnortzuweisungsgesetz band zwischen 1996 und 2009 für die Dauer von drei Jahren neu Zugewanderte an den zugewiesene Wohnort. Das Grundrecht auf Freizügigkeit wurde eingeschränkt, da durch Kettenwanderungen einige Landkreise überdurchschnittlich oft als Wohnort ausgewählt wurden. Die Überlastung der örtlichen Infrastruktur und des Arbeitsmarktes drohte.

Bezüglich der Heimatvertriebenen gab es Parallelen. Auch die Ausgesiedelten verfügen über ein dauerhaftes Bleiberecht, zudem sind sie als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes wahlberechtigt.⁴¹ Dies unterscheidet beide Gruppen wesentlich von den „Gastarbeitern“.

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER AUS DEN ANWERBELÄNDERN

Erstmals in der modernen Geschichte Bayerns gelangten mit den sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern nennenswert viele Personen aus anderen, nicht deutschsprachigen und zum Teil muslimisch geprägten Ländern dauerhaft ins Land.⁴²

Die ersten „Gastarbeiter“, weit überwiegend Männer, die von der Bundesrepublik Deutschland angeworben wurden, stammten aus Italien. Auf das erste Anwerbeabkommen 1955 folgten bis 1968 Abkommen mit Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal, Marokko, Südkorea, Tunesien und schließlich Jugoslawien folgen. Später kamen die größten Gruppen aus Jugoslawien, dann aus der Türkei.⁴³

1960 betrug die Anzahl der in Bayern beschäftigten ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitnehmer ca. 37.000, bis 1966 stieg sie auf 194.000 und bis 1970 auf fast 293.000. 1972 waren es bereits rund 370.000, insgesamt 10,5 % der Beschäftigten. Nach einem kurzzeitigen Rückgang zählte man 1980 ca. 340.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.⁴⁴

60 % der „Gastarbeiter“ in Bayern konzentrierten sich auf drei Städte: In München lebten 156.613, in Nürnberg 55.826 und in Augsburg 22.965. München war bundesweit die Stadt mit der größten Zahl ausländischer Arbeits-

.....
41 Vgl. Pavlik (wie Anm. 21), S. 435.

42 Vgl. ebd., S. 429.

43 Vgl. Maximiliane Rieder: Gastarbeiter, in: Historisches Lexikon Bayerns, 26.06.2019, <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Gastarbeiter>, Tabelle 3 [Stand: 17.10.2021]; vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 429.

44 Vgl. Andreas Schutkin: Die Berufliche Positionierung ausländischer Erwerbspersonen in Bayern. Zu den Auswirkungen der Arbeitsmigration in der Zeit von 1955–1973 auf die heutigen Arbeitsmarktstrukturen, Regensburg 2009, S. 38 und 46 f.



Arbeitsmigranten bei Bauarbeiten in der Neuhauser-Kaufingerstraße in München, 1969
 Foto: Stadtarchiv München, DE-1992-FS-NL-GRO-357-093/
 Fotografin: Groth-Schmachtenberger

kräfte, 1972 stellten hier „Gastarbeiter“ jeden sechsten Einwohner. Aber auch in kleineren Orten nahm ihre Zahl zu. In den Arbeitsamtsbezirken Kempten, Traunstein und Weilheim lag ihr Anteil 1970 über 10 %.⁴⁵ Auch das eben erst gegründete Traunreut verzeichnete Zuwächse. Stammen 1960 erst 3,81 % der Bewohner aus dem Ausland, waren es 1970 bereits 13,69 %.⁴⁶

Am Münchner Hauptbahnhof befand sich die Weiterleitungsstelle des Landesamtes Südbayern, das alle süd- und südosteuropäischen Arbeitskräfte betreute. Von dort aus wurde die Weiterfahrt zu den Arbeitgebern orga-

nisiert. Die Ziele der Ankommenden lagen in den westdeutschen Industriegebieten. Zunächst war die Zuwanderung nach Bayern relativ schwach, sie nahm aber zu, nachdem das Wirtschaftswachstum in den 1970er Jahren über dem deutschen Durchschnitt lag.⁴⁷

In Bayern wurden die ausländischen Arbeitskräfte vor allem im Hoch- und Tiefbau beschäftigt, auf Großbaustellen wie z.B. auf dem Olympiagelände in München, im Fahrzeug- und Maschinenbau, daneben sollte der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft oder in der Krankenpflege gedeckt werden. Nach dem Anwer-

45 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 429 f.

46 Vgl. Martin Renghart: Vertriebenengemeinden und -siedlungen, in: Historisches Lexikon Bayerns, 18.12.2017, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Vertriebenengemeinden_und_-siedlungen [Stand: 17.10.2021].

47 Vgl. Martin Baumeister: Italien. Ankommen, um zurückzukehren? Italienische Arbeitsmigranten im Nachkriegsbayern, in: Alois Schmid/Katharina Weigand (Hg.): Bayern mitten in Europa. Vom Frühmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, München 2005, S. 401-418, hier S. 417 f.; vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 403; vgl. Rieder (wie Anm. 43).

bestopp wurde die Gastronomie als Arbeitgeber wichtiger.⁴⁸

Anfangs fragte die bayerische Wirtschaft kaum qualifiziertes Personal nach, sodass diese Arbeitsmigration zur Unterschichtung des Arbeitsmarktes führte. Die Betroffenen arbeiteten oft am unteren Ende der Beschäftigungshierarchie (Müllabfuhr, Straßenreinigung, schwere körperliche Akkordarbeiten, schlechte Bezahlung). Zum Teil wurden Heimatvertriebene abgelöst, die bisher unterhalb ihres Qualifikationsniveaus gearbeitet hatten. Die bayerische Staatsregierung ging 1973 davon aus, dass 70–80 % der Männer und 80–90 % der Frauen un- oder angelernt waren.⁴⁹

ROTATION VS. INTEGRATION

Das Anwerbesystem basierte auf dem Gedanken der Rotation, also auf der fristgerechten Rückkehr der Arbeitskräfte in die Entsendeländer. Dadurch wurden „Gastarbeiter“ von der Gesellschaft zunächst kaum wahrgenommen und Integration schien kein Thema zu sein. Dies war zunächst im Interesse vieler Beteiligten: Das Gastland und die Arbeitgeber setzten auf den ökonomischen Nutzen der Arbeitskräfte, die Entsendeländer hofften auf soziale Entlastung sowie Transferzahlungen und die ausländischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer wollten oft möglichst schnell Geld verdienen, um nach der Rückkehr in die Heimat eine eigene Existenz zu gründen.

München war 1972 bundesweit die Stadt mit den meisten ausländischen Arbeitskräften. Anfang der 1970er Jahre begann hier die Debatte über die Situation dieser Menschen. Dazu wurde 1972 eine „Problemstudie über die kommunalpolitischen Aspekte der Ausländerbeschäftigung“ erstellt. Außerdem prüfte 1973 die bayerische Staatsregierung das bisherige Vorgehen in der sogenannten Gastarbeiterfrage.⁵⁰ Es wurde befürchtet, dass eine weitere ungesteuerte Zuwanderung Sicherheitsprobleme und hohe Infrastrukturkosten verursachen würde. Der bayerische Ministerrat hielt 1973 in einem Beschluss fest, dass der Aufenthalt von ausländischen Arbeitskräften auch in Zukunft nur vorübergehend sei, die Rotation sei ggf. administrativ durchzuführen. Bei schon länger in der Bundesrepublik ansässigen Ausländerinnen und Ausländern seien aus humanitären Gründen der Verbleib und der Familiennachzug zu ermöglichen, aber nur wenn die

Infrastruktur dafür ausreiche.⁵¹ Noch vor der Ölkrise und vor dem Anwerbestopp setzte die Staatsregierung darauf, einen weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitskräften einzuschränken oder ganz zu unterbinden.

Auf der anderen Seite strebte Bayern seit 1971 danach, eine zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern abgestimmte Ausländerpolitik zu entwickeln. Hier lag ein besonderes Augenmerk auf der Lage am Wohnungsmarkt. Dieser Gesichtspunkt wurde am 6. Juni 1973 in einem von der Bundesregierung beschlossenen Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung aufgegriffen. Die vorhandene soziale Infrastruktur und die notwendige angemessene Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte sollten in Einklang gebracht werden. Die Bundesregierung wollte, ähnliche wie die bayerische Staatsregierung, ausländische Arbeitskräfte in Ballungsräumen nur zulassen, wenn die Infrastruktur nicht überlastet werden würde. Die von Bayern geforderte Zwangsrotation fand bei der Bundesregierung keine Unterstützung, sie sprach sich gegen das Rotationsprinzip aus.⁵² Vor dem Hintergrund der einbrechenden Konjunktur, der steigenden Arbeitslosigkeit sowie der Ölpreiskrise verfügte die Bundesregierung am 23. November 1973 schließlich einen Anwerbestopp. Die hier beschäftigten Migrantinnen und Migranten konnten nun ein Arbeitsverhältnis nicht mehr kündigen, um dann nach dem Ende der Krise aus ihrer Heimat wieder zurückzukehren und eine Arbeit in Deutschland aufnehmen. Deswegen kam es zu einem verstärkten Familiennachzug. Da 1975 zudem das Kindergeld für die Kinder, die nicht in Deutschland lebten, gekürzt wurde, verstärkte sich der Effekt. Damit war klar, dass sich der Aufenthalt von „Gastarbeitern“ verstetigen würde. Nicht klar war der zahlenmäßige Umfang dieser Entwicklung.

Im Vergleich zum Ansatz der bayerischen Staatsregierung stand die „Ausländerstudie“ von 1972 für ein gegensätzliches Modell. Das Ziel der Stadt München war, eine gleichberechtigte Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess zu ermöglichen, und zwar spätestens nach fünf Jahren Aufenthalt. Die Zugewanderten sollten selbst über ihr Bleiben entscheiden können. Dagegen sah das bayerische Innenministerium politische Mitbestimmung von Nichtstaatsbürgern als Gefahr.⁵³

.....
48 Vgl. Rieder (wie Anm. 43); vgl. Schutkin (wie Anm. 44), S. 37.

49 Vgl. Rieder (wie Anm. 43); vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 429.

50 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 431.

.....
51 Vgl. ebd., S. 432, vgl. Schutkin (wie Anm. 44), S. 55 Anm. 174.

52 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung. Erfahrungsbericht 1972/73, Nürnberg 1974, S. 6 f., vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 434.

53 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 432–435.

Die Wohnungssituation wurde oft als Ghettobildung wahrgenommen. Die Lage schien so belastend, dass es z.B. in der Münchner Stadtverwaltung Pläne für eine stadtteilbezogene Zuzugssperre gab. Dabei war eine Obergrenze von 10 bis 12 % von im Stadtteil lebenden Ausländerinnen und Ausländern vorgesehen. Ab diesem Maximalwert sollte der Zuzug dieser Personengruppe gestoppt werden. In München überschritten 14 Stadtteile den Grenzwert: Oberbürgermeister Georg Kronawitter sprach von einem „Münchner Harlem“. Neben einer Ghettoisierung war auch die befürchtete Überlastung der Infrastruktur durch Zuwanderung ein Argument. In Augsburg gab es z.B. einige Viertel mit einem Ausländeranteil von 48 bis 67 %. Durch einen Bund-Länder-Beschluss wurde 1975 ein bundesweit gültiges Steuerungskonzept ein, das vor einer Überlastung der Infrastruktur schützen sollte. Städte und Kreise ab einem Ausländeranteil von 12 % mussten für den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern gesperrt werden. Bei Bedarf konnte die Sperre auch bei einem geringeren Ausländeranteil beantragt werden. Die Landesregierung nutzte diese Regelung: Die Behörden in Bayern verhängten über zehn Städte und Kreise eine Zuzugssperre für „Gastarbeiter“. Bundesweit gab es 25 gesperrte Kreise und Städte. Diese Regel wurde bereits 1977 aufgehoben, da sie in der Praxis und wegen der zahlreichen Ausnahmen nicht funktionierte.⁵⁴

SCHULPOLITIK

Durch den Familiennachzug war die Migrationspolitik besonders stark im Bereich der Schule betroffen. Mit der wachsenden Arbeitsmigration nahm auch die Zahl der Kinder ausländischer Arbeitskräfte in Bayern zu, und zwar bereits vor dem Anwerbestopp 1973. 1966/67 gab es an den bayerischen Grund- und Hauptschulen 6.300 Schülerinnen und Schüler aus den sechs wichtigsten Herkunftsstaaten Türkei, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal, 1971/72 waren es bereits 24.900. 1973 zählte man 30.000 Schülerinnen und Schüler, zudem lebten hier rund 100.000 ausländische Arbeitnehmerehepaare mit mindestens 80.000 Kindern. 1978/79 wurden an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bayern ca. 75.000 ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet.⁵⁵

.....
54 Vgl. ebd., S. 435 f. und 438 f.

55 Vgl. Bodo Meyner: Gastarbeit – Gastarbeiter, in: Baff. Das Magazin des Bayerischen Jugendrotkreuzes 2/1973, <https://jrk-bayern.de/content/gastarbeit-gastarbeiter> [Stand: 07.11.2021]; vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 430; vgl. Ursula Hecker: Zur Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und Datenlage, S. 16–18.

Bundesweit verzeichnete das Statistische Bundesamt 1973 insgesamt ca. 140.000 ausländische Schülerinnen und Schüler. Für das Schuljahr 1979/80 wurden 552.000 ausländische Lernende an einer allgemeinbildenden Schule gemeldet.⁵⁶

Die Kultusministerien der Länder können dank der Kulturhoheit durch schulpolitische Entscheidungen in der Einwanderungspolitik erheblichen Einfluss ausüben. Die Grundfrage lautete: Sollte die Schulpolitik die Integration oder das Rotationsprinzip fördern? Es ging darum, ob ausländische Kinder deutschsprachige Regelklassen besuchen sollten, um sich langfristig zu integrieren, oder ob sie nationalhomogene Klassen besuchen sollten, um dort für die erfolgreiche Rückkehr in die Entsendestaaten vorbereitet zu werden.⁵⁷

Das bayerische Schulkonzept für die ausländischen Kinder war besonders umstritten: Das Kultusministerium vertrat 1961 die Position, ausländische Kinder, die kein Deutsch sprachen, als „bildungsunfähig“ vom Unterricht zurückzustellen, bis sie bei den Sprachkenntnissen aufgeholt hätten. Für einen Förderunterricht aber gab es kein Geld. Zudem ging man ohnehin nur von einem vorübergehenden Problem aus, da der Arbeitsaufenthalt der Erwachsenen befristet war. Andererseits wurde für ausländische Kinder ein Zusatzunterricht gefördert, der in der Sprache des Herkunftslandes stattfand und dessen Kultur vermittelte, um die Rückkehr in die Heimat zu erleichtern. Immerhin wurde ab 1965 privater Unterricht genehmigt, der die ausländischen Kinder auf den Besuch der Volksschule vorbereiten sollte. Dies wurde später durch Angebote der öffentlichen Schulen ergänzt, aber ohne dass dafür genügend Ressourcen bereitgestellt worden wären.⁵⁸

Für Kinder von „Gastarbeitern“ in Bayern war daher Anfang der 1970er Jahre und auch später eine niedrige Übertrittsquote zu verzeichnen, nur 4 von 100 Grundschulern traten auf die Realschule oder auf das Gymnasium über. Anfang der 1970er Jahre besuchten 62 % der ausländischen Kinder eine nicht ihrem Alter entsprechende Klasse. 1975/76 verließen 52,3 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler die Hauptschule ohne Abschluss, vier- bis fünfmal so viele wie bei ihren deutschen Altersgenossen. Bis in die 1980er Jahre erreich-

.....
56 Vgl. Diether Hopf: Schulprobleme der Ausländerkinder, in: Zeitschrift für Pädagogik 27 (1981), H. 6, S. 839–861, hier S. 843.

57 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 440.

58 Vgl. ebd., S. 441 f.



Kinder mit griechischer Migrationsgeschichte beim Unterricht in der „Hellas-Schule“ der Inneren Mission im Münchner Westend, 1972
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fritz Neuwirth

ten ausländische Jugendliche nur selten weiterführende Schulabschlüsse.⁵⁹

Die Kultusministerkonferenz unterstützte in den 1950er Jahren die Einrichtung separater Klassen, um die Kinder dort in der Herkunftssprache zu unterrichten. 1971 änderte sie ihre Position, Kinder sollten nun vollständig in das deutsche Schulsystem integriert werden. Allerdings forderte sie 1976 bzw. 1979 zusätzlich zur Förderung der Deutschkenntnisse auch eine Verstärkung der muttersprachlichen Bildung.⁶⁰ Der muttersprachliche und landeskundliche Unterricht für die im Aufnahmeland lebenden Kinder von Wanderarbeitern wurde

1975 sogar in der KSZE-Schlussakte von Helsinki festgehalten.⁶¹

Die Länder boten im Prinzip zwei gegensätzliche Positionen an. Westberlin vertrat das Modell der Integration, Bayern setzte, dem Rotationsprinzip entsprechend, auf Reintegration.⁶² Immerhin konnte ein Kind, sobald es über ausreichend Deutschkenntnisse verfügte, durch die Eltern für den deutschen Regelunterricht angemeldet werden. Tatsächlich entschieden sich viele Eltern aber für die Nationalklassen.⁶³ Noch zu Beginn der 1980er Jahre waren ca. 40 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler in Bayern in zweisprachigen Klassen untergebracht. Seit Anfang der 1990er Jahre wurde dieser Anteil aber konsequent abgebaut.⁶⁴

59 Vgl. ebd., S. 441; vgl. Uwe Hunger: Bildungspolitik und „institutionalisierte Diskriminierung“ auf Ebene der Bundesländer. Ein Vergleich zwischen Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen, in: Akgün/ Thränhardt (wie Anm. 1), S. 119-138, hier S. 125; vgl. Jürgen Puskeppeleit/Marianne Krüger-Potratz: Bildungspolitik und Migration. Texte und Dokumente ausländischer Kinder und Jugendlicher 1950-1999, Bd. 1 (Interkulturelle Studien 31), Münster 1999, S. 71 f.

60 Vgl. Puskeppeleit/Krüger-Potratz (wie Anm. 59), S. 47; vgl. Stefanie Schmahl: Die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Eine Bestandsaufnahme des geltenden Rechts, in: RdJB 52 (2004), H. 1, S. 23-38, hier S. 24; vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 443 f.

61 Vgl. Schmahl (wie Anm. 60), S. 28.

62 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 444.

63 Vgl. Baumeister (wie Anm. 47), S. 417 f.; vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 445.

64 Vgl. Hunger (wie Anm. 59), S. 123 f.

Zugespißt formuliert waren in Nordrhein-Westfalen die Chancen Jugendlicher, mit ausländischer Herkunft die Fachoberschulreife oder Abitur zu erlangen, lange Zeit etwa doppelt so groß wie in Bayern. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums erhielten im Freistaat ausländische Jugendliche aber viel leichter eine Lehrstelle.⁶⁵

Insgesamt bestand beim bayerischen Modell die Gefahr, dass die ausländischen Schülerinnen und Schüler isoliert wurden und bei Abschlüssen schlechter abschnitten. Die Münchner „Ausländerstudie“ von 1972 positionierte sich klar gegen das bayerische Modell und setzte auf Integration im Regelunterricht.⁶⁶

Kritiker sehen im bayerischen Ansatz der ethnisch separierenden Klassenbildung eine „institutionalisierte Diskriminierung“.⁶⁷ Andererseits stieß das bayerische Modell bei ausländischen Eltern durchaus auf Zustimmung. Die Mehrheit der „Gastarbeiter“ betonte Anfang der 1970er Jahre, in die Heimat zurückkehren zu wollen: Der Wanderungssaldo war von 1974 bis einschließlich 1979 negativ: Die Zahl der Fortzüge überwog die der Zuzüge um 200.000.⁶⁸

Die Entscheidung lag letztlich bei den Eltern. Diese sprachen sich in Bayern anfangs mehrheitlich für das Reintegrationsangebot aus. Erst nach Jahren sollte sich zuverlässig herausstellen, dass viele Familien, trotz der ursprünglichen Rückkehrabsicht, langfristig blieben.⁶⁹

SPÄTE ANSÄTZE DER PARTIZIPATION

Die Frage der Staatsangehörigkeit wird seit 1949 durch den Bund auf der Basis seiner ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz geregelt (Art. 73 Abs. 2 GG). Andererseits besitzt er hier keine eigene Verwaltungskompetenz, sodass die Einbürgerungen nicht durch den Bund, sondern von den Bundesländern vorgenommen werden.⁷⁰ Die Länder hatten und haben auf die Ausgestaltung der Einbürgerungspolitik großen Einfluss. Das betrifft z.B. die Geneh-

65 Vgl. Thränhardt (wie Anm. 1), S. 15.

66 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 446 f.

67 Hunger (wie Anm. 59), S. 122 ff.

68 Vgl. Harald W. Lederer: Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch, Bonn 1997, S. 180.

69 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 445.

70 Vgl. Heike Hagedorn: Föderalismus und die deutsche Staatsangehörigkeit, in: Akgün/ Thränhardt (wie Anm. 1), S. 91–118, hier S. 97; vgl. Helmut Rittstieg: Einbürgerung als eigene Angelegenheit der Bundesländer, in: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin. Die Ausländerbeauftragte (Hg.): Dokumentation des internationalen Fachkongresses vom 18. bis 19. Oktober 1989, Berlin, S. 131 ff.

migungsverhalte, die Ausstattung und Informationspolitik zuständiger Behörden oder die Dauer der Verfahren.⁷¹ Bayern und das Saarland wiesen oft die geringsten Einbürgerungsraten auf.⁷² Da das Bayerische Innenministerium eine kulturell homogene Gesellschaft anstrebte, wollte es auf eine weitgehende Assimilation der Migranten vor einer etwaigen Einbürgerung nicht verzichten. Zudem sollten Personen, denen die Voraussetzungen zur Einbürgerung fehlten, kaum politische Mitspracherechte erhalten.⁷³

Ohne deutsche Staatsbürgerschaft und das damit verbundene Wahlrecht waren die „Gastarbeiter“ elektoral nicht relevant. Wegen der unterschiedlichen Herkunftsländer war zudem die gemeinsame Identität als Gruppe eher schwach ausgeprägt. Es fehlte außerdem an öffentlichkeitswirksamen Fürsprechern, sie besaßen vorerst keine politischen Advokaten, eine Rolle, die auch von den Massenmedien nur zum Teil übernommen wurde. Die Wahrnehmung in den Medien war ambivalent, da nicht selten soziale Missstände thematisiert wurden.⁷⁴

Erst 1971 führte der Bayerische Landtag eine Grundsatzdebatte über die „Gastarbeiterfrage“.⁷⁵ Immerhin wurden Anfang der 1970er Jahre in Bayern regionale Koordinierungskreise unter der Federführung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung unter Beteiligung von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Arbeitsämter usw. eingerichtet. Sie sollten Maßnahmen für die Betreuung der ausländischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer organisieren. Der erste bayerische Ausländerbeirat wurde 1973 in Nürnberg gewählt, bundesweit der zweite in einer Großstadt nach Wiesbaden. Die Münchner „Ausländerstudie“ hatte festgestellt, dass die Integration der Zugewanderten nicht ohne deren Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess erfolgen könne. Deshalb wurde 1974 auch in der Landeshauptstadt ein Ausländerbeirat gegründet. Zu den vordringlichen Aufgaben des Beirats zählten die Beratung des Stadtrats und der Verwaltung sowie die Artikulation der Interessen der ausländischen Bevölkerung.⁷⁶

71 Vgl. Dietrich Thränhardt: Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit, Bonn 2008, S. 58 f.

72 Vgl. Hagedorn: Föderalismus und die deutsche Staatsangehörigkeit, S. 91 ff.

73 Vgl. Rudloff (wie Anm. 3), S. 435.

74 Vgl. ebd., S. 463.

75 Vgl. ebd., S. 430.

76 Vgl. Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München: Wie alles begann. Die Gründungsgeschichte des Ausländerbeirates München, <http://www.migrationsbeirat-muenchen.de/struk/hist/beginn.htm> [Stand. 01.11.2021].



In einem Wahllokal in München wählen Ausländerinnen und Ausländer erstmals den Ausländerbeirat, 10. November 1991. Obwohl bereits 1974 gegründet, wurde der Münchner Ausländerbeirat erst ab 1991 direkt gewählt.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf: Andreas Heddergott

Heute gibt es immerhin für einen Teil der Zugewanderten das Wahlrecht. Als Folge des Vertrags von Maastricht besitzen seit 1995 alle EU-Staatsangehörigen, die in einem anderen EU-Land leben, in diesem Land das aktive und das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Zudem erleichterten auch die Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts von 1991 und 2000 die Einbürgerung und damit den Zugang zum vollen Wahlrecht. Dieser Zuwachs an Bedeutung steht aber für eine Entwicklung, die über den Zeitrahmen des Artikels hinausweist.

FAZIT

Nach anfänglichen Vorbehalten und Protesten der altingesessenen Bevölkerung und großen Problemen der Unterbringung konnte die Integration der ersten der dargestellten Migrationsgruppen, der Heimatvertriebenen, langfristig gelingen. Es handelte sich um Deutsche im Sinne des Grundgesetzes mit deutscher Sprache, teils bairischem Dialekt, deren Integration man schnell – möglicherweise auch vor dem Hintergrund ihrer elektoralen

Bedeutung – als Notwendigkeit begriff. Auch bei der deutlich kleineren Gruppe der (Spät-)Aussiedlerinnen und -aussiedler, die ebenfalls als deutsche Staatsbürger galten und auf gute Sprachkenntnisse zurückgreifen konnten, war der politische Wille zur Integration in Form von Sonderprogrammen erkennbar.

Dies stellte sich bei der Gruppe der Arbeitsmigrantinnen und -migranten insofern anders dar, als die Bayerische Regierung hier an der Vorstellung festhielt, dass diese nicht dauerhaft in Bayern bleiben würden. Das Konzept der Rotation wirkte sich letztlich auf die Wohnungs-, Schul- und Integrationspolitik dahingehend aus, dass man Zuzugssperren beschloss, ein schulisches Konzept der Reintegration in die Geburtsländer verfolgte und politische Mitspracherechte nur sehr restriktiv zuließ.

Die Unterschiede in der Migrationspolitik spiegeln sich nicht zuletzt auch in der Erinnerungskultur wider, wo im Falle der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter eine entsprechende Würdigung im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen lange Zeit ausblieb. 🍌

Das europäische System der Arbeitsmigration und das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Italien

von Grazia Prontera



Handschlag des Bundesarbeitsministers Anton Storch (links) und des italienischen Außenministers Gaetano Martino (rechts) nach der Unterzeichnung der „Vereinbarungen über die Anwerbung und Vermittlungen von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland“ in Rom, 21. Dezember 1955
Foto: picture alliance/dpa

Migration ist eines der wesentlichen Merkmale der heutigen Gesellschaft in Europa und, wie der Migrationswissenschaftler Stephen Castles schreibt, „... the migratory processes that were to lead to so much change in Europe, started soon after 1945“.¹

Das Wirtschaftswachstum in den westeuropäischen Staaten zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn der 1970er Jahre ging einher mit einem zunehmenden Bedarf an ausländischen Arbeitskräften, die in bestimmten Produktionssektoren eingesetzt wurden. In den ersten Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Arbeiter*innen in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien im Steinkohlebergbau beschäftigt. In Frankreich und der Schweiz arbeiteten sie in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe und im Hotel- und Gaststättengewerbe.² In einigen Bereichen wie dem Textilgewerbe, der Nahrungsmittelindustrie und den Haushalts- oder Pflegedienstleistungen wurden haupt-

sächlich weibliche ausländische Arbeitskräfte eingestellt.³

Das erste Land, das den Industrien in Westeuropa ein großes Potenzial an Arbeitskräften bot, war Italien. Die Regierung in Rom versuchte, mit der Vermittlung seiner Arbeitslosen interne Probleme zu lösen. Deren Beschäftigung im Ausland versprach einerseits eine Lösung für die hohe Arbeitslosigkeit und die wachsenden sozialen Gegensätze, andererseits eine Möglichkeit, durch die Lohnüberweisungen aus dem Ausland die eigene Wirtschaft anzukurbeln.⁴ Zwischen 1946 und 1948 stellte Belgien 80.000 italienische Arbeiter im Bergbau ein, während Frankreich und die Schweiz 100.000 beziehungsweise 250.000 Italiener*innen in verschiedenen Wirtschaftssektoren beschäftigten.⁵



Eine italienische Kellnerin in der Schweiz schenkt einem Gast Wein nach, März 1948.

Foto: *akg-images/keystone/BN*

BILATERALE ABKOMMEN ZUR REGELUNG DER ARBEITSMIGRATION

Ab Mitte der 1950er Jahre setzten alle industrialisierten Länder Westeuropas zunehmend auf bilaterale Abkommen mit den Mittelmeerländern.⁶

Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Schwe-

3 Vgl. Monica Mattes: „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbspolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt am Main 2005; Verena Lorber: *To come into focus. Female "Guest Workers" from former Yugoslavia in Austria (1960-1980)*, in: Günter Bischof/Dirk Rupnow (Hg.): *Migration in Austria*, Innsbruck 2017, S. 161-186.

4 Vgl. Heike Knortz: *Gastarbeiter für Europa. Die Wirtschaftsgeschichte der frühen Europäischen Migration und Integration*, Köln/Weimar/Wien 2016.

5 Vgl. Frank Caestecker/Eric Vanhoute: Zuwanderung von Arbeitskräften in die Industriestaaten Westeuropas. Eine vergleichende Analyse der Muster Arbeitsmarktintegration und Rückkehr 1945-1960, in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hg.): *Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, München 2012, S. 39-52, hier S. 42; Yvonne Rieker: *Italian Labour Migrants in Northern, Central, and Western Europe since the End of World War II*, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hg.): *The Encyclopedia of European Migration and Minorities. From the seventeenth century to the present*, Cambridge 2011, S. 507-511.

6 Vgl. Clelia Caruso/Jenny Pleinen/Raphael Lutz (Hg.): *Postwar Mediterranean Migration to Western Europe. Legal and Political Frameworks, Sociability and Memory Cultures*, Frankfurt am Main 2008; Jenny Pleinen: *Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2012.

1 Stephen Castles: *Immigration and Asylum: Challenges to European Identities and Citizenship*, in: Dan Stone (Hg.): *Postwar European History*, Oxford 2012, S. 201-219, hier S. 205.

2 Vgl. Klaus J. Bade: *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; Heinz Fassmann: *Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Albert Kraler/Veronica Bilger/Irene Stacher (Hg.): *Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850*, Wien 2007, S. 32-53.

den, die Schweiz und in geringem Rahmen auch Großbritannien schlossen bilaterale Abkommen mit Algerien, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien und Tunesien. Zwischen 1946 und 1959 wurden 15 Abkommen unterzeichnet, zwischen 1960 und 1969 weitere 37.⁷

Die unterzeichneten Verträge sicherten den Ausländer*innen zwar eine Gleichstellung gegenüber den einheimischen Arbeitskräften hinsichtlich Lohn und Arbeitsrecht zu, gleichzeitig handelte es sich aber um Zeitverträge, mit denen die Arbeiter*innen an den Platz und die Beschäftigung gebunden waren, für die sie ausgewählt worden waren.⁸

Das weitverzweigte Beziehungsgeflecht zwischen den Industrienationen und den Arbeitskraft exportierenden Ländern wurde einerseits geprägt durch die Konkurrenz unter den Nationen, die sich die größtmögliche Anzahl an Arbeitskräften für ihren eigenen Arbeitsmarkt sichern wollten, und andererseits den Mittelmeerländern, die Zugang zu den Arbeitsmärkten mit den besten Arbeits- und Lebensbedingungen für die eigenen Arbeiter*innen bekommen wollten.⁹

Die Anzahl der Arbeitskräfte, die von den beteiligten Staaten organisiert und verwaltet wurde, war abhängig von der Nachfrage der verschiedenen Arbeitsmärkte und folgte den Verläufen von Produktion und Wirtschaftswachstum. Während die Industrienationen die Aufnahmekontingente für die ausländischen Arbeiter*innen vorgaben, entschieden die Herkunftsländer, aus welchen Regionen diese aufbrachen, und handelten somit ihren eigenen ökonomischen und politischen Anforderungen entsprechend. Etliche der Mittelmeerländer, mit denen die europäischen Industrienationen bilaterale Abkommen schlossen, hatten autoritäre Regierungen, die durch die Unterzeichnung der Verträge versuchten, nach innen Zustimmung zum Regime herzustellen und es nach außen auf internationalem Niveau zu legitimieren.¹⁰ Die ausländischen Arbeitskräfte kamen in erster Linie als einfache un- und angelernte Arbeiter*innen für Tätigkeiten, die

als schwere körperliche, gesundheitsschädigende oder schlecht bezahlte Arbeiten galten und die einheimische Arbeitskräfte nicht mehr ausführen wollten. Nach Wunsch der Industrienationen sollten die bilateralen Abkommen eine Reserve an Arbeitskräften garantieren, die in Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums temporär und rotierend eingesetzt und in Zeiten der Rezession problemlos wieder verringert werden könnte.

„GASTARBEITER*INNEN“ IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland schloss 1955 ein Anwerbeabkommen mit der Republik Italien. Für Italien¹¹ war es das letzte der 14 bilateralen Arbeitsabkommen, die es seit 1946 abgeschlossen hatte, für die Bundesrepublik war es das erste und galt als „Muster“ für die folgenden Abkommen.¹²

Bis Mitte der 1950er Jahre waren die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der sowjetisch besetzten Zone stammenden Vertriebenen und Flüchtlinge der Motor des westdeutschen Wiederaufbaus und wirtschaftlichen Wachstums gewesen. Waren es 1950 ca. acht Millionen Vertriebene und 300.000 Flüchtlinge aus der neu gegründeten DDR, zählte man zehn Jahre später bereits zehn Millionen Vertriebene und mehr als drei Millionen aus der DDR geflüchtete Personen.¹³ Die Verschärfung des Kalten Krieges, deren deutlichstes Zeichen der Bau der Berliner Mauer 1961 war, führte zu einer Unterbrechung der Migrationsflüsse aus dem Osten und zwang die Bundesrepublik Deutschland zum Abschluss weiterer bilateralen Abkommen, um ihr Wirtschaftswachstum zu fördern: mit Griechenland und Spanien 1960, der Türkei 1961, Marokko 1963, Portugal 1964, Tunesien

7 Vgl. Christoph A. Rass: Die Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Griechenland und Spanien im Kontext eines europäischen Migrationssystems, in: Oltmer u.a. 2012 (wie Anm. 5), S. 53-69.

8 Vgl. Luciano Tosi: *La tutela internazionale dell'emigrazione*, in: Piero Bevilacqua u.a. (Hg.): *Storia dell'emigrazione italiana*, Vol. II, Roma 2001, S. 439-456.

9 Vgl. Rass (wie Anm. 7), S. 57.

10 Vgl. Jochen Oltmer: *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*, Darmstadt 2017, S. 190 f.

11 Vgl. Philip Zölls: *Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken*, München 2019; Barbara Sonnenberger: *Verwaltete Arbeitskraft. Die Anwerbung von „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeitern“ durch die Arbeitsverwaltung in den 1950er und 1960er Jahren*, in: Jochen Oltmer (Hg.): *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zu der Gegenwart*, Göttingen 2003, S. 145-174.

12 Italien unterzeichnete bilaterale Anwerbeabkommen unter anderem mit Belgien und Frankreich im Jahr 1946, mit Großbritannien und Schweden im Jahr 1947, mit Luxemburg, die Schweiz und Niederlande im Jahr 1948. Italien schloss bilaterale Verträge auch mit Tschechoslowakei im Jahr 1947 und mit Ungarn im Jahr 1952 ab, die jedoch auf Grund des Kalten Krieges unwirksam blieben, vgl. *Michele Colucci: Lavoro in movimento. L'emigrazione italiana in Europa 1945-1957*, Roma 2008.

13 Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 193 f.



Ein türkischer Arbeitsmigrant in einer Textilfabrik, 1971
Foto: ullstein bild/Pictures from history

1965 und Jugoslawien 1968.¹⁴ Ende der 1960er Jahren stammten die meisten ausländischen Arbeitnehmer*innen aus Italien (348.977, insbesondere aus den südlichen Regionen Kampanien, Apulien, Sizilien), aus dem ehemaligen Jugoslawien (265.036, vor allem aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien), aus der Türkei (244.335, besonders aus Ankara und Mittel- und Westanatolien), aus Griechenland (191.210, mehrheitlich aus dem Norden), Spanien (143.058, mehrheitlich aus dem Süden)

.....
14 Vgl. u.a. Yvonne Rieker: „Ein Stück Heimat findet man ja immer“. Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik, Essen 2003; Karin Hunn: „Nächstes Jahr kehren wir zurück“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005; Karolina Novinsćak: *The Recruiting and Sending of Yugoslav "Gastarbeiter" to Germany: Between Socialist Demands and Economic Needs*, in: Ulf Brunnbauer (Hg.): *Transnational Societies, Transterritorial Politics. Migrations in the (Post-)Yugoslav Region 19th-21th century*, München 2009, S. 121-144; Carlos Sanz Díaz: „Illegale“, Halblegale“, „Gastarbeiter“. Die irreguläre Migration aus Spanien in die Bundesrepublik Deutschland im Kontext der deutsch-spanischen Beziehungen 1960-1973, Berlin 2010; Andreas Pott/Khatima Bouras-Ostmann/Rahim Hajji/Soraya Mokat (Hg.): *Jenseits von Rif und Ruhr. 50 Jahre marokkanische Migration nach Deutschland*, Wiesbaden 2014.

und aus Portugal (29.534).¹⁵ Der Großteil der Frauen stammte aus dem ehemaligen Jugoslawien (85.497), aus Griechenland (81.077), Italien (80.962), aus der Türkei (53.573), Spanien (45.066) und Portugal (8.416). Die arbeitstätigen Frauen waren in erster Linie im „verarbeitenden Gewerbe“ (insbesondere Textilgewerbe) beschäftigt (165.863) und in der „Eisen- und Metallerzeugung/-verarbeitung“ (146.691).¹⁶

Von den Männern waren die meisten, 563.587, in der „Eisen- und Metallerzeugung/-verarbeitung“ (vor allem Elektrotechnik, Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau) tätig, 387.214 im „verarbeitenden Gewerbe“ (insbesondere Textilgewerbe) und 232.204 im „Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe“.¹⁷

Die Anzahl der ausländischen Arbeiter*innen betrug 1973 etwa 2,6 Millionen, das entsprach zehn Prozent der Arbeitskräfte insgesamt. Die Zahl der ausländischen Einwohner*innen erreichte vier Millionen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug etwa sieben Prozent.¹⁸ Der im November 1973 beschlossene Anwerbestopp brachte die staatlich geförderte und organisierte Einstellung ausländischer Arbeiter*innen zum Stillstand.¹⁹

DAS DEUTSCH-ITALIENISCHE ANWERBEABKOMMEN

Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Italien gab es seit Anfang der 1950er Jahre, als die italienische Regierung infolge der stetigen Abnahme italienischer Exporte nach Deutschland die Bundesregierung bat, italienische Saisonarbeitskräfte zu beschäftigen.²⁰ Im Zuge des ökonomischen Wiederaufbaus Europas in der Nachkriegszeit, in dessen Zentrum die Steigerung der Exporte und damit einhergehend eine Liberalisierung des Außenhandels standen, war eine starke gegenseitige Abhängigkeit zwischen beiden Län-

.....
15 Bundesanstalt für Arbeit: *Ausländische Arbeitnehmer 1969*, Nürnberg 1970, S. 17 und 24-30.

16 Ebd., S. 17.

17 Ebd., S. 11.

18 Vgl. Christoph Rass: *Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt: Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974*, Paderborn 2010, S. 76.

19 Vgl. Marcel Berlinghoff: *Das Ende der „Gastarbeit“*. Europäische Anwerbestopps 1970-1974, Paderborn 2013.

20 Vgl. Johannes-Dieter Steinert: *Migration und Politik. Westdeutschland-Europa-Übersee 1945-1961*, Osnabrück 1995.



Fertigungsstraße der Fiat-Werke in Turin, wo man international konkurrenzfähig war, während in anderen Regionen Italiens Arbeitslosigkeit herrschte, 1956
Foto: ullstein bild

dern entstanden.²¹ Die Entwicklung einer international wettbewerbsfähigen Industrie beschränkte sich in Italien allerdings auf das sogenannte Industrie-Dreieck zwischen Mailand, Turin und Genua.²² Der Fokus lag auf der Steigerung der Produktivität und der Exporte, während das Problem der Arbeitslosigkeit ungelöst blieb.²³

Unter Ministerpräsident Alcide De Gasperi versuchte die italienische Regierung, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, indem sie institutionalisierte Wege der Arbeitsmigration schuf.²⁴ De Gasperi beabsichtigte, im Zuge gegenseitiger Handelskonzessionen Beschäftigungsmöglichkeiten für italienische Arbeitskräfte in den Mitgliedsländern der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammen-

arbeit (OEEC) zu finden. Die Bundesrepublik hingegen hatte, um die soziale und politische Stabilität zu garantieren, die Vollbeschäftigung zum Ziel erklärt.²⁵ Es verwundert daher wenig, dass sich noch zu Beginn des Jahres 1954 das Arbeitsministerium und die Gewerkschaften in der Bundesrepublik gegen Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften mit Italien wehrten und auf die hohe Arbeitslosenquote im Agrarsektor hinwiesen. Andererseits war Italien ein bedeutender Importeur von Kohle und der Großteil der deutschen Exporte ging an die italienische Maschinenbau-, Metall- und chemische Industrie.²⁶ Die Bundesregierung schlug Italien Anfang 1955 ein Abkommen vor, das umgesetzt werden sollte, sobald in Deutsch-

21 Vgl. Maximiliane Rieder: *Deutsch-italienische Wirtschafts-Beziehungen – Kontinuitäten und Brüche 1936-1957*, Frankfurt am Main/New York 2005.

22 Vgl. Andreina De Clementi: *Il prezzo della ricostruzione. L'emigrazione italiana nel secondo dopoguerra*, Roma/Bari 2010.

23 Vgl. Elia Morandi: *Governare l'emigrazione. Lavoratori italiani verso la Germania nel secondo dopoguerra*, Torino 2011.

24 Vgl. Colucci (wie Anm. 12).

25 Vgl. Hermann Graml: *L'eredità di Adenauer*, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hg.): *Italia e Germania 1945-2000. La costruzione dell'Europa*, Bologna 2005, S. 191-205, hier S. 197; Werner Abels- hauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2011.

26 Vgl. Maximiliane Rieder: *Migrazione ed economia. L'immigrazione italiana verso la Germania occidentale dopo la seconda guerra mondiale*, in: *Il Veltro L* (2006), H. 1-2, S. 55-70, hier S. 58.



Italiener warten vor dem Emigrationszentrum in Verona, wo sie nach einem Eignungstest und einer ärztlichen Untersuchung durch die Deutsche Kommission einen Arbeitsvertrag unterzeichnen können, 1960.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Jenő Kovacs

land Vollbeschäftigung erreicht werden und Bedarf an Arbeitskräften bestehen würde.²⁷ Am 20. Dezember 1955 trat dieses Abkommen mit der Unterschrift des deutschen Bundesministers für Arbeit Anton Storch und des italienischen Außenministers Gaetano Martino in Rom in Kraft.²⁸

Es umfasste sieben Abschnitte, in denen Zuständigkeiten und Modalitäten der Anwerbung und Vermittlung, der Betreuung, des Lohntransfers und der Familienzusammenführung sowie der Kostenübernahme von Auswahlverfahren und Reisen festgehalten waren. Die Präambel zeigt das gegenseitige Interesse an der Unterzeichnung und

27 Vgl. Johannes-Dieter Steinert: *Migration and Migration Policy. West Germany and the Recruitment of Foreign Labour 1945-1961*, in: *Journal of Contemporary History* 49 (2014), H. 1, S. 9-27.

28 Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland, in: *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* 4 (1956), Nr. 2, S. 44-55.

den symbolischen sowie wirtschaftlichen Wert für den Wiederaufbau eines gemeinsamen Europas: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Italienischen Republik, von dem Wunsch geleitet, die Beziehungen zwischen ihren Völkern im Geiste europäischer Solidarität zu beiderseitigem Nutzen zu vertiefen und enger zu gestalten sowie die zwischen ihnen bestehenden Bande der Freundschaft zu festigen, in dem Bestreben, einen hohen Beschäftigungsgrad der Arbeitskräfte zu erreichen und die Produktionsmöglichkeiten voll auszunutzen, in der Überzeugung, dass diese Bemühungen den gemeinsamen Interessen ihrer Völker dienen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern, haben die folgende Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland geschlossen“.²⁹

Der erste Abschnitt des Abkommens stellte bereits das

29 Ebd., S. 52.

tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen den beiden Ländern klar: Es oblag ausschließlich der Bundesrepublik Deutschland, entsprechende Verhandlungen mit der italienischen Regierung einzuleiten und sowohl die Berufe als auch die Anzahl der benötigten Personen zu bestimmen, „wenn sie einen Mangel an Arbeitskräften feststellte, den sie durch Aufnahme von Arbeitern italienischer Staatsangehörigkeit beheben will“.³⁰

Verantwortlich für die Rekrutierung und Anstellungen der Arbeitskräfte waren auf deutscher Seite die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und auf italienischer Seite das Arbeitsministerium (*Ministero del Lavoro e della Previdenza Sociale*). Verwaltet wurde diese staatlich organisierte Arbeitsmigration durch die Emigrationszentren; dort saß die „Deutsche Kommission in Italien“, die für die Auswahl der Arbeitskräfte zuständig war. Die Deutsche Kommission sammelte die Anforderungen der deutschen Arbeitgeber und reichte sie an das italienische Arbeitsministerium weiter. Die Anforderungen sollten präzise Daten beinhalten: „Beruf, Qualifikation und etwaige andere Wünsche des Arbeitgebers bezüglich der Arbeiter, über die Art der Beschäftigung und ihre voraussichtliche Dauer, über die Besonderheiten der vorgesehenen Arbeiten, über die maßgebenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, über die Möglichkeit der Unterkünfte und der Verpflegung“.³¹

Das italienische Arbeitsministerium hatte die Aufgabe, die geeigneten Arbeitskräfte in den verschiedenen italienischen Provinzen zu suchen und erste Auswahlverfahren durchzuführen. Die ausgesuchten Arbeitskräfte wurden dann nach Verona geschickt, wo die Deutsche Kommission auf der Grundlage eines Eignungstests und einer ärztlichen Untersuchung die Endauswahl traf. Der Eignungstest sollte die Allgemeinbildung des Bewerbers, seine berufliche Qualifikation und eventuell vorhandene Arbeitserfahrungen im Ausland prüfen. Mit der ärztlichen Untersuchung wurden der allgemeine Gesundheitszustand und die körperliche Eignung in Bezug auf die in Deutschland aufzunehmende Tätigkeit überprüft. Nur wer beides bestand, konnte den Arbeitsvertrag unterschreiben. Personen, bei denen die Ärzte „Krankheiten oder Gesundheitsstörungen, welche die Eignung für die auszuführenden Tätigkeiten erheblich einschränken oder ausschließen“, feststellten, wurden nicht rekrutiert, sie hätten, hieß es, das Zusammenleben mit ande-

30 Ebd.

31 Ebd.

ren Menschen gefährden oder dauerhafte medizinische Betreuung benötigen können.³² Nach ihrer Vertragsunterzeichnung waren die italienischen Arbeitskräfte den deutschen Arbeitnehmern mit gleicher Qualifikation gleichgestellt. Die gesamte Vermittlungsprozedur und die Reise wurden von der italienischen Regierung und von den anwerbenden deutschen Unternehmen bezahlt – die Reisekosten vom Herkunftsort bis zum Brenner übernahm der italienische Staat, für die restliche Strecke zahlte der deutsche Arbeitgeber. Die Modalitäten für die Rückreise sollten mit dem deutschen Arbeitgeber individuell vereinbart werden.³³

DIE DEUTSCHE KOMMISSION IN ITALIEN

Die Deutsche Kommission begann ihre Arbeit am 6. Februar 1956 im Emigrationszentrum in Mailand, am 1. Juni 1956 zog sie nach Verona um, wo sie bis 1982 aktiv war. Von 1960 bis 1966 hatte sie auch einen Sitz in Neapel.³⁴ Die Emigrationszentren in Italien waren Mailand, Genua, Neapel, Messina und Verona. Die Besonderheit in Verona bestand darin, dass dort ausschließlich die Deutsche Kommission angesiedelt war, während in Mailand beispielsweise drei Kommissionen ständig (die belgische, die französische und die britische) und mehrere zeitweilig (die niederländische, die schwedische, die brasilianische und die südafrikanische) vertreten waren. Das Emigrationszentrum in Verona war in den ersten vier Jahren in unzureichenden Räumlichkeiten untergebracht und hatte lediglich 361 Schlafplätze, davon 20 für Frauen.³⁵ In einem Schreiben der Deutschen Kommission in Italien von 1960 heißt es dazu: „In ‚meiner‘ Vermittlungsabteilung sind in acht reichlich primitiven Räumen zusammen 30 Personen beschäftigt. In diesen Räumen müssen täglich aber noch 300 – 400 Arbeitskräfte abgefertigt werden, das Wort Vermittlung möchte ich in

.....
32 Bescheinigung über die berufliche Vorauslese und Grundsätze über Art und Umfang der gesundheitlichen Prüfung gemäß Artikel 7 der Vereinbarung in Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 4 (1956), Nr. 2, S. 56 f. und 62 f.

33 Vgl. Deutsch-italienische Vereinbarungen (wie Anm. 28), S. 44.

34 Die Akten des Emigrationszentrums in Verona lagern seit dessen Schließung im Jahr 1982 im Keller der Direktion des Provinzarbeitsamts (*Direzione Provinciale del Lavoro*). Die für die Rekonstruktion der Geschichte des Migrationszentrums benutzten Jahresberichte waren zur Zeit meiner Forschung nicht archiviert. Ab 2010 wurden die Akten ins Staatsarchiv Verona verbracht, vgl. Grazia Prontera: *Partire, tornare, restare? L'esperienza migratoria dei lavoratori italiani nella Repubblica Federale Tedesca nel secondo dopoguerra*, Milano 2009.

35 *Direzione Provinciale del Lavoro (DPL), Centro di Emigrazione di Verona: Relazione sull'attività del Centro di Emigrazione 1957*, S. 8.



Italienische Arbeiterinnen in einer deutschen Wurstfabrik, 1970
Foto: ullstein bild/
Moosbrugger

diesem Zusammenhang nicht anwenden. Hinzu kommt, dass uns ein Karteiapparat und die ärztlichen Untersuchungen stärkstens behindern, wir könnten sonst mindestens das Doppelte an Kräften durchpressen. Arbeitskräfte stehen in großer Zahl zur Verfügung, allein aus der Provinz Lecce sind uns rd. 2.000 abmarschbereite Kräfte gemeldet und wir können sie nur in kleinen Raten abrufen, da die Kapazität einfach viel zu klein ist.“³⁶

1961 zog das Emigrationszentrum in Verona in ein nur 300 Meter vom Hauptbahnhof entferntes fünfstöckiges Gebäude mit einer Gesamtfläche von 2.400 Quadratmetern, in dem bis 1000 Personen pro Tag aufgenommen werden konnten.³⁷ Das beeindruckende Gebäude und die hohen Aufwendungen Italiens für die Organisation der Arbeitswanderung zeigen, welchen großen Stellenwert die Auswanderung als Element der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Italiens hatte. Diese „staatlich organisierte“ Arbeitsmigration folgte aber vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In den Zeiten

wirtschaftlichen Wachstums fanden Arbeitskräfte aus Italien Stellen in allen Produktionsbereichen, insbesondere in der Industrie. Vor allem kamen Hilfskräfte. In Zeiten der Rezession wurden qualifizierte den ungelernen Arbeitskräften vorgezogen.

ARBEITSMIGRATION ZWISCHEN STAATLICHER ORGANISATION UND FREIZÜGIGKEIT

Die „staatlich organisierte“ Arbeitsmigration veränderte sich zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre sukzessive und verlor ihren Saisoncharakter, weil nicht mehr Land- und Bauwirtschaft dominierten, sondern die Industrieproduktion mit ihrem ganzjährigen Bedarf an Arbeitskräften. Die saisonale Arbeitsmigration speiste sich hauptsächlich aus dem Veneto, Kampanien und Apulien und führte nach Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In den 1960er Jahren reisten Arbeitskräfte aus allen Regionen Südtaliens zunehmend auch nach Bayern und Hessen und die Arbeitsmigration nahm einen permanenten Charakter an. Die vermittelten Arbeitskräfte waren hauptsächlich Männer, obwohl seitens der Bundesrepublik Deutschland ein starkes Interesse an Frauen für die Sektoren Landwirtschaft, Gaststättengewerbe und Lebensmittelindustrie herrschte; die italie-

36 Bundesarchiv Koblenz, B 119, 3055, Herrn Präsident Dr. Seifriz, Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Verona 19.03.1960.

37 DPL, *Centro di Emigrazione di Verona: Relazione sull'attività del Centro di Emigrazione 1961*, S. 15-19.

nischen Institutionen und die Italienerinnen selbst unterstützten diese spezifischen Anfragen nicht.³⁸

Im April 1956 verließ das erste Kontingent von 1.389 Saisonarbeitern Italien. Am Ende des ersten Anwerbejahres arbeiteten bereits 10.240 Italiener*innen in der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl der über das Emigrationszentrum Angeworbenen stieg weiter rasant an, da 1959 in der Bundesrepublik Vollbeschäftigung herrschte und die Zahl der Arbeitslosen niedriger war als die der erforderlichen Arbeitskräfte.³⁹ In diesem Jahr wurden 25.004 italienische Arbeiter*innen (davon 576 Frauen) über das Emigrationszentrum in Verona in die Bundesrepublik Deutschland vermittelt. Die Jahre 1960 und 1961 waren charakterisiert durch ein starkes Wirtschaftswachstum, daher wurde eine zweite Deutsche Kommission am Emigrationszentrum in Neapel eingerichtet. 1960 fielen 93.284 Italiener*innen in die Kategorie der „staatlich organisierten“ Arbeitsmigration (das waren 66 Prozent aller italienischen Arbeitsmigrant*innen, die in dem Jahr in die Bundesrepublik kamen). Das folgende Jahr 1961 war das mit der umfangreichsten Vermittlungstätigkeit der Emigrationszentren in Verona und Neapel: Von 165.793 italienischen Arbeitskräften kamen 107.030 „staatlich organisiert“, darunter 2942 Frauen (das waren 64,6 Prozent aller italienischen Arbeitsmigrant*innen, die in dem Jahr in die Bundesrepublik kamen). Und 1961 war zugleich das letzte Jahr, in dem die Mehrzahl der italienischen Arbeitsmigrant*innen über die Emigrationszentren vermittelt wurde.⁴⁰

Die italienische Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich zum einen im Rahmen eines bilateralen Anwerbeabkommens und zum anderen im Rahmen der Römischen Verträge, die schrittweise durch die Verordnungen von 1961 (EWG 15/61), 1964 (EWG 38/68) und 1968 (EWG 1612/68) die Freizügigkeit von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ermöglichten. Diese Verträge hatten zur Folge, dass seit Beginn der 1960er Jahre neue Formen der Rekrutierung entstanden, die nunmehr unabhängig von der Vermittlung durch die Emigrationszentren

.....
38 Grazia Prontera: Das Emigrationszentrum in Verona. Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1975, in: Oltmer u.a. 2012 (wie Anm. 5), S. 89-102.

39 Vgl. Herbert (wie Anm. 13), S. 203-208.

40 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Einschaltungsgrad der deutschen Vermittlungsstellen im Ausland 1957-1970, Arbeitsstatistik 1970, Nürnberg 1971, S. 82; Bundesarchiv Koblenz, B119/3013, Deutsche Kommission in Italien, Beschäftigung, Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitnehmer, Erfahrungsbericht 1969, S. 42.



Ein italienischer Arbeiter (rechts) mit seinem Kollegen bei der Fertigung eines VW Käfers, 30. November 1961; die Ölkrise 1973 führte für viele italienische Arbeitnehmer zum Verlust der Arbeitsstelle.
Foto: picture-alliance/dpa/Fotograf: Hans Heckmann

waren. Die italienischen Arbeitskräfte konnten die bereits etablierten Migrationsketten nutzen und fanden Arbeit, indem sie sich direkt im Ausland bewarben.

Die Deutsche Kommission in Neapel wurde 1966 abgezogen, das Emigrationszentrum in Verona vermittelte 1966 bloß 8.391 (davon 520 Frauen) Arbeitskräfte in die Bundesrepublik und 1967 nur noch 3.987 (davon 157 Frauen).⁴¹ Nach der Rezession in den Jahren 1966/67 führte der darauf folgende erneute wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik zu keinem Wiedererstarren der Emigrationszentren; 1968 reisten nur noch acht Prozent (10.489 davon 212 Frauen) der in die Bundesrepublik kommenden 130.236 Italiener*innen über das Emigrationszentrum in Verona.⁴² Seit dem 8. November 1968 galt die unbegrenzte Freizügigkeit für Arbeitskräfte innerhalb der EWG und damit verlor die „staatlich orga-

.....
41 DPL, *Centro di Emigrazione Verona: Relazione sull'attività del Centro di Emigrazione 1967*, S. 25-29.

42 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (wie Anm. 40), S. 82; Bundesarchiv Koblenz (wie Anm. 40), S. 42.



Der Postangestellte Luigi Ronucci aus Italien mit seiner Familie in München, 1960er Jahre
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

nisierte“ zugunsten der „unbegleiteten“ Migration weiter an Bedeutung. Im Jahr 1971 kam nur noch ein Prozent der italienischen Arbeitsmigrant*innen (2.000 von 154.000) über das Emigrationszentrum in die Bundesrepublik Deutschland.⁴³

Während die Aktivitäten im Emigrationszentrum in Italien stark zurückgingen, wuchsen die der Deutschen Kommissionen in Jugoslawien und in der Türkei erheblich: Die Zahl der im damaligen Jugoslawien Ausgewählten betrug

73.492, in der Türkei 63.777.⁴⁴ Die Arbeitsmigration aus diesen Ländern blieb bis zum Anwerbestopp 1973 weitgehend unter der Kontrolle der jeweiligen Deutschen Kommission: 1972 wurden im Durchschnitt 66 Prozent der Arbeitnehmer aus Griechenland, Jugoslawien und der Türkei über die Emigrationszentren in die Bundesrepublik vermittelt, von den Arbeitskräften aus Portugal, Spanien, Marokko und Tunesien waren es durchschnittlich 80 Prozent.⁴⁵ Aufgrund der Mitgliedschaft Italiens in der EWG waren die italienischen Arbeitskräfte nicht vom Anwerbe-

43 Das Emigrationszentrum in Verona blieb bis 1982 bestehen, dann übernahm eine deutsche Kontaktstelle in Rom, die bereits seit 1969 für die Pflege der Beziehungen zu den italienischen Institutionen zuständig war, dessen Aufgaben. Vgl. Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer im Bundesgebiet nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1954 bis 1973, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1974, S. 12.

44 Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. In das Bundesgebiet neu eingereiste ausländische Arbeitnehmer nach der Staatsangehörigkeit 1964-1973, Arbeitsstatistik 1973, Nürnberg 1974, S. 46.

45 67,3 % aus Griechenland (16.602 von 24.666), 63,3 % aus Jugoslawien (47.815 von 75.501), 64,8 % aus der Türkei (62.394 von 96.210), 87,5 % aus Portugal (14.420 von 16.476), 78,3 % aus Spanien (22.463 von 28.657), 75,7 % aus Marokko (3034 von 4003), 78,8 % aus Tunesien (1517 von 1923), Bundesanstalt für Arbeit (wie Anm. 43), S. 46.

stopp der Bundesregierung aus dem Jahr 1973 betroffen. Die Auswirkungen der Ölkrise machten sich vor allem im deutschen Automobilsektor negativ bemerkbar und die Zahl der dort beschäftigten italienischen Arbeitskräfte ging zurück. Insgesamt jedoch verfestigte sich die Anzahl der Italiener*innen in Deutschland mit 600.000 Personen und ist mit heute 648.360 Personen seitdem weitgehend stabil.⁴⁶

ANWERBESTOPP UND VERFESTIGUNG DER PRÄSENZ AUSLÄNDISCHER EINWOHNER*INNEN

Zwischen 1960 und 1973 betraf die „innereuropäische Arbeitsmigration“ ca. 30 Millionen Menschen und verband etwa 20 Nationen miteinander.⁴⁷ In der Bundesrepublik Deutschland hatten sich zwischen 1955 und 1973 ca. 14 Millionen Arbeitnehmer*innen, teils mit Familie, zumindest zeitweise aufgehalten.⁴⁸

Zu Beginn der 1970er Jahre war die Bundesrepublik Deutschland unter den westlichen Staaten das Land, in dem die meisten Ausländer*innen, etwa drei Millionen, lebten und arbeiteten.⁴⁹ Weitere 2,6 Millionen waren in Frankreich, zwei Millionen in Großbritannien, eine Million in der Schweiz, 700.000 in Belgien und 260.000 in den Niederlanden.⁵⁰ Zwischen 1973 und 1974 erließen alle Industrienationen einen Aufnahmestopp für ausländische Arbeitskräfte und unterbrachen damit abrupt das System der Anwerbung. Das Rotationsprinzip, das den bilateralen Verträgen zugrunde lag und auf eine zeitlich begrenzte Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte abzielte, hatte sich in den 1960er Jahren stark gewandelt, als die Arbeitgeber, um dem durch dauerhaftes Wirtschaftswachstum steigenden Bedarf an Arbeitskräften nachzukommen,

auch die Verträge der ausländischen Arbeitnehmer*innen immer wieder verlängert hatten. Der lange Aufenthalt in fremden Ländern veranlasste diese, ihre Familien nachzuholen – und deren Anwesenheit wiederum stellte die Staaten nun vor die Frage, ob die Tätigkeit der ausländischen Arbeiter*innen weiterhin so unersetzlich sei, dass auch die Kosten und Anstrengungen für ihre soziale Integration in Kauf genommen werden müssten, oder ob man besser wieder auf die eigenen Ressourcen, vor allem unter den Jugendlichen und den Frauen, setzen sollte. Zudem dachten viele Industriestaaten über die Reduzierung der ausländischen Arbeitskräfte durch eine stärkere Automatisierung der Produktion und über deren Verlagerung in die Herkunftsländer nach.⁵¹

Der Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der EWG, den alle Industrienationen etwa zeitgleich verfügten, sollte in Kombination mit der „natürlichen Fluktuation“ der ausländischen Arbeitskräfte zu einer raschen Reduzierung führen. Allerdings förderte die Maßnahme die Rückkehr der ausländischen Arbeiter*innen in ihre Herkunftsländer nicht. Die Entwicklung in diesen Ländern war nicht so weit fortgeschritten, um die emigrierten Arbeiter*innen in das jeweilige Produktionsgefüge eingliedern zu können. Zudem bestand nach einer Rückkehr ins Heimatland die Gefahr, in keiner der Industrienationen mehr Arbeit zu finden, und brachte die ausländischen Arbeitnehmer*innen dazu, in den Zielländern zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. Statt einer Reduzierung bewirkte der Anwerbestopp also eine Verfestigung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer*innen und deren Familien in den Industrienationen und diese wurden eine feste Komponente der europäischen Stadtgesellschaften. 🟡

.....
46 Vgl. Statistisches Bundesamt, Ausländische Bevölkerung, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-geschlecht.html> [Stand: 11.10.2021].

47 Rass (wie Anm. 18), S. 9.

48 Ebd., S. 77.

49 Vgl. Ulrich Herbert/Karin Hunn: Gastarbeiter und Gastarbeiterpolitik in der Bundesrepublik. Vom Beginn der offiziellen Anwerbung bis zum Anwerbestopp (1955-1973), in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 273-310.

50 Vgl. Bade (wie Anm. 2), S. 301; Marcel Berlinghoff: Das Ende der „Gastarbeit“. Europäische Anwerbestopps 1970-1974, Paderborn 2013, S. 14.

.....
51 Vgl. Marcel Berlinghoff: Der europäisierte Anwerbestopp, in: Oltmer u.a. 2012 (wie Anm. 5), S. 149-164.

Weltstadt in Bewegung: Migrationserfahrungen zwischen München und dem ehemaligen Jugoslawien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

von Karolina Novinščak Kölker



Vera Rimski aus Jugoslawien wird als „zweitmillionste Jubiläumsgastarbeiterin“ vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (Mitte), sowie vom bayerischen Arbeitsminister, Fritz Pirkl (links), am Münchner Hauptbahnhof in Empfang genommen, 8. März 1972.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Fritz Neuwirth

EINLEITUNG

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, Bayerns und insbesondere Münchens machte im Laufe ihrer Migrations- und Einwanderungsgeschichte umfassende Erfahrungen mit freiwilligen und unfreiwilligen Ein- und Auswanderungen, mit Sesshaftwerdungen, Zufluchtnahmen, Remigrationen und Pendelmigrationen von Bürger*innen mit Bezugsland Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten.¹ Folgender Beitrag folgt den Spuren der Menschen in Bewegung zwischen dem ehemaligen Jugoslawien und München und beleuchtet die verschiedenen Migrationsphasen, die der intensiven Zuwanderung von damals sogenannten Gastarbeiter*innen im 20. Jahrhundert voran und nachgegangen sind. In allen Migrationsphasen ist die Landeshauptstadt München ein zentraler Knotenpunkt, an dem unzählige Migrationswege aus dem ehemaligen Jugoslawien zusammenlaufen, sich kreuzen, weiter- oder zurückführen oder in kurz- und langfristigen Niederlassungen und Heimischwerdungen münden. Menschen, die aus ökonomischen, politischen oder anderen Gründen nach München freiwillig oder unfreiwillig zuwanderten, begegneten dabei – je nach Migrationsstatus – verschiedenen Niederlassungs- und Teilhabe(un)möglichkeiten, die im Folgenden skizziert werden.

„DISPLACED PERSONS“ UND GEFLÜCHTETE AUS JUGOSLAWIEN IN DER NACHKRIEGSZEIT

Bei Kriegsende befanden sich auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches zehn bis zwölf Millionen „Displaced Persons“ (DPs) und Geflüchtete – d.h. nicht-deutsche Staatsbürger*innen, die während der NS-Zeit verschleppt, in KZs oder Arbeitslagern interniert oder kriegsbedingt aus ihrer Heimat geflohen oder vertrieben worden waren.² Nach

1 Mit Beendigung des Zweiten Weltkrieges gründete sich auf dem Gebiet des zerschlagenen „Königreiches Jugoslawien“ (von 1918 bis 1929 hieß es „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“) ein zweiter jugoslawischer Staat (1945 bis 1991). Die „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ (im Folgenden Jugoslawien) bestand aus sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Provinzen: Sozialistische Republik (im Folgenden abgekürzt SR) Slowenien, SR Kroatien, SR Bosnien-Herzegowina, SR Mazedonien, SR Montenegro und SR Serbien mit den sozialistischen autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo. Zu den Nachfolgestaaten des zerfallenen Jugoslawiens zählen die unabhängigen Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Kosovo.

2 Zur Lage der DPs in Nachkriegsdeutschland und Europa vgl. Jochen Oltmer: Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart, Darmstadt 2017, S. 151 f.; Falk Wiesemann/Detlef Brandes: Displaced Persons, in: Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. v. Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst, Wien 2010, S. 212-214.

Kriegsende war die oberste Prämisse der alliierten Besatzungsmächte, die aus dem Ausland verschleppten Menschen und Geflüchteten zu sammeln und in ihr Herkunftsland zurückzubringen. Die jeweiligen Militärregierungen in den besetzten Gebieten beschlagnahmten öffentliche Gebäude, wie z.B. Kasernen, Krankenhäuser und ehemalige Arbeitslager oder Wohnsiedlungen, und funktionierten sie innerhalb kürzester Zeit zu Transit- und Sammelunterkünfte, sogenannten DP-Camps, um. Die DP-Fürsorge in den Camps oblag bis 1947 der Verwaltung der UNRRA (*United Nations Relief and Rehabilitation Administration*), nachfolgend kümmerte sich die IRO (*International Refugee Organisation*) um die in Deutschland verbliebenen ausländischen Zwangsmigrant*innen.³ In Bayern lebten im Oktober 1946 etwa 278.000 zwangsmigrierte, ausländische Personen, hinzu kamen rund zwei Millionen deutschstämmige Geflüchtete und Vertriebene aus Ost- und Südosteuropa.⁴ Weil Bayern die längste Grenze zum östlichen Europa, dem damals sogenannten Ostblock, hatte, war es für viele ost- und südosteuropäische Geflüchtete der Nachkriegszeit erstes Ziel-, Zufluchts- und Aufnahmeland. Auch der von Partisan*innen und der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ)⁵ gegründete jugoslawische Staat gehörte bis zum Jahr 1948 zur sowjetischen Einflusszone.⁶ Bayern wurde daher auch zum bedeutsamen Zufluchtsgebiet für deutsche- und nichtdeutsche Zwangsmigrant*innen der Kriegs- und Nachkriegszeit aus dem sozialistischen Jugoslawien.

Die DPs wurden zur Zeit der amerikanischen Besatzung zunächst nach Nationalitäten gesammelt und untergebracht. So entstand u.a. im Münchner Norden, im DP-Lager Freimann, ein Sammelager für rückkehr- und nicht-rückkehrwillige „Yugoslav DPs“. Hier fanden Verschleppte, Geflüchtete oder ehemalige Kriegsgefangene mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit, sofern ihnen keine NS-Kollaboration vor und während des Krieges nachgewiesen werden konnte, eine erste Zuflucht, gemeinsam mit ande-

3 Vgl. Jochen Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 86), S. 50.

4 Vgl. Juliane Wetzel: Displaced Persons (DPs), in: Historisches Lexikon Bayerns, 26.03.2013, [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced_Persons_\(DPs\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Displaced_Persons_(DPs)) [Stand: 09.09.2021].

5 Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) nannte sich im Jahr 1952 in „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ um und trug damit der föderalen Parteiorganisation und dem föderalen Staatsaufbau Jugoslawiens mit seinen sechs Teilrepubliken Rechnung.

6 Vgl. Holm Sundhaussen: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, Wien u.a. 2001, S. 68-96.



Geflüchtete aus Jugoslawien im DP-Lager in Allach an Kochstellen unter freiem Himmel, 1947
 Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotoarchiv Otfried Schmidt

ren Nationalitätengruppen. Die Bevölkerungsstatistiken des Jahres 1948 zeigen für Bayern, dass die verbliebenen nicht-deutschen Zwangsmigrierten aus über 60 verschiedenen Ländern stammten, wobei Pol*innen fast die Hälfte der ausländischen Bevölkerung Bayerns stellten (46,4 %), gefolgt von den Personen aus den Baltischen Staaten, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Russland/UdSSR u.a.⁷ Von den insgesamt 15.622 Zwangsmigrant*innen aus Jugoslawien, die in der amerikanischen Besatzungszone eine erste Zuflucht fanden und dort 1948 noch verweilten, lebte die große Mehrheit, über 77 % (12.023), in Bayern.⁸

Wohnraum und Arbeit waren in den bayerischen Städten hart umkämpft. So mussten sich in München die neu zugezogenen Angehörigen der Militärregierung, deutsche Geflüchtete und Vertriebene, ausländische DPs und Geflüchtete, Kriegsheimkehrer, Evakuierte und alteingesessene Münchner*innen den knappen Wohnraum teilen. Manche Zwangsmigrant*innen hatten Glück und bekamen als „*free living DPs*“ privaten Wohnraum

zugewiesen, andere kamen in DP-Lagern der UNRRA/IRO unter, und wieder andere in Flüchtlingslagern der bayerischen Flüchtlingsverwaltung. Nach 1951 wurden die DP-Camps aufgelöst oder in Lager für „Heimatlose Ausländer“⁹ oder „Ausländerlager“ umbenannt. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit engagierten sich die Zwangsmigrierten auch im kulturellen Bereich, gründeten z.B. Fußballmannschaften oder Theatergruppen, führten eigene Schulen in den DP-Camps, studierten oder lehrten an der von der UNRRA errichteten DP-Universität in den Räumlichkeiten des Deutschen Museums in München.¹⁰ In der frühen Migrationsphase entstanden in Nachkriegs-München auch die ersten migrantischen Religionsgemeinschaften. Im Jahr 2018 feierte die Kroatische Katholische Gemeinde ihr 70-jähriges Bestehen in München und zählt mit über 50.000 Kirchenmitgliedern zur ältesten und mitgliederstärksten kroatischen katholischen Gemeinde im Ausland.

7 Vgl. Bayern in Zahlen, Monatshefte des Bayerischen statistischen Landesamts (1949), H. 2, S. 2, Tabelle II, S. 30.

8 Vgl. Bayern in Zahlen (wie Anm. 7), Tabelle IV: Die Ausländer in den Ländern der US-Zone nach Staatsangehörigkeit am 30. Sept 1948, S. 33.

9 Vgl. Stanislaus Stepien: Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 202-204.

10 Vgl. Anna Holian: *Displacement and the Post-war Reconstruction of Education. Displaced Persons at the UNRRA University of Munich, 1945-1948*, in: *Contemporary European History* 17 (2008), H. 2, S. 167-195.



Dr. Otmar Pirkmajer an seinem Schreibtisch in den Räumen der UNRRA-Universität, die sich im Deutschen Museum befanden; der aus dem Konzentrationslager Dachau befreite jugoslawische Staatsbürger wurde 1946 zum Direktor der UNRRA-Universität für DPS ernannt.

Foto: United Nations Archives, S-1058-0001-01-00128, [Germany]: UNRRA 1405: Munich, Germany, Ohman Pirkmajer, 1944-12-31 – 1947-12-30 (Creation)

Die Geflüchteten oder Rückkehrunwilligen mit Bezugsland Jugoslawien waren vielfach Anhänger*innen des monarchistischen Jugoslawiens oder kamen aus den Reihen der ehemaligen Kollaborateur*innen des NS-Regimes oder sie waren politisch verfolgte Oppositionelle der neuen kommunistischen Regierung in Jugoslawien. Viele wanderten aus Deutschland in die USA, nach Kanada oder Australien aus, andere blieben. Somit wurde München während des Kalten Krieges zum politischen, antikommunistischen Exil-Zentrum mit Bezugsland Jugoslawien, auch für andere mitteleuropäische, damals sogenannten Ostemigranten oder osteuropäischen Exilanten.¹¹ Später, ab den späten 1960er Jahren kamen Geflüchtete des „Kroatischen Frühlings“ und der jugoslawischen Studentenproteste hinzu, die als Aktivist*innen für Demokratie und Meinungsfreiheit der zunehmenden staatlichen Repression und dem verordneten „öffentlichen Schweigen“ in Jugoslawien entflohen.¹²

11 Zu den ost- und südosteuropäischen Emigrant*innenorganisationen und ihren institutionellen Netzwerken vgl. Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991 (Zeithistorische Studien 22), Köln/Weimar/Wien 2002, S. 283-370.

12 Zum „Kroatischen Frühling“ und Ende des jugoslawischen Liberalismus vgl. Sundhaussen (wie Anm. 6), S. 180-185.

ZWISCHEN WIRTSCHAFTSFLUCHT UND POLITISCHER EMIGRATION

Weil legale Zuwanderungswege für jugoslawische Staatsbürger*innen bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre weitestgehend fehlten, setzte deutschlandweit und in Bayern verstärkt eine Zuwanderung aus Jugoslawien ein, die in der Politik und Öffentlichkeit als „Wirtschaftsflucht“ wahrgenommen wurde. Ab 1953 füllten sich zentrale Sammellager für Ausländer*innen in Nürnberg und in Zirndorf. Im „Volksmund“ wurden sie zeitweilig auch „Jugo-Lager“ genannt, weil in ihnen besonders viele jugoslawische Arbeitssuchende und Geflüchtete, die um politisches Asyl ersuchten, untergebracht waren.¹³ Den Daten der bayerischen Grenzpolizei zufolge reisten in den Jahren 1958 und 1959 im Monat durchschnittlich 2.000 Jugoslawen in die BRD ein.¹⁴ Die Zuwanderung der Geflüchteten Jugoslawiens wurde zum zentralen „Flüchtlingsproblem“ Europas, weil sie in Österreich und in Deutschland nicht als „echte Flüchtlinge“, sondern als arbeitssuchende „Wirtschaftsflüchtlinge“ wahrgenommen wurden. Im Vergleich zu den anderen Geflüchtetenengruppen aus den kommunistischen Staaten des Warschauer Pakts war die Anerkennungsquote bei geflüchteten Jugoslaw*innen unterproportional gering und sie wurden verdächtigt, bewusst Asylgründe vorzutauschen.¹⁵ Im Laufe der 1960er Jahre stellten die Asylsuchenden aus Jugoslawien die größte Gruppe ausländischer Geflüchteter in der Bundesrepublik Deutschland – die Mehrheit wurde nach Jugoslawien abgeschoben.¹⁶

Schließlich schlossen am 12. Oktober 1968 die Regierungsvertreter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland nach langen Verhandlungen ein Abkommen über die Regelung der Vermittlung jugoslawischer Arbeitnehmer*innen und ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland sowie ein deutsch-jugoslawisches Sozialversicherungsabkommen.¹⁷ Europaweit schöpfte die Bundesrepublik

13 Vgl. Christopher A. Molnar: *Memory, Politics, and Yugoslav Migrations to Postwar Germany*, Bloomington 2018, S. 90, 111.

14 Vgl. BayHStA (Bayerisches Hauptstaatsarchiv), MlNn 97572, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz an das Bayerische Staatsministerium des Innern, München, 14.01.1959.

15 Vgl. Ursula Münch: *Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklung und Alternativen*, Opladen 1993, S. 54 f.

16 Vgl. Günter Schoeppe: Die „Wirtschaftsflüchtlinge“ im deutschen Asylverfahren, in: 2. internationales Asyl-Colloquium 1964, Schriftenreihe der Deutschen Nansen Gesellschaft (1965), H. 4, S. 87 ff.

17 Bundesgesetzblatt II 1969 Nr. 33 v. 29.05.1969 und Bekanntmachung v. 16.11.1992, BGBl. II, S. 1196.



Die Zusammenarbeit im Migrationsbereich bewirkt Absprachen auf kultureller Ebene: Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, und der Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Mirko Tepavac, unterzeichnen ein deutsch-jugoslawisches Kulturabkommen, 28. Juli 1969. Foto: Bundesregierung, B 145 Bild-00102705, Fotograf: Engelbert Reineke

Deutschland bis 1973 den größten Anteil (62 %) der Arbeitsmigrant*innen aus der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ab.¹⁸ Die Hauptherkunftsbereiche der vermittelten ausländischen Arbeitnehmer*innen aus Jugoslawien waren im Jahr 1973 Kroatien (25,9 %), Bosnien-Herzegowina (24,6 %), Serbien (13,8 %) und Kosovo (11,8 %).¹⁹ Seit den 1970er Jahren bilden die Zuwander*innen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens die stärkste Ausländergruppe in München. Der Auslöser dieser intensiven Anwerbe- und Zuwanderungsphase war unter anderem der Zuschlag für die Olympischen Sommerspiele 1972, als in München in kürzester Zeit große Bauvorhaben bewältigt werden mussten: der Auf- und Ausbau des U- und S-Bahnnetzes, der Bau von Straßen und Brücken, die Errichtung des Olympia-Geländes, der Ausbau der Fußgängerzone und vieles andere mehr. War die Arbeitsmigration zu Beginn der deutsch-

jugoslawischen Anwerbegespräche noch ein politisches Schlüsselthema der Entspannungspolitik zwischen beiden Staaten, so förderten die freundschaftlichen deutsch-jugoslawischen Beziehungen nach und nach auch die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Kultur. Auch der Freistaat Bayern begründete im Jahr 1970 eine gemeinsame Regierungskommission mit der Sozialistischen Republik Serbien, 1971 wurde mit der Sozialistischen Republik Kroatien eine bayerische-kroatische Regierungskommission gegründet, die 1972 ihre Arbeit aufnahm und bis heute noch besteht.²⁰ Zwar lag der Schwerpunkt der Kommissions-Gespräche auf den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen Bayern und den jugoslawischen Teilrepubliken, ein konstanter Tagesordnungspunkt waren jedoch auch die Lebensverhältnisse der jugoslawischen „Gastarbeiter*innen“ in Bayern, die für die jugoslawische Seite von besonderer Wichtigkeit waren.²¹

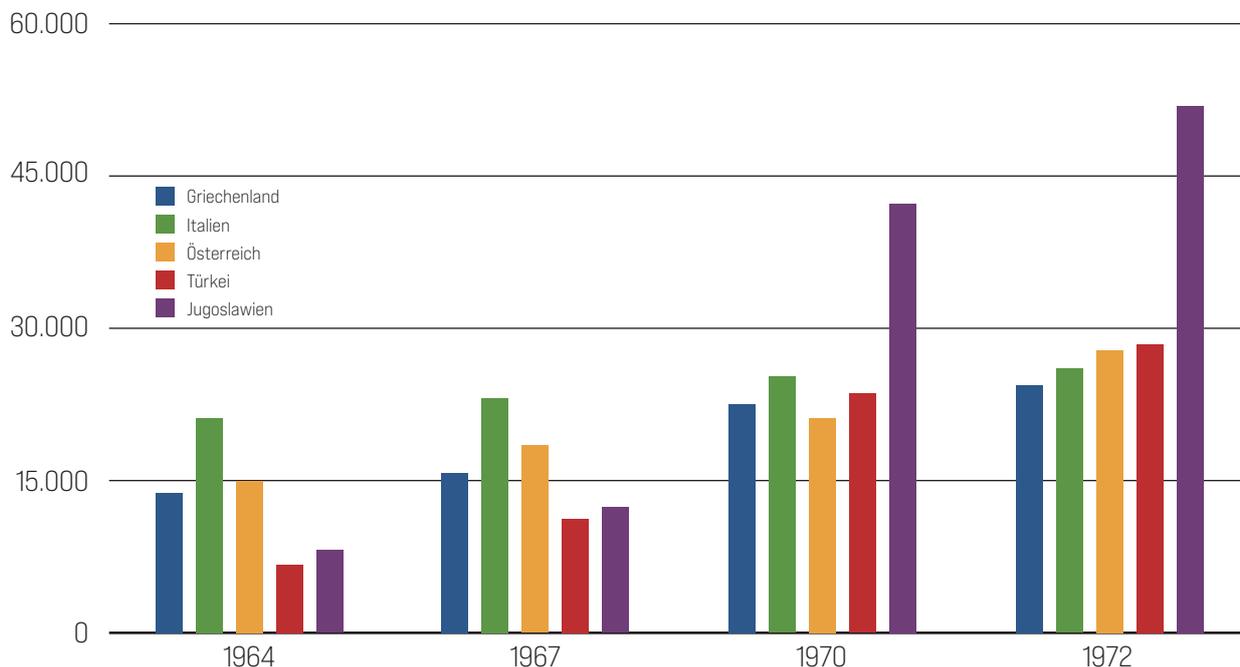
18 Vgl. Othmar Nikola Haberl: Die Abwanderung von Arbeitskräften nach Jugoslawien, München 1978, S. 276-277, Tabelle 17: Die Gesamtzahl der jugoslawischen Abwanderer nach Anwerbeländern seit 1954.

19 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Ausländische Arbeitnehmer. Beschäftigung, Anwerbung, Vermittlung. Erfahrungsbericht 1972/73, Nürnberg, Juli 1974, Tabelle 46, S. 52.

20 Zur Arbeit der Kommissionen Bayerns und der Teilrepubliken Jugoslawiens vgl. Rudolf Himpsl: Europäische Integration und internationalisierte Märkte. Die Außenwirtschaftspolitik des Freistaates Bayern 1957-1982, München 2020.

21 Vgl. Thomas Jehle: Die auswärtige Kulturpolitik des Freistaates Bayern, München 2018, S. 357.

Ausländer*innen nach ihrer Staatsangehörigkeit von 1964-1972 in München



Grafik: Darstellung der Autorin

Quelle: Statistisches Amt München (Hg.): *Monatliches Berichtsheft der „Münchner Statistik“* (1972), Heft 6, Tabelle 2: Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit seit 1950 in München.

LOYALITÄTSANSPRÜCHE DES HERKUNFTSSTAATES JUGOSLAWIEN AN SEINE „GASTARBEITER*INNEN“

Der jugoslawischen Regierung diente die bilateral organisierte Arbeitsvermittlungsmöglichkeit der Arbeitslosen nach Deutschland auch als Ventil, um soziale und politische Spannungen innerhalb des Landes abzubauen, denn der Frust über die Regierenden war bei der Nachkriegsgeneration in dieser Zeit groß. Proteste der Studierenden, politische Reformbewegungen und die aufflammenden Nationalitätenfragen rüttelten Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre kräftig am Einparteiensystem Jugoslawiens.²² Mit Sorge wurde von den jugoslawischen Sicherheitsbehörden und dem Außenministerium zur Kenntnis genommen, dass politische oppositionelle Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland als Arbeitsvermittler, Dolmetscher oder Sozialarbeiter an die legal und illegal ausgewanderten jugoslawischen Staatsbürger*innen herantraten und ein neues Wirkungsfeld für ihre anti-

jugoslawisch-kommunistischen Aktionen erschlossen. München wurde somit auch zu einem Austragungsort innerjugoslawischer politischer Konflikte sowie trans-territorialer staatlicher Repressionen des jugoslawischen Regimes gegen seine im Ausland wirkenden politischen Gegner verschiedenster politischer Couleur.²³

Der Loyalitätsanspruch des jugoslawischen Staates gegenüber seinen Migrant*innen hatte nicht nur politisch-ideologische, sondern auch wirtschaftliche Hintergründe. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise in Jugoslawien und der beständigen negativen Außenhandelsbilanz setzte der jugoslawische Staat auf die Rücküberweisungen von Devisen in das Herkunftsland durch die Arbeitsmigrant*innen.²⁴ Allein in den Jahren 1972/1973 erhielt Jugoslawien über vier Milliarden Deutsche Mark durch Geldtransfers der Arbeitsmigrant*innen aus dem

22 Vgl. Boris Kanzleiter: *Die „Rote Universität“. Studentenbewegung und Linksoption in Belgrad 1964-1975*, Hamburg 2011; Marie-Janine Calic: *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 237-254.

23 Vgl. Das Ganze sieht nach Hinrichtung aus, in: *Der Spiegel* v. 25.01.1982, S. 54; Andreas Wassermann: *Titos geheime Mörder*, in: *Der Spiegel* v. 06.12.2010, S. 54-55; Bayerischer Rundfunk: *Kontrovers extra: Mord in Titos Namen. Geheime Killerkommandos in Deutschland*. Ein Film von Philipp Grill und Frank Hoffmann, 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=uF9Ak1uleyw> [Stand: 09.10.2021].

24 Vgl. Robert Stengel: *Die Leute von Arzano. Ein jugoslawisches Dorf setzt auf die Deutsche Mark*, Film-Reportage für das ZDF, 1974.

Ausland.²⁵ Auch heute noch sind die Rücküberweisungen der Ausgewanderten in die Herkunftsländer der Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

ZWISCHEN WILLKOMMENSEIN UND ABLEHNUNG

In den ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahren wurden Arbeitsmigrant*innen in Deutschland von Politikern und Presse öffentlich gefeiert – um sie willkommen zu heißen und ihre Leistung für den bundesdeutschen Wirtschaftsboom zu würdigen. So wurde in München am 8. März 1972 eine „Jubiläums“-Migrantin stellvertretend für den Beitrag, den die ausländischen Arbeitnehmer*innen für die deutsche Wirtschaft leisteten, feierlich willkommen geheißen. Nach einer langen Zugreise aus Belgrad wurde die damals 19-jährige Vera Rimski, gemäß ihrer Arbeitsvertragsnummer, als „zweimillionste Jubiläumsgastarbeiterin“ der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt.²⁶ Eine offizielle Delegation, angeführt vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl sowie dem bayerischen Arbeitsminister Fritz Pirkel, empfing Vera Rimski am Münchner Hauptbahnhof mit Blumen, Geschenken und viel Presse, nachdem sie aus einem Sonderzug für „Gastarbeiter*innen“ gestiegen war.²⁷ Als Rentnerin erinnerte sie sich im Interview mit der Autorin an ihren besonderen Ankunftstag folgendermaßen: „Es war schön, die Journalisten waren da, fotografierten hier und da, alle fragten sich: Wer ist dieses Kind. Du bist die millionste ‚Gastarbeiterin‘, sagte mir mein Mann, ich verstand ja nichts. Ich bekam Blumen, Geschenke, es war sehr schön. Und um mich herum hörte ich nur ‚schön, schön‘.“²⁸ Für eine Einreise und Arbeitsaufnahme in Bayern benötigte sie damals weder einen Deutsch- noch einen Integrationskurs. Ausreichend waren ihr befristeter Arbeitsvertrag von Siemens und eine medizinische Bescheinigung ihrer Arbeitsfähigkeit. Beide Dokumente hatte sie bereits in ihrer Heimat, in einem jugoslawischen Arbeitsamt, erhalten und unterschrieben.

25 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (wie Anm. 19), S. 8.

26 Zuvor wurde am 28. November 1969 der millionste „Gastarbeiter“ aus Südosteuropa am Münchner Hauptbahnhof geehrt. Es war der damals 24-jährige türkische Staatsbürger Ismail Bahadır. Er erhielt vom Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, einen Fernseher als Ankunftsgeschenk. Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 28.11.1969.

27 Vgl. Großer Bahnhof für Vera Rimski aus Novi Sad, in: Süddeutsche Zeitung v. 09.03.1972.

28 Interview mit Vera T., ehemals Rimski, am 11.03.2018.



Vera Rimski (re.) erhielt von der Autorin das gerahmte Pressefoto, das ihren Empfang mit dem damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, am 8. März 1972 zeigt.

Foto: Karolina Novinscak Kölker, 2018

Am Münchner Hauptbahnhof wurde Vera Rimski von Josef Stingl zudem mit einem tragbaren Fernsehgerät beschenkt. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit sprach dazu seine Hoffnung aus, Vera könne damit vielleicht etwas leichter in die Geheimnisse der schwierigen deutschen Sprache eindringen. An dem Tag verstand sie nichts, erzählte Vera, sie fühlte sich jedoch geehrt. Allen anderen mitgereisten „Gastarbeiter*innen“ aus Jugoslawien wurde diese medienwirksame Aufmerksamkeit nicht zuteil. Im Gegenteil, die ankommenden „Gastarbeiter*innen“ sollten mit Lautsprecherdurchsagen so schnell wie möglich vom Gleis 11 in den anliegenden Bunker geführt werden. Ein Interviewpartner aus Bosnien-Herzegowina erinnert sich beim Rückblick an den Ankunftstag in München daran, sich damals getrieben wie ein Tier in einer Herde gefühlt zu haben: „Wir kamen hier an wie die Kälber. Wie die Kälber! Zuerst kamen wir nach München und in den Keller am Bahnhof an der Zugstation. Ja, das war unten am Hauptbahnhof, unten wo die Züge sind. Da wo die WC’s sind. Dort gibt es einen Raum. Da haben wir Hühnchen bekommen und etwas zu trinken. Und dann ging es weiter.“²⁹

29 Interview mit Herrn J. aus Bosnien-Herzegowina, im Juni 2006, zit. nach: Meike Fischer/Monika Heinemann/Karolina Novinšcak u.a.: ZwischenWelten. Migration aus Osteuropa nach München im 20. Jahrhundert, München 2007, S. 80.



Der Fußballverein Dinamo München e.V. wurde von kroatischen Arbeitsmigranten im Jahr 1972 gegründet.
Foto: Karolina Novinščak Kölker, 2019

Für die migrationswilligen Arbeitssuchenden aus Jugoslawien war München aufgrund seiner südlichen Lage und geografischen Nähe zum Herkunftsland ein begehrtes Migrationsziel, da häufige und regelmäßige Heimfahrten mit dem Zug, Bus oder Auto möglich waren. Zudem bot die Stadt auch viele Arbeitsmöglichkeiten. Arbeitgeber*innen, Gewerkschaften und die Bundesregierung einte in den ersten Anwerbejahren die Annahme, dass die Ausländerbeschäftigung nur temporären Charakter haben sollte. Dies unterstrich auch die damals in Deutschland übliche Bezeichnung „Gastarbeiter*in“ für die neu hinzuziehenden Arbeitsmigrant*innen. Auch im Herkunftsland Jugoslawien wurde die Migration der Arbeitssuchenden ins kapitalistische Ausland nur als Übergangslösung gesehen. Die offizielle jugoslawische amtliche Bezeichnung für Arbeitsmigrant*innen war „*radnik na privremenom radu u inozemstu ili inostranstvu*“, was übersetzt „temporär im Ausland beschäftigter Arbeiter“ bedeutet. Die beidseits bestehende migrationspolitische Annahme einer zeitweiligen Arbeitsmigration sollten sich für einen großen Teil der eingewanderten Bevölkerung als illusorisch erweisen, da sich die Aufenthalts- und Arbeitszeiten von Jahr zu Jahr verlängerten und Familien gegründet wurden, die sich in München

ein dauerhaftes Zuhause einrichteten. Neben den langfristigen Einwanderungen nach München vollzogen sich auch Remigrationen oder Pendelmigrationen, die ebenfalls charakteristisch für das Migrationsgeschehen aus Jugoslawien und den Nachfolgestaaten waren und auch heute noch sind.³⁰

Zu Beginn der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland bis Anfang der 1970er Jahre gab es von Seiten der Stadt München kaum soziale oder kulturelle Teilhabeangebote für die ausländischen Neubürger*innen.³¹ Hilfsorganisationen wie die Caritas der römisch-katholischen Kirche, die Innere Mission der Diakonie der evangelischen Kirche und die dezentral organisierte Arbeiterwohlfahrt kümmerten sich im Wesentlichen um die soziale Betreuung und Integration der Neu-Münchner*innen aus Südosteuropa, aber auch die Gewerkschaften, Betriebsräte und später der Ausländerbeirat der Stadt München traten für ihre Belange ein. Aus den Gesprächen mit den Akteur*innen wurde deutlich, dass sich die Arbeitsmigrant*innen mit ihren persönlichen sozialen und beruflichen Netzwerken auch gut selbst zu helfen wussten. Sie gründeten bereits in den 1970er Jahren Sport- und Kulturvereine, von denen einige bis heute noch aktiv sind.

MÜNCHEN – ZUFLUCHTSORT FÜR KRIEGSGEFLÜCHTETE DER 1990ER JAHRE

Nach dem europäischen Anwerbestopp im Jahr 1973 wurde mit der Zuspitzung der Wirtschaftskrise in Jugoslawien die Zuwanderung aufgrund von Familienzusammenführungen immer bedeutsamer. Der wirtschaftliche und politische Zerfall Jugoslawiens sowie die darauffolgenden Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo führten während der 1990er Jahre zu den bis dahin größten Fluchtbewegungen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Über 4 Millionen Menschen mussten ihre Heimatorte verlassen. Die Bundesrepublik Deutschland nahm die meisten ins Ausland Geflüchteten, vorwiegend aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo, auf – rund 350.000 Menschen. Während der Kriege in Kroatien

.....
30 Vgl. Karolina Novinščak: Gekommen, um zu gehen? Transnationale Lebensverläufe und Grenzen ihrer statistischen Erfassung am Beispiel deutsch-kroatischer (Re)Migration, in: Ulf Brunnbauer/Karolina Novinščak/Christian Voß (Hg.): Gesellschaften in Bewegung. SOI Jahrbuch, München 2011, S. 93-123.

31 Vgl. Grazia Prontera: Die städtische Integrationspolitik und die Teilhabe der Italiener am politischen und gesellschaftlichen Leben in München, in: Ursula Eymold/Andreas Heusler (Hg.): Migration bewegt die Stadt. Perspektiven wechseln, München 2018, S. 34-41, hier S. 35.



Demonstrant*innen in München fordern Asyl für Deserteure aus den Kriegen in Jugoslawien, 1994.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Karl-Heinz Egginger

und Bosnien-Herzegowina wurde München nicht zuletzt wegen transnationaler, d.h. grenzüberschreitender familiärer und freundschaftlicher Netzwerke zu einer zentralen Zufluchtsstadt. Zahlreiche hilfsbereite Menschen, auch ohne Migrationsbezüge, unterschrieben Verpflichtungserklärungen, mit der sie dem Freistaat Bayern garantierten, für Unterkunft und Verpflegung der Geflüchteten aus den Kriegsgebieten Jugoslawiens zu sorgen.³²

Mehr als ein Drittel aller Zuwanderungen aus dem Ausland nach München kam im Zeitraum von 1992 bis 1998 aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten, die meisten aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina.³³ Auch Deserteure, die nicht in der jugoslawische Volksarmee oder anderen nationalen Armeen kämpfen wollten, suchten Zuflucht. Mit dem späteren Krieg im Kosovo kamen geflüchtete Albaner*innen hinzu. Die große Zufluchtnahme von Geflüchteten aus Jugoslawien und anderen Staaten löste in Deutschland eine öffentliche und politische Debatte über die Asylpraxis aus, die in einer Einschränkung des

Asylrechts mündete.³⁴ Hinzu kam eine Welle rassistischer und ausländerfeindlicher Gewalttaten.

In München fanden bis Mitte der 1990er Jahre rund 28.000 Geflüchtete bei Familienangehörigen, Freunden und in Flüchtlingsunterkünften ein Refugium auf Zeit. Münchner*innen mit und ohne Migrationshintergrund engagierten sich während der 1990er Jahre in Vereinen oder Religionsgemeinden humanitär und sammelten unzählige Spenden. Die Geflüchteten konnten zunächst während der Kriegsjahre mit einer Duldung in München bleiben, andere mussten im sogenannten Weiterwanderungsverfahren im weiteren Ausland Zuflucht suchen. Der Profifußballer Neven Subotić, geboren 1988, berichtete in einem Interview 2015: „Wir wurden geduldet. Manchmal ging eine Duldung über sechs Monate, manchmal über drei. Später wurden die Zeiträume immer kürzer. Wir hatten keine Klarheit, konnten nicht planen. Meine Eltern wussten nicht: Packen wir jetzt die Taschen?“³⁵

32 Hilfe für Bosnien – der Staat bittet zur Kasse. Bürgen müssen Behörden Sozialhilfe zurückzahlen, die Flüchtlingen gewährt wurde, in: Süddeutsche Zeitung v. 07.10.1997.

33 Vgl. Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (Hg.): Münchner Statistik (1998), H. 12, S. 116, Tabelle 2: Die Zu- und Wegzüge von Angehörigen der jugoslawischen Teilstaaten 1992 bis 1998, S. 118.

34 Vgl. Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 24.05.2013, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/160780/asylkompromiss-24-05-2013> [Stand: 23.08.2021].

35 Zit. nach: Bayerische Museumsakademie: Migration in Bayern nach 1945, S. 15, <https://www.km.bayern.de/epaper/LZ/Migration%20in%20Bayern/Handreichung/files/assets/common/downloads/publication.pdf> [Stand: 12.09.2021].

Nachdem 1994 das deutsch-kroatische Rückübernahmeabkommen unterzeichnet wurde, mussten rund 90.000 Kriegsgeflüchtete Bayern in Richtung Kroatien verlassen, bald danach kam es auch zu Abschiebungen nach Bosnien-Herzegowina, der Bundesrepublik Jugoslawien und Kosovo. Viele Arbeitgeber*innen in München verloren ihre Arbeitskräfte, für die sie schon lange keine deutschen Bewerber*innen mehr gefunden hatten. Gemäß den Angaben der Süddeutschen Zeitung hatten 1994 bereits 60 % der Geflüchteten in München eine Arbeit gefunden.³⁶ Nur ein Viertel bekam Sozialhilfe, die meisten versorgten sich selbst.³⁷ Trotzdem musste die Mehrheit der Geflüchteten nach Beendigung der Kriege auf dem Gebiet des zerfallenen Jugoslawien in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

MÜNCHEN – WELTSTADT IN BEWEGUNG

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland hatten über viele Jahrzehnte hinweg große Mühe, die Einwanderungsrealitäten affirmativ als eigenen und dauerhaften Teil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung anzuerkennen. Viele integrationspolitische Maßnahmen wurden durch die politische Haltung, kein Einwanderungsland sein zu wollen, versäumt. Dennoch partizipierten die Eingewanderten in vielen sozialen, beruflichen, kulturellen und anderen Bereichen – unmittelbar vor Ort – durch ihre Selbstinitiative und durch Unterstützung innerhalb

der Familien- oder Freundesnetzwerke. München wurde im Verlauf der letzten Jahrzehnte zu einem neuen Heimatort für Familien, die bereits in dritter oder sogar vierter Generation auf eine Einwanderungsgeschichte aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Slowenien zurückblicken können. Auch für viele Rückkehrer*innen ist München ein wichtiger Lebens- oder Bezugsort geblieben. Wenngleich zahlreiche ehemalige „Gastarbeiter*innen“ der 1960er und 1970er Jahre aus München in die ursprüngliche Heimat zurückkehrten, leben viele von ihnen in transnationalen, d.h. grenzüberschreitenden Familienstrukturen. Im Lebensabschnitt des Ruhestandes angelangt, pendeln sie, sofern es die Gesundheit erlaubt und die finanziellen Möglichkeiten dazu bestehen, über Staatsgrenzen zwischen zwei familiären Heimatorten. Im Zuge des EU-Beitritts von Kroatien (2013) hat die Arbeitsmigration nach München wieder deutlich an Fahrt aufgenommen – die größte Gruppe der aktuellen Netto-Zuwanderung aus dem Ausland ist die der Kroat*innen.³⁸ Aufgrund des wieder hohen Arbeitskräftemangels in vielen Teilen Deutschlands und so auch in Bayern, z.B. im Gesundheits- und Pflegewesen, werden wieder intensiv Arbeitskräfte aus Kroatien und den westlichen Balkanländern angeworben.³⁹ Somit bleibt auch München durch Zuwanderung, Einwanderung, Remigration und Pendelmigration eine Weltstadt in Bewegung und ein Hotspot der Migrationen zwischen dem südöstlichen und dem nordwestlichen Europa. 🌅

.....
36 Vgl. Für Bosnier sind die Tage in Bayern gezählt, in: Süddeutsche Zeitung v. 05.02.1996.

37 Die ersten Bosnier müssen jetzt München verlassen. Das KVR hat bereits 1.500 Ausreisebescheide verschickt, in: Süddeutsche Zeitung v. 01.10.1996.

.....
38 Vgl. Statistischen Amt der Landeshauptstadt München (Hg.): Münchner Statistik (2021), H. 1, Tabelle 1: Bevölkerung am 31.12.2020 nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Familienstand, S. 6.

39 Die Westbalkanregelung eröffnet Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien für jede Beschäftigung einen Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland, bislang bis zum 31. Dezember 2023. Bundesagentur für Arbeit: Leben und Arbeiten in Deutschland: Westbalkan-Regelung, <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/zav/westbalkan-regelung/westbalkanregelung-deutsch> [Stand: 30.09.2021].

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Markus Baar
Dr. Vivienne Marquart, Dr. Philip Zölls

Titelbild: Eleni Tsakmaki am Lerchenauer See im Münchner Norden, 1972
Foto: Eleni Tsakmaki

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Telefon: 089 9541154-00, Fax: 089 9541154-99, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

